Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, die neue Ausgabe der *Mitteilungen* erscheint in einer gefährlichen Situation, die von der Zuspitzung der Konfrontation zwischen NATO und Russland in Europa und dem russischen Angriff auf die Ukraine geprägt ist. Nur Verhandlungen können zur Deeskalation führen. Es braucht die machtvolle Stimme einer breiten Friedensbewegung und für das gesamte Europa Entspannung, militärische Abrüstung und ein Sicherheitssystem. Wie aktuell klingt da der Aufruf zum Ostermarsch 1982, der in der Rubrik Zeitdokumente abgedruckt ist.

Unter dem Schwerpunkt „Archive" stellt sich das afas, Archiv für alternatives Schrifttum, mit seinen wichtigen Neuzugängen vor. Mit der neuerlichen Veröffentlichung (siehe auch H. 55, März 2019) solidarisiert sich unser Förderkreis mit diesem Archiv und dessen Bemühungen, den plötzlichen Stopp der Finanzierung aus dem Landeshaushalt rückgängig zu machen, denn dieses einzigartige Kulturgut muss für Forschung und Lehre erhalten bleiben. Christoph Meyer überrascht mit der Entstehungsgeschichte des Archivs der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung in Dresden und den dort – eher nicht vermuteten – Schätzen aus deren Nachlass. Mit einem Beitrag zur Zigarrenarbeiterbewegung in Ostwestfalen-Lippe setzen wir die Reihe über Erinnerungsstätten der Arbeiterbewegung fort. Zwei bislang unveröffentlichte Dokumente zur KP Albaniens werden von Erwin Lewin übersetzt und kommentiert; Siegfried Prokop dokumentiert mit seinem Quellenfund die Auseinandersetzungen in der SED-Führung um den Jazz. Der Beitrag korrespondiert mit dem Vortrag von Gerd Dietrich zur „Kulturgeschichte der DDR" auf der Jahresversammlung des Vereins, der hier gekürzt aufgenommen ist. Noch einmal greift die Miszelle aus der Feder von Christoph Stamm die Vorgänge um die Sicherung der Bestände des Zentralen Parteiarchivs der SED aus den frühen 90er-Jahren auf und beleuchtet die innerparteilichen Diskurse. In der etablierten Gesprächsreihe unserer Zeitschrift erscheint diesmal das Interview mit dem Historiker und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der *Mitteilungen* Dr. Axel Weipert. Aus dem Bereich neuer Forschungsprojekte zur Arbeiterbewegung tritt der Dissertationsbericht von Vincent Streichhahn zum Thema „Zur Theorie und Praxis der „Frauenfrage" in der Sozialdemokratie des Deutschen Kaiserreichs" hervor. Detlef Lehnert, Präsident der Hugo-Preuß-Stiftung und Vorsitzender der Paul-Löbe-Stiftung, annotiert facettenreich deren jüngste Publikationen. Der gemeinsam von HPS und PLS betriebene Projektverbund „Konfliktdemokratie und Leitmedien. Großstädtische Öffentlichkeit in‚Weimars' 20er-Jahren" bietet für einschlägig Interessierte und Qualifizierte durchaus konkrete Mitarbeitsmöglichkeiten.

Die Redaktion

Inhalt

Aus den Archiven 7

Bewegungsgeschichte bewahren
Neues aus dem Archiv für alternatives Schriftgut (afas)
Bernd Drücke 7

Das Archiv der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung in Dresden
Christoph Meyer 10

Bibliotheken und Erinnerungsstätten 15

Zigarrenarbeiterbewegung am Beispiel des
Minden-Ravensberger Landes in Ostwestfalen-Lippe
Volker Knickmeyer 15

Interview 21

Interview mit Dr. Axel Weipert
Holger Czitrich-Stahl/Rainer Holze 21

Besondere Zeitdokumente 26

Zwei unbekannte Dokumente aus dem Jahr 1937 zur
Entwicklungsgeschichte der KP Albaniens
Erwin Lewin 26

Die SED und der Jazz
Siegfried Prokop 39

„Leben statt Atomraketen". Der Aufruf zum Ostermarsch Bielefeld
am 10. April 1982
Jürgen Schütt 41

Berichte 45

„Migration weltweit: Linke Strategien, migrantische Akteur:innen und kapitalistische Interessen vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart". Bericht von der 56. ITH-Konferenz (23.-25. September 2021) in Linz
Holger Czitrich-Stahl 45

„Der Platz der DDR in der Gesamtdeutschen Geschichte". Bericht über die wissenschaftliche Konferenz am 26. Oktober 2021 in Berlin
Alexander Amberger 49

31. Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv am 11. Januar 2022
Holger Czitrich-Stahl 53

Vorträge 57

Kulturgeschichte der DDR
Gerd Dietrich 57

Neues aus der Forschung 69

Historische Demokratieforschung: Paul-Löbe-Stiftung/ Hugo-Preuß-Stiftung
Detlef Lehnert 69

Geschlechterordnung der Moderne. Zur Theorie und Praxis der „Frauenfrage" in der Sozialdemokratie des Deutschen Kaiserreichs. Dissertationsbericht
Vincent Streichhahn 72

Der Konflikt um die Sicherung des Zentralen Parteiarchivs der SED innerhalb der PDS
Christoph Stamm 76

Aus dem Vereinsleben 83

Protokoll der 29./30. Jahresversammlung des Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V. 83

Geschäftsbericht für das Jahr 2021 88

Prof. Dr. Jörg Wollenberg wurde 85 95

Buchbesprechungen & Literaturhinweise 97

Stephan Krüger: Weltmarkt und Weltwirtschaft. Internationale Arbeitsteilung, Entwicklung und Unterentwicklung, Hegemonialverhältnisse und zukünftiger Epochenwechsel. Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse, Band 6
(Jürgen Wasem-Gutensohn) 97

Yuval Rubovitch: Marxismus, Revisionismus, Zionismus: Eduard Bernstein, Karl Kautsky und die Frage der jüdischen Nationalität
(Klaus Leesch) 99

Paul Levi: Gesammelte Schriften, Reden und Briefe, Bd. I/3: Ohne einen Tropfen Lakaienblut, Spartacus 3: Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21; Spartacus 4: Abschied ohne Ankunft, 1921/22. Hrsg. von Jörn Schütrumpf
(Holger Czitrich-Stahl) 102

Ralph Braun, Patrick Brauns, Pit Wuhrer, Margrit Zepf: Druck. Machen. Eine etwas andere Stadtgeschichte von Konstanz
(Bernd Hüttner) 105

Florence Hervé (Hrsg.): Louise Michel oder: Die Liebe zur Revolution
(Hella Herzfeld) 106

Axel Weipert: „Den Fürsten keinen Pfennig!“ Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926
(Hendrik Küpper) 108

Dietmar Lange: Aufstand in der Fabrik. Arbeitsverhältnisse und Arbeitskämpfe bei FIAT-Mirafiori 1962–1973
(Holger Czitrich-Stahl) 109

Elke Scherstjanoi (Hrsg.): Die Sieger leben in Deutschland. Fragmente einer ungeübten Rückschau. Zum Alltag sowjetischer Besatzer in Ostdeutschland 1945-1949
(Walter Schmidt) 112

Gisela Notz: Genossenschaften. Geschichte, Aktualität und Renaissance
(Holger Czitrich-Stahl) 116

Søren Mau: Stummer Zwang. Eine marxistische Analyse der ökonomischen Macht im Kapitalismus
(Jürgen Wasem-Gutensohn) 118

Aus den Archiven

Bewegungsgeschichte bewahren
Neues aus dem Archiv für alternatives Schrifttum (afas)

„Werft Eure Geschichte nicht weg!“, das ist das Motto des Archivs für alternatives Schrifttum (afas) in Duisburg. Seit der Gründung des gemeinnützigen Trägervereins im März 1985 hat sich das afas zum größten Freien Archiv für Materialien der Neuen Sozialen Bewegungen im deutschsprachigen Raum entwickelt.[1]

Im Dezember 2021 enthielt der afas-Onlinekatalog rund 9.500 Zeitschriften-Titel, 17.000 Broschüren, 5.300 Plakate und 2.200 Museumsobjekte.[2] Dabei findet sich nur ein kleiner Teil der erfassten Materialien auf der Homepage. Fotos und Archivalien sind aus datenschutztechnischen, urheber- und persönlichkeitsrechtlichen Gründen nicht über das Internet, sondern nur über interne Findbücher recherchierbar. Ein großer Teil der in etwa 2.500 Regalmeter umfassenden afas-Bestände ist noch nicht erschlossen.

Wie und warum ist dieses Bewegungsarchiv entstanden?

„Die Motivation war in den 80er-Jahren, dass wir gemerkt haben, dass die Neuen Sozialen Bewegungen – heute sagt man: zivilgesellschaftliche Gruppen, Geschichte von unten – dass also all diese Basisbewegungen, Gruppen und Initiativen keine Heimat fanden und die Materialien, die dort produziert worden sind, keinen Ort hatten, an dem sie landeten. Die traditionellen Archive haben diese Aufgabe nicht erfüllen können und so sind in den 70er-Jahren bei den Frauen und vor allem in den 80er-Jahren eine Reihe von unabhängigen Archiven entstanden“, erklärt afas-Gründungsmitglied Dr. Jürgen Bacia.[3]

Das afas ist vom Regionalarchiv für Nordrhein-Westfalen angewachsen zu einem Freien Archiv, das auch bundesweit, fortlaufend und aus dem gesamten Spektrum der Neuen Sozialen Bewegungen sammelt. Anne Niezgodka vom afas beschreibt dessen Entwicklung: „Ich würde sagen, dass das afas immer professioneller geworden ist. Wir arbeiten zum Beispiel mit einer Archiv-Software und hal-

1 Siehe: Jürgen Bacia: Ein Ort für die Geschichte von unten: das Archiv für alternatives Schrifttum, in: Mitteilungen, Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 55, S. 10 f.

2 http://afas-archiv.de/bestande/katalog/

3 Gedächtnisort für Bewegung und Forschung. Bernd Drücke und Marvin Feldmann im Gespräch mit Jürgen Bacia und Anne Niezgodka vom Duisburger Archiv für alternatives Schrifttum (afas), in: Graswurzelrevolution Nr. 438, April 2019, https://www.graswurzel.net/gwr/2019/04/gedaechtnisort-fuer-bewegung-und-forschung/

ten uns an archivarische Standards. Mit den Jahren wurde immer deutlicher, dass es eine Notwendigkeit gibt, dass das afas existiert. Anfangs wurden eher einzelne Projekte angesprochen, ab Ende der 90er-Jahre vermehrt riesige Sammlungen, also Vorlässe und Nachlässe von verstorbenen Aktivistinnen und Aktivisten, aufgenommen."[4]

Das afas heute

Vom Eine-Welt-Netz Thüringen bis zur Friedenskooperative Bonn, auch im Corona-Jahr 2021 haben viele Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen ihre Materialien dem afas übergeben. Die drei größten Neuzugänge möchte ich hier skizzieren.

Übernahme des Internationalen Frauen-Friedensarchiv Fasia Jansen (IFFA)

Im Februar 2021 ist ein Teil des Internationalen Frauen-Friedensarchivs Fasia Jansen (IFFA) von Oberhausen ins afas nach Duisburg umgezogen.

Aufgebaut wurde das IFFA von Ellen Diederich (*1944) und ihrer langjährigen Lebensgefährtin, der afrodeutschen Liedermacherin Fasia Jansen (1929-1997). Ellen Diederich ist seit den 1960er-Jahren aktiv in der Frauen- und Friedensbewegung. Zusammen mit Fasia Jansen bereiste die Oberhausenerin mit zwei Friedensbussen die ganze Welt und setzte sich für Frieden, Freiheit und Emanzipation ein. In Oberhausen wuchs so ein einzigartiger Bestand an, der 2009 zum Teil dem Oberhausener Stadtarchiv übergeben wurde. Dank des Einsatzes von Ellen Diederich und der tatkräftigen Oberhausener Archivare konnte die unerschlossene, rund 140 Umzugskartons umfassende Sammlung ins afas umziehen, wo sie aufgrund des Themenschwerpunkts und der Nutzungsmöglichkeiten besser aufgehoben ist. Das afas hat 2021 ein Interview mit Ellen Diederich geführt, das u. a. als 90-Minuten-Film dokumentiert ist.[5]

Archiv des Grundrechtekomitees im afas

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie[6] hat sich seit der Gründung 1980 zu einer der bedeutendsten Bürgerrechtsorganisationen in Deutschland entwickelt. Das unter anderem von Wolf-Dieter Narr, Andreas Buro, Roland Roth,

4 Ebd.

5 Vom Kult der Gewalt zur Kultur des Friedens. „Wir versuchen, Feindbilder abzubauen." Ein Gespräch von Bernd Drücke mit der Frauenfriedensarbeiterin und Feministin Ellen Diederich, Artikelserie in Graswurzelrevolution Nr. 463 und Nr. 464, November & Dezember 2021, https://www.linksnet.de/artikel/48284 ; Film: https://www.youtube.com/watch?v=pRMzXoG2V0I

6 https://www.grundrechtekomitee.de/

Klaus und Hanne Vack gegründete Grundrechtekomitee gehört dem Netzwerk Friedenskooperative an und ist verankert in sozialen Bewegungen wie z. B. auch der Graswurzel-, Anti-Rassismus-, Anti-Atom- und Klimagerechtigkeitsbewegung. Es tritt dafür ein, durch ein „aktives, streitbares, couragiertes und zivil ungehorsames Engagement Grundrechte und Demokratie zu verteidigen“[7].

Seit 1980 sammelt die Geschäftsstelle des Grundrechtekomitees Materialien nicht nur zur eigenen Arbeit. So ist in Köln ein umfangreiches Archiv entstanden. Mehr als 300 Ordner aus diesem Bestand wurden im Juli 2021 dem afas übergeben.

Übernahme des iz3w-Archivs

1968 war das Jahr eines weltweiten Aufbruchs. In vielen Ländern entstanden seitdem neue soziale Bewegungen. 1968 war auch das Geburtsjahr des Informationszentrums 3. Welt (iz3w) in Freiburg. 50 Jahre später beschrieben die Autor*innen der gleichnamigen Zeitschrift die Gründungsgeschichte: „Die verbreitete gesellschaftliche Aufbruchsstimmung erfasste auch das Verhältnis zur Dritten Welt. Nach dem Kolonialismus und zwei Weltkriegen sowie angesichts von neokolonialer Ausbeutung und antikolonialer Befreiung stellten immer mehr Menschen die Forderung nach Solidarität mit den Ländern des Südens. Genauer gesagt: Solidarität mit den dort lebenden geknechteten und unterdrückten Menschen.“[8]

Mit der Gründung des iz3w entstand auch das iz3w-Archiv. Letzteres hat sich zu einem der größten Eine-Welt-Archive entwickelt und ist den Freiburgern im wahrsten Sinne des Wortes über den Kopf gewachsen. Sie haben deshalb das afas gebeten, diese Sammlung zu übernehmen. Nach einer ausgiebigen Sichtung wurden all diejenigen Materialien, die noch nicht im afas vorhanden waren, in rund 230 Umzugskartons verpackt. Die etwa 1.600 Ordner und Schuber mit einem Gewicht von etwa viereinhalb Tonnen beinhalten vorwiegend Graue Literatur, Bewegungszeitschriften, Flugblätter und Broschüren.

Seit dem 11. Oktober 2021 befindet sich das iz3w-Archiv nun in Duisburg.

Wir sind froh, dass wir zum dauerhaften Erhalt der Archivmaterialien beitragen können und bedanken uns herzlich bei Ellen Diederich, den Mitarbeiter*innen von iz3w, Grundrechtekomitee und allen anderen Materialgeber*innen für das uns entgegengebrachte Vertrauen.

Bernd Drücke

7 https://www.grundrechtekomitee.de/details/geschichte-wird-gemacht-40-jahre-grundrechtekomitee-werden-archiviert

8 https://www.iz3w.org/wir_ueber_uns/kleine-chronik-des-iz3w-und-der-aktion-dritte-welt-e.v.

Anmerkung zum Autor:

Dr. Bernd Drücke war 22 Jahre Koordinationsredakteur der Monatszeitung Graswurzelrevolution und hat das Umweltzentrum-Archiv Münster mit aufgebaut, bevor es 2011 dem afas angegliedert wurde. Seit Januar 2021 arbeitet er im Leitungsteam des afas.

Das Archiv der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung in Dresden

Seit 1996 befindet sich ein wichtiger Teil des Nachlasses von Herbert Wehner (*Dresden 1906 - †1990 Bonn) in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden. Die Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung (http://www.hgwst.de) am Rande des Stadtteils Leubnitz-Neuostra ist seit Greta Wehners Tod Inhaberin des Bestandes, der in ihrer historischen Wohnung aufbewahrt und gepflegt wird, zusammen mit der Einrichtung und der ansehnlichen Privatbibliothek eines der wichtigsten Sozialdemokraten (und Ex-Kommunisten) des 20. Jahrhunderts und seiner Familie.

Zur Geschichte

„Etwas von Herbert in seine Heimat zurückbringen", darum ging es seiner Witwe, als sie Mitte der 1990er-Jahre entschied, in die Geburtsstadt und Sehnsuchtsheimat des langjährigen stellvertretenden Parteivorsitzenden (1958-1973), Fraktionsvorsitzenden (1969-1983) und Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen (1966-1969) zu ziehen. Dieser Schritt hatte sich schon seit einigen Jahren abgezeichnet. Seit 1990 waren Greta Wehners Reisen in die untergehende und dann ehemalige DDR immer häufiger geworden, sowohl in Brandenburg als auch in Sachsen war sie oft zu Gast, und wie sie einmal äußerte, fiel ihr der Umzug nicht schwer: „Bonn war nur Arbeitsort, mehr nicht", sagte die inzwischen über 70-Jährige, die selbst nie vorher in Sachsen gewohnt hatte. Greta Wehner verkaufte die bescheidene Reihenhauswohnung auf dem Bonner Heiderhof, nahm einen Kredit auf und erwarb eine etwa 140 Quadratmeter große Eigentumswohnung in einem Dresdner Neubaublock. Dahin brachte sie die gesamte Einrichtung, die Bücher, Möbel, Bilder und Haushaltsgegenstände nebst Unterlagen, über welche sie seit Wehners Tod auch in Bonn verfügt hatte, und sorgte für eine originalgetreue Wiedereinrichtung.

Herbert Wehner wurde am 11. Juli 1906 in Dresden geboren. Zwischen 1927 und 1942 war Wehner Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), unter anderem als Landtagsabgeordneter in Sachsen, Technischer Sekretär des Politbüros und von 1935 bis 1937 Mitglied des Zentralkomitees. 1942 wurde

Wehner in Schweden verhaftet, wegen angeblicher Spionage für die Sowjetunion zu Zuchthaus verurteilt und wegen angeblichen Parteiverrats aus der KPD ausgeschlossen. 1946 kehrte er nach Deutschland zurück, wurde sogleich in Hamburg Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und arbeitete als Außenpolitischer Redakteur beim „Hamburger Echo". 1949 wurde er erstmals in den Bundestag gewählt; das Mandat für Hamburg-Harburg-Wilhelmsburg eroberte er bis zu seinem Verzicht auf eine Wiederwahl 1983 jeweils direkt. Unter anderem war Herbert Wehner von 1949 an Mitglied im Fraktionsvorstand, Vorsitzender des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen (bis 1966), Mitglied des Parteivorstands (1952-1982), stellvertretender Fraktionsvorsitzender (1957-58 und 1964-66), stellvertretender Parteivorsitzender (1958-1973), Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen (1966-1969) sowie Fraktionsvorsitzender (amtierend 1966 sowie 1969-1983).

Die am 31. Oktober 1924 geborene Greta Burmester stammte mütterlicherseits aus Flensburg; ihr 1934 von den Nazi†s ermordeter Vater Carl war gebürtiger Hamburger. Beide Eltern waren kommunistische Widerstandskämpfer; Mutter Lotte musste 1937 mit ihren beiden Kindern nach Schweden fliehen. Dort traf die Witwe 1944 auf Herbert Wehner, der damals mit dem Kommunismus schon gebrochen hatte. Die beiden blieben ein Paar bis zu Lottes Tod im Jahr 1979. Greta Burmester wiederum, gelernte Sozialarbeiterin, zog 1953 nach Bonn zu ihrer Mutter und Herbert Wehner, um die infolge der Nazi-Haft schwer Kranke zu pflegen, vor allem aber um den Abgeordneten Wehner bei seiner Arbeit im Wahlkreis, im Bundestag und für die sozialdemokratische Partei zu entlasten, zu organisieren und zu begleiten. Daraus wurde eine enge, über 30 Jahre währende Arbeitsbeziehung und, nach dem Tod der Mutter, auch eine Liebesgeschichte. Nach Wehners Ausscheiden aus dem Parlament schließlich, im Jahr 1983, heirateten die beiden; für ihn war das überlebensnotwendig, denn er erkrankte infolge seiner langjährigen Diabetes an Demenz, und Greta Wehner pflegte ihn bis an sein Lebensende am 19. Januar 1990.

Nach Herbert Wehners Tod übergab Greta Wehner den größeren Teil des Nachlasses dem Herbert-Wehner-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn. Dort ist der Bestand inzwischen interessierten wissenschaftlichen Forscherinnen und Forschern zugänglich. Einen wichtigen, kleineren Teil, nahm sie jedoch nach Dresden mit, und sie verfügte zu ihren Lebzeiten, dass er dort auch verbleiben soll. Die Bestände sollten der politischen Bildungsarbeit in Sachsen dienen; die geistige Auseinandersetzung mit dem Lebenswerk Herbert Wehners sollte das in Dresden beheimatete Herbert-Wehner-Bildungswerk, welches Greta Wehner 1992 mitbegründet hatte, in seiner Arbeit begleiten und stützen.

Schließlich vermachte Greta Wehner alles, Wohnung, Bücher und Archiv, der im Jahr 2003 von ihr gegründeten Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung, welche

das Erbe nach ihrem Tod am 23. Dezember 2017 antrat.

Zum Bestand

Zunächst waren es vor allem die Redeentwürfe, Zeitungsartikel von und über Herbert Wehner, Manuskripte, Typoskripte und Pressemitteilungen, welche den Kernbestand des Archivs bildeten; als Aktengruppe „EA" (Laufzeit: 1950 bis ca. 1985) umfassen sie 95 Signaturen mit inzwischen über zwanzig laufenden Regalmetern. Ein Highlight ist etwa das Original-Manuskript der berühmten Bundestagsrede Wehners vom 30. Juni 1960, mit welcher er die Sozialdemokratie auf den Boden der Realität der Westbindung der Bundesrepublik Deutschland stellte und sie damit ein für alle Mal regierungsfähig machte.

Die Archivalien wurden erstmals verzeichnet und in dieser Form auch systematisch genutzt für die Biografie „Herbert Wehner" des damaligen Geschäftsführers des Herbert-Wehner-Bildungswerks und heutigen Vorsitzenden der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung Christoph Meyer, welche 2006 im dtv-Verlag erschienen ist (http://www.hgwst.de/angebote/buecher/). Neben dem EA-Bestand wurde noch differenziert in die Aktengruppen „DU", „PB" und „HF". Dann kamen „TK" und „SD" hinzu, später „WV" und „GW".

„PB" – Persönlicher Briefwechsel – umfasst vor allem innerfamiliäre Briefe der Wehner-Burmesters von den 1930er-Jahren an bis ins Jahr 1990. Ein Schwerpunkt liegt auf dem Briefverkehr zwischen Herbert, Lotte und Greta Wehner. Auch dies sind Geschichtsdokumente ersten Ranges, die den politischen Betrieb, aber auch das Leben einer bedeutenden Politikerfamilie aus erster Hand dokumentieren. Der Bestand umfasst knapp 10 Meter mit etwa 90 Signaturen.

„DU" – Diverse Unterlagen, hier handelt es sich um einen kleineren Bestand von etwa drei Regalmetern Breite. Er enthält Schriftverkehr zu verschiedenen Kampagnen, die zeit seines Lebens von rechter, konservativer oder kommunistischer Seite gegen Herbert Wehner geführt wurden, prominent zum Beispiel die sogenannte „Dagens-Nyheter-Kampagne" des Jahres 1957.

„HF" – Humanitäre Fälle bzw. Häftlingsfreikäufe und Familienzusammenführungen. Diesen Bestand hat Greta Wehner ebenso wie die „DU"-Akten aus Bonn nach Dresden mitgenommen, um auf posthume Angriffe gegen ihren Mann reagieren zu können. Dieser Bestand blieb allerdings knapp zehn Jahre verpackt, gestapelt in einem Reisekoffer. Auf etwa 1,20 Metern Breite findet sich in „HF" die politische Seite des Kontakts von Herbert Wehner zu Erich Honecker zum Thema Häftlingsfreikäufe und Familienzusammenführungen: Schriftwechsel, etwa mit Honecker, Brandt und Schmidt, Listen von Fällen, stenographische Mitschriften der Mitteilungen Honeckers über den Anwalt Wolfang Vogel zwischen 1973 und 1983. Ein politisch und historisch hochkarätiger Bestand, der in den letzten

Jahren intensiv für Quellenpublikationen genutzt worden ist, insbesondere seitens des Bundesarchivs für die Edition der „Dokumente zur Deutschlandpolitik". Zuletzt sind die Stenogramme Wehners im Rahmen eines Kooperationsprojekts zwischen Bundesarchiv und Wehner-Stiftung transkribiert worden, eine Arbeit, die kurz vor der Endabnahme steht.

„TK" – Terminkalender, in zwei Kistchen nur, aber die (durchaus vollen) Terminkalender von Herbert und Greta Wehner im Original ab Mitte der 1940er-Jahre sind natürlich ebenfalls eine wichtige Quelle.

„SD" – Sammlung Dresden, dieser bisher überschaubare Bestand enthält Gesammeltes der Stiftung zum Leben und Werk von Herbert und Greta Wehner, zum Beispiel Original-Briefwechsel, den Dritte mit Herbert und Greta Wehner hatten und welcher der Stiftung gespendet wird. Der Bestand umfasst über 80 meist schmalere Signaturen und wächst noch.

„WV" – Wolfgang Vogel. Den wichtigen Teilnachlass des „DDR-Anwalts" (1925-2008) hat dessen Witwe Helga Vogel der Stiftung im Jahr 2017 übergeben. Es handelt sich dabei um die Gegenüberlieferung zu „HF", also vor allem die Original-Karteikarten mit handschriftlichen Notizen Vogels zu Mitteilungen von Honecker, die er Herbert Wehner zu übermitteln hatte. Hinzu kommen Reiseunterlagen, aber auch Unterlagen zu anderen West-Kontakten Vogels sowie Presseausschnitte.

„GW" – Greta Wehner, das ist der Nachlass Greta Wehners, welcher ihr ganzes Leben, also eine Laufzeit von 1924 bis 2017 umfasst und alles von und über sie enthält, aber auch alle weiteren Fundsachen in der Wohnung der Wehners, die naturgemäß auch Fotos, Dinge und Papiere von und über Herbert und Lotte Wehner umfassen. Über 100 Aktenordner, bisher noch unverzeichnet, enthält dieser Bestand, welcher im Zuge des Schreibens der Biografie „Greta Wehner" von Christoph Meyer nach und nach erschlossen wird.

Die Arbeit an den Beständen läuft noch, und da die Stiftung ohne öffentliche Fördermittel auskommen muss und sie ehrenamtlich geführt wird, ist ihr Abschluss derzeit nicht in Sicht. Für interessierte seriöse Forscherinnen und Forscher werden die Bestände jedoch auf Anfrage zugänglich gemacht (http://www.hgwst.de/bibliothek-und-archiv/archiv-der-herbert-und-greta-wehner-stiftung-hgwst/), und ebenso bietet die Stiftung kleinen Gruppen die Besichtigung der historischen Räumlichkeiten in einzigartiger Atmosphäre an (http://www.hgwst.de/herbert-wehner-auf-der-karte-der-demokratie/).

Christoph Meyer

Kontakt:
Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung
Prof. Dr. Christoph Meyer
Tornaer Straße 56a, 01239 Dresden
Telefon (03 51) 288 16 67
E-Mail meyer@hgwst.de
Internet http://www.hgwst.de

Greta Wehner 1999 inmitten ihrer Bücher (Foto: Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung)

Bibliotheken und Erinnerungsstätten

Zigarrenarbeiterbewegung am Beispiel des Minden-Ravensberger Landes in Ostwestfalen-Lippe

Die Zigarrenindustrie in Deutschland gehört zu den fast vergessenen Wirtschaftszweigen. Rauchverbote, werbliche Einschränkungen und ein insgesamt höheres Gesundheitsbewusstsein, haben der Tabakindustrie deutlich zugesetzt. Dabei gab es einmal tausende von Unternehmen in Deutschland, vom Kleinstbetrieb mit nur zwei oder drei Beschäftigten, der als reiner Familienbetrieb fungierte, bis hin zum Marktführer im Zigarrenbereich: Die August Blase AG im westfälischen Lübbecke hatte Ende der 1930er-Jahre über 6.400 Beschäftige. Von Blase und dem Kreis Minden-Lübbecke wird in diesem Bericht noch öfter die Rede sein.

Tabakverarbeitende Betriebe lassen sich beispielsweise für die Stadt Lübbecke seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert nachweisen. Die Mode des Rauchens war über Kaufleute, die Verbindung nach Holland hatten, im gehobenen Bürgertum eingeführt worden. Im Dreißigjährigen Krieg machten Offiziere und auch Soldaten das Rauchen populär. Im Raum Minden hatte die Zigarrenfabrik Leonhardi großen Erfolg und stellte bis zu einer Million Zigarren täglich her. Doch im benachbarten Lübbecke setzte August Blase 1863 zum Überholen an.

Lange ein Problem: Kinderarbeit

Die fortschreitende Industrialisierung trieb die Arbeiter in die neuen Zigarrenbetriebe. Der Raum Ostwestfalen galt als Niedriglohnbereich, in den Hansestädten Bremen und Hamburg wurde besser bezahlt, im süddeutschen Raum noch weniger als in Ostwestfalen. Eng verbunden mit dem tabakverarbeitenden Gewerbe ist die Kinderarbeit. Bereits vor dem Erfolg der Zigarrenindustrie waren viele Menschen in der Herstellung und Verarbeitung von Textilien und Garnen beschäftigt, zunehmend wurden auch Kinder in den Fabriken und in der Heimarbeit als billige Arbeitskräfte ausgenutzt. Die ersten gesetzlichen Beschränkungen wurden in Preußen 1839 mit dem „Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken“ erlassen. Die größten Missstände wurden so, nicht zuletzt auch auf Grund lokaler Vorschriften, beseitigt.

Die Zigarrenindustrie bot zwei Verdienstmöglichkeiten: Heim- und Fabrikarbeit. Die Bezahlung richtete sich nach dem Akkordprinzip. Insgesamt konnte man mehr als in der Landwirtschaft verdienen, was in den ländlichen Gebieten zu einem fortschreitenden Mangel an Landarbeitern führte. Hatten die „Heuerlinge“ noch im ausgehenden 19. Jahrhundert als Lohn- und Deputatarbeiter im

Dienste eines Bauern ihren bescheidenen Lebensunterhalt verdienen können, so lockte jetzt die Industrie mit höheren Löhnen. Das Heuerlingswesen neigte sich dem Ende zu. Der Prozess wurde dadurch beschleunigt, dass Zigarrenfabrikanten Filialen in den Dörfern gründeten.

Die Heimarbeit bot Familienangehörigen, alten und jungen, die Möglichkeit zur Mitarbeit. Trotz gesetzlicher Auflagen wurden bei der Heimarbeit Kinder beschäftigt. Der Tabak- und Küchendunst in den schlecht gelüfteten Häusern förderte Krankheiten wie die Tuberkulose. Nicht zuletzt deshalb entstanden um die Wende zum 20. Jahrhundert spezielle Lungenfachkliniken in Ostwestfalen, auch für Kinder.

Arbeitskämpfe und Gewerkschaften

Die niedrigen Löhne in der Zigarrenindustrie ließen bei den Arbeitern verständlicherweise den Wunsch nach einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage aufkommen. Man begann deshalb schon früh, sich in Organisationen zusammenzuschließen, um seinen Wünschen und Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen. So wurde schon im Revolutionsjahr 1848 in Berlin durch Wenzel Kohlweck die Association der Cigarrenarbeiter Deutschlands gegründet, und schon auf deren zweitem Kongress 1849 in Leipzig waren die Arbeiter aus den ostwestfälischen Zigarrenhochburgen vertreten. Um Minden als Schwerpunkt hatten sich 1848/49 gleich in mehreren Orten Zweigvereine der Association gebildet. Sie alle wurden aber 1850/51 von der preußischen Regierung wieder verboten.

1865 gründete dann Friedrich Wilhelm Fritzsche von Leipzig aus eine neue Zigarrenarbeitergewerkschaft, den Allgemeinen Deutschen Cigarrenarbeiterverein (ADCAV). Dieser ältesten Gewerkschaft Deutschlands schloss sich schnell eine größere Zahl von Zigarrenarbeitern aus dem heimischen Raum an. Der ADCAV hatte sich weniger den politischen Kampf als die Besserung der sozialen Lage seiner Mitglieder zum Ziel gesetzt, und war auch zum Streik bereit. Der vermutlich erste deutsche Zigarrenarbeiterstreik fand Ende 1869 in Lübbecke statt. So hat es das Stadtarchiv Lübbecke recherchiert. Die organisierten Arbeiter erließen dazu folgenden Aufruf:

„Lübbecke, den 13. Dezember 1869

Werte Kollegen!
Da die Kollegen der Blaseschen Fabrik gegen alle Fabriken im Preisverhältnisse zurückstanden, so fühlten sich dieselben wiederholt veranlasst, Herrn Blase um eine Lohnerhöhung anzusprechen; derselbe gab aber jedes Mal grobe abschlägige Antwort. Infolgedessen sahen wir uns genötigt, die Arbeit einzustellen. Es wurde

in der Versammlung beschlossen, die Arbeit bei genanntem Herrn einzustellen, bis er folgende Forderungen gewährt:
Eine Lohnerhöhung von 5 Silbergroschen
Wöchentliche Lohnerhöhung
Sämtliche Abzüge für Tabak unterbleiben
Es haben demzufolge 36 meist Verheirathete die Arbeit eingestellt. Collegen, rasche und nachhaltige Hülfe tut noth!
Im Auftrage: Der Streikenden Comitee. Gelder sind zu senden an Louis Schmidt, Niederhorststr. 81“[1]

Auch in anderen Orten kam es in jeder Zeit vereinzelt zu Lohnforderungsbewegungen; sie hatten aber nur lokalen Charakter. In den 80er-Jahren spielte Friedrich Wilhelm Fritzsche, dessen Gewerkschaft 1875 in den „Deutschen Tabakarbeiter-Verband“ (DTAV) umbenannt worden war, bei der Beilegung von Lohnauseinandersetzungen eine entscheidende Rolle. Schon der bloße Hinweis auf ihn und seine Gewerkschaft soll manchen Fabrikanten zum Nachgeben veranlasst haben.

Aus dem Solidaritätsgedanken heraus kümmerte sich die Gewerkschaft auch um die Unterstützung der Zigarrenarbeiter im Krankheitsfalle und um die Hinterbliebenenfürsorge. Es gab ja noch kein Sozialversicherungsgesetz. Auf örtlicher Ebene wurden Kommissionen eingesetzt, die für eine Krankenkasse der Zigarrenarbeiter Statuten ausarbeiten sollten. Entsprechende Initiativen führten z. B. 1872 in einem Ortsteil der Kreisstadt Lübbecke zur Gründung einer Kranken- und Sterbekasse.

Die Beiträge der Mitglieder beliefen sich auf 5 Silbergroschen monatlich. Lehrlinge zahlten nur die Hälfte. Dafür gab es im Falle der Erkrankung die nötigen ärztlichen Hilfen und Medikamente sowie bei einer Erkrankung von über 3 Tagen (ohne Krankenhaus) für einen Zigarrenmacher 7½ und für einen Lehrling 5 Silbergroschen Verpflegungsgeld täglich. Bei einer Aufnahme im Krankenhaus wurde zwischen diesem und der Krankenkasse eine besondere Vereinbarung getroffen. Es ist anzunehmen, dass – wie bei einer schon 1867 in Bünde/Westfalen gegründeten Krankenkasse – Arbeitnehmer 2/3 und die Arbeitgeber 1/3 der Beiträge aufbrachten, denn im Vorstand der Lübbecker Kranken- und Sterbekasse saßen zwei Vertreter der Zigarrenarbeiter und ein Vertreter der Fabrikanten.

Der sozialdemokratisch orientierte DTAV hatte bei der konservativen Einstellung der ländlichen Bevölkerung lange Zeit große Schwierigkeiten, im heimischen Raum Wurzeln zu schlagen. 1910 zählte man in der Stadt Lübbecke erst 15 Mitglieder bei hunderten von Zigarrenarbeitern. Im Ortsteil Gehlenbeck dagegen, einer starken Bastion des Tabakarbeiterverbandes, gehörten im gleichen Jahr bereits 100 Personen dieser Organisation an, kurze Zeit später schon über 200. In anderen

1 Rolf Momburg: Die Zigarrenmacher. Hüllhorst 1996, S. 96.

Dörfern der Umgegend kam der 1899 von niederrheinischen Zigarrenarbeitern gegründete „Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter“ besser voran.

Anfang des 20. Jahrhunderts gab es in den Zigarrenfabriken einen Aushang:
„5 Gebote für Heimarbeit
Macht Euch mit den tariflichen Regelungen vertraut!
Unterbietet nicht die tariflichen Mindestentgelte!
Zahlt euren Mitarbeitern die vorgeschriebenen Löhne – Entgelte!
Verlangt deutliche Entgeltaushänge in den Ausgaberäumen!
Nehmt keine Arbeit an, die nicht in den Entgeltbetrag eingetragen ist; die Angabe des Stückentgeltes darf nicht fehlen! Nimm nicht mehr Arbeit an, als Du bei normaler Arbeitszeit bewältigen kannst; Dein Arbeitskollege will auch leben! Schone die Kinder! Alle behördlichen Maßnahmen dienen Deinem Schutz, vergiß das nicht. Lies einmal das Heimarbeitsgesetz“[2]

Die große Bewährungsprobe für die Gewerkschaftsbewegung kam im Jahre 1911. In der Arbeiterschaft der Zigarrenindustrie herrschte eine äußerst gereizte Stimmung, nachdem 1909 eine erneute Zollerhöhung wiederum zu Produktionseinschränkungen, Entlassungen, Kurzarbeit und Lohnsenkungen geführt hatte. Ein Streik lag in der Luft. Ausgelöst wurde er dann im Sommer 1911 durch Lohnforderungen in fünf lippischen Zigarrenfabriken, ohne Erfolg. Nachdem daraufhin die lippischen Zigarrenarbeiter in den Ausstand getreten waren, dehnte sich der Streik über das gesamte ostwestfälische Gebiet aus. Selbst in Hamburg und Bremen gab es Solidaritätsstreiks. Die Gewerkschaften forderten bessere Löhne für neue Fassons (Zigarrenformen), wöchentliche Zahlungen, Herabsetzung der Anzahl der „Überzigarren“ (zur Kompensation von erwartetem Ausschuss), Gewährung von mehr und besseren „Rauchzigarren“ für den Eigenverbrauch und vor allem das Aushängen von Lohntabellen für sämtliche Sorten. Die letztgenannte Forderung wurde vor dem Hintergrund gestellt, dass die Löhne bis dahin von den Fabrikanten nach den jeweiligen Gegebenheiten bestimmt wurden und zwischen Stadt und Land große Lohnunterschiede bestanden. Der Westfälische Cigarrenfabrikanten-Verband (WCV) beschloss, keinerlei Lohnerhöhungen zuzulassen und kündigte die Verträge. Da die Arbeitgeber die Forderungen als unbegründet ansahen, scheiterten alle Vermittlungsversuche während der Kündigungsfrist, und am 14. Oktober 1911 erfolgte die Aussperrung der organisierten Zigarrenarbeiter. Rund 9.000 Arbeiter waren hierzulande davon betroffen und konnten in dieser Zeit keine Erwerbslosenunterstützung beziehen. Allerdings blieben die Filialen von Unternehmen, die nicht dem Verband angehörten, von der Aussperrung ausgenommen, so hatten sich z. B. in Hüllhorst von 33 Betrieben nur 12 am Arbeitskampf beteiligt.

Den Landräten in Minden und Herford gelang es schließlich im Januar 1912

2 Flugblatt „Das Tabak verarbeitende Gewerbe“ o.O., o.J. (ca. 1900), im Firmenarchiv der Firma Dannemann (Lübbecke/Westf.). Ein Duplikat existiert auch im Stadtarchiv Lübbecke.

den Arbeitskampf beizulegen. Das Ergebnis war ein Kompromiss: Der WCV empfahl seinen Mitgliedern, freiwillig in eine Revidierung der Löhne einzuwilligen mit dem Ergebnis, dass im Frühjahr 1912 in 147 Betrieben mit fast 9.000 Beschäftigten die Löhne angehoben wurden. Das war der bis dahin größte Arbeitskampf der Zigarrenarbeiter.

Einheitliche Manteltarife für das gesamte Reich gab es allerdings erst 1920, wobei für Westfalen noch einige regionale Zuschläge erfolgten. Während die Arbeitnehmer auch 1925 in Tarifverhandlungen noch weitere wesentliche Verbesserungen durchsetzen konnten, war Ende 1927 der Arbeitsfrieden schon wieder ernsthaft gestört. Am 1.12. 1927 schrieb die „Lübbecker Kreiszeitung":

„Wir stehen nun mitten drin in dem Riesenlohnkampf der Tabakarbeiter. Und während das Friedensfest der Weihnacht näher und näher rückt, wächst der Haß und die Verbitterung in vielen tausend Herzen."[3]

Das bevorstehende Weihnachtsfest trug dann aber wohl dazu bei, dass man sich über eine Lohnerhöhung von 12 % einigte und die Aussperrung von 120.000 Zigarrenarbeitern im Reich ein schnelles Ende fand.

Ein Meilenstein für die Tarifpartner war dann nach all diesen Arbeitskämpfen die Einigung über einen Reichstarifvertrag im Jahre 1932. In ihm wurde nunmehr flächendeckend der Lohn für 1.000 Stück Zigarren nach Arbeitsart, Fasson, Gewicht und Länge festgelegt, wurden Erschwerniszuschläge, Überstundenbezahlungen, Heimarbeit und Bezirkszuschläge geregelt, die Arbeitszeit auf 48 Stunden pro Woche begrenzt und sechs bezahlte Feiertage vereinbart. Wenn auch viele Zigarrenmacher aus Sorge um ihren Arbeitsplatz weiterhin untertariflich arbeiteten, hatten die Gewerkschaften doch mit dieser reichseinheitlichen Normierung ihr lange Zeit verfolgtes Ziel erreicht. 1933 wurden sie von den Nationalsozialisten verboten.

Im gleichen Jahr führten die Nazis auf Grund der hohen Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie das Maschinenverbot ein, und tatsächlich wurden viele Arbeitsplätze zunächst „gerettet". In zahlreichen Ortschaften des Lübbecker Landes wurden so Zigarren noch bis in die 1960er-Jahre in Heimarbeit gefertigt. Dafür stand das so genannte „Klavier" zur Verfügung, ein Arbeitstisch, an dem die geformten „Wickel" mit einem Deckblatt aus Übersee überrollt wurden.

Volker Knickmeyer, freier Journalist in Minden/Westf.

Quellenhinweise:
Dokumente zur regionalen Tabakarbeiterbewegung sind zu finden u. a. im Stadtarchiv Lübbecke, https://www.luebbecke.de/Unsere-Stadt/Stadtgeschichte/Stadtarchiv [07.02.2022] und im Buch von Dr. Rolf Momburg, „Die Zigarrenmacher", Verlag Meyer, Hüllhorst 1996.

3 Siehe Fn. 1, S. 98.

Die Gewerkschaft NGG kommt ursprünglich aus der Zigarrenarbeiterbewegung. Der langjährige Vorsitzende der NGG in der Bundesrepublik, Günter Döding (1930 - 2005), war in jungen Jahren Mitarbeiter der August Blase AG. An der Bundesstraße 65 im Lübbecker Ortsteil Gehlenbeck stehen ein Zigarrenmacher-Denkmal und eine Gedächtnisplatte an Günter Döding.

Das vorliegende Buch ist eine Arbeit der österreichischen Historikerin Ingrid Bauer, die in den 1980er-Jahren ausführliche lebensgeschichtliche Gespräche mit den sog. „Tschik-Weibern", führte, mit Frauen, die in der dortigen ArbeiterInnenbewegung eine bedeutende Rolle spielten. Starke Geschichten werden in diesem Buch lebendig. Sie erzählen von den Zwängen und Hoffnungen, von Anpassung und Widerstand der Frauen/Arbeiterinnen, deren Lebensgeschichten verwoben sind mit den beiden Weltkriegen und der Herrschaft der Austrofaschisten und Nationalsozialisten. Mit einer Film-DVD über die Tabakarbeiterin und Widerstandskämpferin Agnes Primocic.

DIE BUCHMACHEREI, 326 S., ISBN 978-3-00-049940-1, 20.00 €

Interview

Interview mit Dr. Axel Weipert

Dr. Axel Weipert gehört zu den profiliertesten Vertretern der jungen Generation von Historikerinnen und Historikern der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Seine Publikationen „Das rote Berlin" erschien 2019 bereits in der 2. Auflage, „Die Zweite Revolution" beschäftigt sich mit der Rätebewegung in Berlin 1919/20, weitere Veröffentlichungen zur deutschen Revolution 1918/19 und zum Ersten Weltkrieg hat Axel Weipert als Herausgeber und Autor bereichert. Zuletzt erschien von ihm „Den Fürsten keinen Pfennig!", eine historische Studie über den Volksentscheid gegen die Fürstenenteignung 1926 als Heft 12 der Ernst-Reuter-Hefte.[1] Er gehört unserem Wissenschaftlichen Beirat der „Mitteilungen" seit dessen Gründung im Mai 2019 an.

Lieber Axel, seit geraumer Zeit unterstützt Du die Arbeit unseres Förderkreises und seiner „Mitteilungen" regelmäßig. Was hat Dich dazu bewogen, so dem Förderkreis hilfreich zur Seite zu stehen?

Auch wenn in den letzten Jahren das Thema Arbeiterbewegung wieder eine gewisse Renaissance erlebt hat, ist es im Wissenschaftsbetrieb doch immer noch zu wenig präsent. Vor allem bedarf es institutioneller Absicherungen, und es braucht Foren des Austausches. Da sind der Förderkreis und dessen „Mitteilungen" ein wichtiger Baustein. Vereinsmitglied bin ich schon länger, habe auch schon den einen oder anderen Text beigesteuert, und insofern habe ich mich sehr gefreut, als die Anfrage für den Beirat kam. Es ist sicher von Vorteil, wenn sich die verschiedenen Akteure vernetzen und kooperieren. Und zwischen meinem „Stamm-Verein", der die Zeitschrift *Arbeit-Bewegung-Geschichte* herausgibt, und dem Förderkreis gibt es ja traditionell eine gute Zusammenarbeit und viele personelle Überschneidungen. Dass das auch in Zukunft so bleiben wird, ist mir auf jeden Fall ein Anliegen.

Was hat Dich persönlich bewogen, Dich mit der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung sowie mit der Räteproblematik zu beschäftigen?

Dass ich mich gerade der Berliner Geschichte gewidmet habe, ist zunächst einmal im wörtlichen Sinne naheliegend: Es ist die Stadt, in der ich seit vielen Jahre lebe und die mich immer noch und immer wieder neu fasziniert. So betrachtet folge

1 Axel Weipert: „Den Fürsten keinen Pfennig!" Der Volksentscheid zur Fürstenenteigung 1926. Ernst-Reuter-Hefte, Heft 12, Berlin 2021.

ich also der Forderung „grabe, wo du stehst". Aber natürlich ist Berlin für die Entwicklung der Arbeiterbewegung ein ganz zentraler Ort, auch im internationalen Vergleich.

Die Räte sind aus mehreren Gründen ein spannendes Thema. Zunächst geht es hier ja demokratietheoretisch um die Frage, wie ein starker Einfluss der Wähler bzw. Beschäftigten sichergestellt werden kann – das ergibt sich theoretisch und historisch aus den Defiziten, die repräsentative Strukturen aufweisen. Speziell an der Rätebewegung der Jahre 1918-20 interessant ist aber auch, wie hier politische Praxis und Theorie verbunden wurden. Das waren eben keine Debatten im akademischen Elfenbeinturm, das war vor allem eine wirkmächtige Massenbewegung. Zugleich ist diese Zeit ein Lehrstück darüber, wie progressive Bewegungen eingehegt werden. Wir können also aus beidem lernen: Von den Erfolgen und vom Scheitern.

Seit dem Mai 2019 gehörst Du dem Wissenschaftlichen Beirat unseres Fachorgans an. Was sollte der Beirat aus Deiner Sicht leisten? Welche konkreten Arbeits- und Gestaltungsvorschläge hast Du dazu?

Es wäre sicher hilfreich, wenn sich der Beirat einmal persönlich treffen und austauschen könnte. Das ist in der aktuellen Pandemiesituation natürlich noch nicht möglich, aber perspektivisch sollte das auf jeden Fall passieren. Ein Beirat kann grundsätzlich auf verschiedenen Feldern hilfreich sein: Er kann zur Vernetzung beitragen, er kann Autoren und Leser gewinnen, und er kann zur konzeptionellen Weiterentwicklung beitragen. Aber, da muss man offen sprechen, natürlich sind die zeitlichen Ressourcen bei den Kolleginnen und Kollegen begrenzt. Insofern muss man realistisch sein: Ein Beirat kann nur eine Ergänzung zu dem sein, was die Redaktion und der Vereinsvorstand leisten.

Als Redakteur der „Arbeit-Bewegung-Geschichte" bist du nicht zuletzt auch ein „Zeitschriftenmacher". Wo siehst Du positive Entwicklungen unserer Arbeit als Zeitschrift? Wo liegen Deiner Meinung nach Entwicklungs- und Verbesserungspotenziale? Welche Schwächen sollten behoben werden?

Das Layout und die grafische Aufmachung haben sich wirklich wesentlich verbessert. Das macht einen sehr professionellen Eindruck und wird sicher helfen, das Periodikum weiter zu etablieren. Die Werkstattberichte gibt es ja schon länger, aber diese Rubrik sollte unbedingt weiter bestehen. Ich lese die Beiträge dort immer sehr gern, und für die Jüngeren ist das eine schöne Gelegenheit, ihre Themen der Fachöffentlichkeit vorzustellen. Das könnte man auch auf geeignete Master-Arbeiten ausdehnen. Die Rezensionen sind auch sehr lesenswert, gerade in die-

sem Bereich sollten aber mehr neue bzw. jüngere Rezensenten gewonnen werden. Wichtig wäre, einen aussagekräftigeren Titel für das Heft zu finden: „Mitteilungen" ist mir zu schlicht. Der Name sollte also in griffiger Form die inhaltlichen Schwerpunkte aufzeigen. Und hier bitte keine falsche Bescheidenheit: Das Profil der „Mitteilungen" mit dem Fokus auf Archive und Bibliotheken der Arbeiterbewegung ist doch im deutschsprachigen Raum ziemlich einzigartig.

Du gehörst ja zur jüngeren Generation von Historikerinnen und Historikern, die sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung befassen. Wir sind sehr interessiert an Deinen Antworten auf die Frage, was sich inhaltlich und methodisch am wissenschaftlichen Forschen und Publizieren zur Geschichte der deutschen wie internationalen Arbeiterbewegung aus Deiner Sicht weiterentwickelt hat. Wo also sollten wir genauer hinsehen? Wo liegen Defizite bzw. Desiderate?

Ein wichtiger Aspekt sind natürlich international vergleichende Arbeiten und die Verflechtungsgeschichte. Das gilt im Übrigen auch für die Geschichtswissenschaft selbst: Wir haben in den „Mitteilungen" so gut wie keine ausländischen Autoren. Hier könnte man überlegen, geeignete Texte in Übersetzungen zu bringen. Das erfordert zwar einen höheren redaktionellen Aufwand, wird das Heft jedoch mit Sicherheit bereichern. Ein weiterer Bereich ist das weite Feld der Geschichtskultur. Die „Mitteilungen" sollten da unbedingt weiter am Ball bleiben und regelmäßig Beiträge zu Erinnerungsstätten, lokalen Geschichtsinitiativen und ähnlichen Institutionen publizieren. Das hat außerdem den positiven Nebeneffekt, dass diese Akteure so auf das Heft aufmerksam werden.

Dass Geschichte immer auch politische Implikationen besitzt, sieht man aktuell an der Kampagne für die Enteignung der „Deutschen Wohnen" etc. Du selbst hast zum Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926 geforscht. Was waren Deine Motive, welche historischen und aktuellen Schlüsse ziehst Du aus dieser Beschäftigung? Welche Rückschlüsse ergeben sich für Dich daraus für die Debatte um das Vermögen der Hohenzollern?

Das ist ja ein schönes Beispiel, wie politisch die Geschichtswissenschaft ist, und wie aktuell relevant sie sein kann. Man muss sich das mal vorstellen: Es gibt heute noch Historiker, die argumentieren, eine stärkere Rolle des ehemaligen Hochadels in der Öffentlichkeit könnte einen positiven Beitrag zur politischen Kultur leisten. Die massive Klagewelle, mit der die Hohenzollern seit Jahren kritische Wissenschaftler und Journalisten überziehen, zeigt doch sehr deutlich, wie problematisch deren Verständnis von öffentlicher Debatte ist. Ich glaube, angesichts der Gutachten und spätestens der jüngsten Publikation von Malinowski kann

eigentlich kein Richter mehr ernsthaft behaupten, hier habe keine erhebliche Vorschubleistung für den Nationalsozialismus stattgefunden. Oder anders formuliert: Geschichtswissenschaft kann auch politische Aufklärung sein.

Mehr als dreißig Jahre nach der staatlichen Einheit: Viele Historikerinnen und Historiker aus der DDR wurden nach 1990 aus ihren beruflichen Positionen entfernt. Welches wissenschaftliche Erbe übergab uns dennoch die Forschung, wissenschaftliche Sammlung, Dokumentation und Historiographie zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der DDR?

Helga Grebing hat vor einigen Jahren geschrieben, von der DDR-Forschung sei „fast nichts relevant Verwertbares übrig geblieben". Um es ganz deutlich zu sagen: Ich halte diese Einschätzung für falsch. Natürlich – das wissen gerade wir als Historiker – muss man immer den Kontext der Entstehung von Aussagen berücksichtigen, und das gilt selbstverständlich auch für Publikation aus der DDR. Es ist schlicht nicht zu leugnen, dass es dort politische Vorgaben an die Wissenschaft gab, beispielsweise in Bezug auf die Novemberrevolution. Aber es wurde auch wichtige Grundlagenforschung betrieben, handwerklich sehr solide Quellenarbeit. Und man denke hier beispielhaft an das Erinnerungsarchiv in der SAPMO. Das ist ein unglaublich spannender Quellenkorpus, den es ohne die DDR nicht gegeben hätte. Und der ohne das Engagement für die Gründung der SAPMO vielleicht heute nicht mehr zugänglich wäre. Ich habe diesen Bestand mit großem Gewinn für meine Forschungen nutzen können, und ich denke, da bin ich bei Weitem nicht der einzige.

Welche Erwartungen hast Du an eine künftige Forschung über die DDR-Geschichte?

Ich glaube, gerade die jüngeren Generationen haben einen etwas anderen Blick auf diese Zeit, und das wird sich mit Sicherheit auch in der Forschung widerspiegeln. Schon allein mit Bezug darauf, welche Fragen an das Thema gestellt werden. Oder anders gesagt: Die DDR war noch etwas mehr als MfS und Mauer. Das wissen die Historiker, aber in der breiten Öffentlichkeit dominiert doch vielfach noch diese einseitige Perspektive. Insofern wäre eine Erwartung oder vielleicht eher Hoffnung, dass die Erkenntnisse der Forschung in den Medien und der Bevölkerung stärker wahrgenommen werden. Auch dafür können der Förderkreis und die „Mitteilungen" im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen wichtigen Beitrag leisten, denke ich.

Wie beurteilst Du die Zusammenarbeit zwischen den wissenschaftlichen Generationen auf diesem Gebiet?

Ich kann natürlich nur über meine Erfahrungen und meine Themen Auskunft geben. Aber mein Eindruck war und ist, dass es da auf jeden Fall ein wechselseitiges Interesse gibt. Das gilt für einzelne Publikationen oder Vorträge zum Beispiel, das gilt aber auch für institutionalisiertere Formen der Zusammenarbeit. Als ich vor zehn Jahren in der Redaktion von „Arbeit-Bewegung-Geschichte" – damals noch unter dem Namen „Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung" – eingestiegen bin, war ich ein doppelter Exot: Meines Wissens nach der erste Westdeutsche dort und auch eine Generation jünger als alle anderen. Immerhin ist zeitgleich mit mir Dietmar Lange dazugekommen, der gleich alt und ebenfalls im Westen sozialisiert ist. Ich habe in der Redaktionsarbeit unglaublich viel gelernt und mitgenommen, gerade im Austausch mit Menschen, die ganz andere Lebenserfahrungen gemacht haben. Was mich immer beeindruckt hat, ist, dass diese Redaktion so viele Krisen überstanden hat, dass sie ihre Themen weiter bearbeitet hat, als die institutionellen Rahmenbedingungen quasi über Nacht weggefallen waren und Arbeiterbewegung – in Ost wie West übrigens – als Feld der Geschichtswissenschaft nicht mehr „en vogue" war. Heute sehen wir, dass unsere Themen sowohl bei jüngeren Lesern wie Autoren wieder auf mehr Interesse stoßen. Deshalb bin ich sehr froh und dankbar, dass es dieses Periodikum gibt. Und das wäre ohne das Herzblut und jahrzehntelange ehrenamtliche Engagement der älteren Generation mit Sicherheit nicht der Fall.

Wir bedanken uns für den anregenden Austausch!

Das Interview führten Dr. Holger Czitrich-Stahl und Dr. Rainer Holze

ARBEIT BEWEGUNG GESCHICHTE
ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE widmet sich der Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen in Deutschland und der Welt. Die Zeitschrift präsentiert Aufsätze, biografische Skizzen, Dokumente und Diskussionsbeiträge. Das Themenspektrum reicht von der Global Labour History bis hin zur Regional- und Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur Neuen Linken. Soziale Bewegungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften sind ebenso Thema wie die Geschichte des Staatssozialismus. Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie Tagungsberichte runden jedes Heft ab.

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE erscheint 3 x jährlich (Januar, Mai und September) im Berliner Metropol Verlag. ISSN: 2366-2387 • Einzelheft 14 €, zzgl. Porto • Jahresabonnement (3 Hefte): 35 € (Ausland 45 €) • Ab 1. 1. 2022: 39 € (49 €) einschl. Porto •
Bestellungen an den Metropol Verlag: veitl@metropol-verlag.de

www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de • www.metropol-verlag.de

Besondere Zeitdokumente

Zwei unbekannte Dokumente aus dem Jahr 1937 zur Entwicklungsgeschichte der KP Albaniens

Den Beschlüssen der Komintern-Führung zur politischen Situation und den Aufgaben der revolutionären Bewegung in Albanien ging eine Vorgeschichte voraus. Mitte der 1930er-Jahre verschärfte sich die wirtschaftliche und politische Lage. Die Weltwirtschaftskrise dauerte mit ihren verheerenden Folgen weiter an. Es kam zu Demonstrationen gegen die monarchistische Regierung und zu Hungermärschen. Auf den Erdölfeldern in Südalbanien brachen Streiks aus, die wie im Dokument 2 herausgestellt wird, von ihrem Ausmaß her bis dahin im Land nicht erreicht wurden. König Zogu, der 1934 mit dem Gedanken gespielt hatte, sich der Balkanentente anzunähern, kehrte reumütig unter den Schirm des faschistischen Italiens zurück, um die soziale Ruhe herzustellen. Im März 1936 wurden neue Verträge mit dem Nachbarland unterzeichnet, die vorübergehend einen finanziellen Spielraum schufen. Jedoch musste dafür ein hoher Preis in Kauf genommen werden; beispielsweise durften für die staatliche und zivile Verwaltung sowie die Organisierung der albanischen Armee nur italienische Berater eingestellt werden, der Export albanischer Waren nach Italien und der Personalbestand der Armee wurden begrenzt. Die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit erhöhte sich und es wuchs die Gefahr einer direkten militärischen Intervention bei passender nächster Gelegenheit.

Über die Aufgaben, die sich daraus für die kommunistischen Gruppen im Land, die in der Emigration wirkenden albanischen Kommunisten – angeleitet durch die Kommunistische albanische Vertretung in der Emigration – und die im Komitee der Nationalen Befreiung (Komiteti i Çlirimit Nacional) in Genf tätigen kommunistischen Aktivisten ergaben, bestanden keine klaren Vorstellungen. Umstritten war vor allem, ob die von der „Kommunistischen Albanischen Gruppe“ in der Sowjetunion 1929 als unmittelbare Aufgabe gestellte proletarische Revolution in Albanien bestehen bleibt. Lazar Fundo und Halim Xhelo und ihre Anhänger im Komiteti Nacional hatten im Unterschied zu den illegalen Revolutionären im Land erklärt, dass eine sozialistische Revolution nicht aktuell ist. Noch überwogen Unstimmigkeiten und Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen darüber, wie die vom VII. Komintern-Kongress 1935 ausgehende Orientierung umzusetzen ist, angesichts der wachsenden Aggressivität der faschistischen Staaten und der Bedrohung des Weltfriedens, die Massen über die Arbeiterbewegung hinaus für eine breite antifaschistische Volksfront zu gewinnen.

Die Diskussion zur Vorbereitung eines schon länger ausstehenden Beschlusses

des EKKI zur albanischen Frage begann im Balkansekretariat im Dezember 1936 in Moskau. Sie wurde von Wilhelm Pieck geleitet, der damals als Mitglied des EKKI-Sekretariats verantwortlich für das Balkan-Ländersekretariat war. Von albanischer Seite waren daran Lazar Fundo und Halim Xhelo vom Komiteti iÇlirimit, Ali Kelmendi, der von 1932 bis zu seiner Ausweisung im September 1936 in Albanien gewirkt hatte, und Sejfulla Malëshova, der seit 1931 in Frankreich die Kommunistische albanische Vertretung leitete, beteiligt. Hinzu kam Koço Tashko, der als Vertreter der IRH ebenfalls in Frankreich arbeitete.

Wie Kristo Frashëri[1] ermittelt hat, gibt es kein Protokoll der Tagung, so können die unterschiedlichen Standpunkte nicht im Einzelnen nachvollzogen werden, dagegen blieb der Bericht von Kelmendi erhalten.[2] Er beschäftigte sich darin ausführlich mit den Ergebnissen der Arbeit zur Festigung der kommunistischen Gruppen und damit, weitere kommunistische Stützpunkte im Land zu schaffen. Ohne die inzwischen veränderte internationale Situation und die Lage in Albanien genügend zu berücksichtigen, hielt er starr an Vorgaben fest, die sich als überlebt erwiesen hatten. Kelmendi war bemüht, den 1934 gescheiterten Versuch[3] über ein „kommunistisches Organisationszentrum" die KP in Albanien zu formieren, mit der Linie des VII. Kongresses in Übereinstimmung zu bringen. Er bekräftigte, das Organisationszentrum müsse die Gruppen stärken und führen sowie den Gründungskongress für die Kommunistische Partei einberufen. Zudem sollte ihm die Aufgabe übertragen werden, um ‚Missverständnisse', ‚Parallelität' und ‚Konflikte' in der Arbeit zu vermeiden, die Gewerkschaftsorganisationen und die national-revolutionäre Bewegung zu führen.[4] Darüber, eine Volksfront im Land anzustreben, sprach er ausdrücklich nicht, weil außer den kommunistischen Gruppen nach seiner Auffassung keine anderen Organisationen im echten Sinne des Wortes vorhanden waren.

Diese Überlegungen lösten Widerspruch aus, denn die kommunistischen Gruppen waren selbst noch weit davon entfernt eine einigermaßen ernste Massenbasis zu besitzen. Anhänger des von bürgerlich-konservativen Kräften 1925 in Wien gebildeten „Bashkimi Kombëtar" (Nationale Vereinigung), aber auch Mitglieder des Komitees der Nationalen Befreiung waren nicht in jedem Fall zur Zusammenarbeit bereit, da sie mit Ängsten der von ihnen vertretenen Schichten rechnen mussten. Wenn ein Führungsanspruch als Bedingung für das Zusammenwirken gestellt würde, drohte die Gefahr sich von oppositionellen, demokra-

1 Siehe Kristo Frashëri, Historia e lëvizjes së majtë në Shqipëri dhe e themelimit të PKSH-së 1878-1941, Tirana 2006, S. 106.

2 Siehe Ali Kelmendi, Militant i shquar i lëvizjes komuniste shqiptare, Tirana 1960, S. 28-40.

3 Die KPA wurde im November 1941 gegründet. Sie organisierte während des II. Weltkrieges den antifaschistischen nationalen Befreiungskampf gegen die italienische und deutsche Besatzung des Landes, der 1944 im November zur Befreiung führte.

4 Siehe Kelmendi, Militant i shquar, S. 36.

tischen und nationalen Kräften zu isolieren.

Bei den übrigen Teilnehmern, insbesondere bei Xhelo und Fundo, der ein Jahr zuvor erste Anregungen gegeben hatte,[5] überwog die Vorstellung, dass es für die Revolutionäre im Land eher darauf ankomme, neue Anhänger zu gewinnen, um günstigere Wirkungsmöglichkeiten und weitere Schubkraft zu erlangen. Die bisherige auf den Sturz des monarchistischen Regimes gerichtete Orientierung hatte sich als unrealistisch erwiesen. Im Vordergrund stand, angesichts der Gefahr einer militärischen Intervention durch das faschistische Italien, diese Bedrohung zu bannen.

Die unterschiedlichen Sichtweisen und mangelnde Bereitschaft bei einzelnen Teilnehmern, Zugeständnisse zu machen, verhinderten eine einheitliche Linie im Vorfeld. Pieck sah sich daher gezwungen, die Debatten zu unterbrechen. Das EKKI-Sekretariat nahm die in Rede stehenden Dokumente erst im Februar respektive März 1937 an. Die inhaltlichen Vorgaben für die Aufgaben der Kommunisten entsprachen grundsätzlich den Erfordernissen der neuen Situation: Um erfolgreich gegen die Aggressionspolitik sowohl des italienischen Faschismus als auch gegen die Königsdiktatur Ahmed Zogus anzugehen, müssten die kommunistischen Gruppen aus der Illegalität herausgehen und bestehende sektiererische Auffassungen überwinden. Ziel müsse es sein, an die elementaren Bedürfnisse und Forderungen der Bevölkerung anzuknüpfen und alle demokratischen, nationalen wie oppositionellen und progressiven Elemente auf legalem Wege in einer breiten Volksbewegung zusammenzuführen. Die Gruppen könnten nur politisch und organisatorisch wachsen und sich festigen, wenn sie die in der Plattform gestellten Aufgaben aktiv umsetzen und somit ihren Zusammenschluss und auch die Formierung der Kommunistischen Partei voranbringen. Dies sei die Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes für das revolutionäre Ziel.

Die Dokumente vermitteln Eindrücke zur Ideologie und praktischen Politik der Komintern-Führung gegenüber der sich verspätet vollziehenden Entstehung einer revolutionären Arbeiter- bzw. kommunistischen Bewegung in Albanien. Als bleibend ist festzuhalten, dass deren Entwicklung mit der relativ frühen Einbindung der Protagonisten in den von der Komintern beförderten weltweiten Prozess, vor allem durch die Ausbildung von Kadern an den Bildungseinrichtungen in der Sowjetunion, positive Impulse erhalten hat und transnationale Verbindungen entstehen konnten. Nicht zu übersehen ist jedoch, dass zentrale Orientierungen und Bewertungen oft nicht oder zu wenig den spezifischen Bedingungen im Land entsprachen. Beispielsweise in den angeführten Thesen der Albanischen Kommunistischen Gruppe von 1929. Das trifft auch im vorliegenden Fall, spe-

5 Siehe Erwin Lewin, Lazar Fundo 1935 zur Herausbildung der KP Albaniens, in: Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V., Mitteilungen 59, März 2021, S. 43-52.

ziell für den Beschluss zur albanischen Frage, zu. Schwierigkeiten ergaben sich immer wieder daraus, dass Festlegungen nicht kontrolliert wurden. Palmiro Togliatti, der 1937 angesichts der konfliktreichen Lage im Spanischen Bürgerkrieg eingesetzt war, kritisierte, dass es nicht genüge, nur im engen Kreis eines Gremiums etwas zu beschließen. Erforderlich sei, dies ständig an den Erfordernissen der Praxis zu messen und eigenes Handeln rationell zu überprüfen.[6] Wenngleich im Dokument 1 eine bessere Verbindung zwischen den Revolutionären im Land und dem EKKI sowie Kontrolle angemahnt wird, hat sich auch danach kaum etwas geändert. Wie aus einem Bericht der Gruppe albanischer Kommunisten in Paris vom Januar 1938 hervorgeht, ist das hier im Hinblick auf die getroffenen Festlegungen nicht geschehen. Die Zeitung „Populli" konnte nicht, wie vorgesehen, umgestellt werden; ihr Erscheinen wurde eingestellt. Auch eine Broschüre, in der die Grundlinien einer Volksfront im Land verbreitet werden sollten, kam nicht zustande. Ebenso wurde keine Zusammenarbeit mit „Bashkimi Kombëtar" in der Emigration erreicht.[7] Die Erwartungen von Mitgliedern der Basis, etwa der Lyoner Gruppe, dass die Direktiven der Komintern zu einem Aufschwung der Bewegung führen werden[8], erfüllten sich nicht.

Als eine schwere Bürde für die weitere Entwicklung erwies sich, dass Meinungsverschiedenheiten über das politische Vorgehen oder enge dogmatische Vorstellungen, unzweifelhaft auch persönliche Vorbehalte und Streitereien – wesentlich bedingt durch unausgereifte soziale Strukturen, fehlende Erfahrungen in der marxistischen Analyse der Situation und andere Faktoren – nicht in offener kameradschaftlicher Weise geklärt wurden. In den meisten Fällen erfolgten die Debatten im Sinne der spätestens seit den 1930er-Jahren in der Komintern vorherrschenden stalinistischen Vorgehensweisen und Überlieferungen. Erschwerend wirkte sich aus, dass die revolutionäre und kommunistische Bewegung Albaniens in ihrem Anfangsstadium damit konfrontiert worden ist. Die Mehrheit der Mitglieder hatte eher emotional Zugang zur kommunistischen Idee gefunden. Nur wenige besaßen Vorstellungen von der Theorie. Dieser Umstand wurde nicht immer genügend berücksichtigt. Die übliche Praxis, Vorgaben direkt durchzusetzen, anfangs als Unterstützung von außen wahrgenommen, wuchs sich indessen zu einem bestimmenden strukturellen Problem aus. Das ist immer in den Blick zu nehmen, wenn man ihrer Geschichte unvoreingenommen gegenüber treten will. So ist schwerlich nachzuvollziehen, dass die Diskussion über Kelmendis Ideen und Vorschläge im Balkansekretariat als „prinzipienloser" Fraktionskampf charakterisiert werden. Noch zumal der einsatzbereite Aktivist in einem Schreiben an

6 Siehe Brigitte Studer, Reisende der Weltrevolution. Eine Globalgeschichte der Kommunistischen Internationale, Suhrkamp Verlag Berlin 2020, S. 517.

7 Siehe Russkij Gosudarstvennyj Arhiv Social'no Političeskoj Istorii, Moskau (im Folgenden: RGASPI) F. 495. Op. 11. D. 42. Bl. 37.

8 Siehe Frashëri, Historia, S. 374.

Wilhelm Pieck vom Januar 1938 sich dazu bekannte, dass er als ehemaliger Feldwebel seine Pflicht stets im Schützengraben[9] der Bewegung sieht. Das trifft auch auf die Anschuldigungen gegen Lazar Fundo als Anhänger Trotzkis zu, denn seine Position kam derjenigen der Komintern im Hinblick auf die Volksfront wohl am nächsten. Er unterstützte allerdings nicht die Forderung, dass die kommunistische Hegemonie in der antifaschistischen Volksfront zwangsläufig erforderlich ist. Entscheidend für ihn war, die faschistische Gefahr zu bannen.[10] Die „Trotzkismus"-Kampagne und die geforderte Abrechnung mit den „Parteifeinden" behinderte und verzögerte den eingeleiteten Prozess, die kommunistischen Gruppen zu konsolidieren und sie in der albanischen Gesellschaft zu verankern. Sie hat auch den angestrebten Zusammenschluss unterschiedlicher politischer Kräfte eher geschadet, denn diesen befördert.

Die Verbindung zur Komintern-Führung ging am Vorabend des II. Weltkrieges wie schon zu Beginn der Dreißigerjahre wiederum verloren. Nach Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages 1939 erschöpfte sich die Haltung des EKKI mehr darin, die von der neuen sowjetischen Deutschlandpolitik abhängige Taktik zu begründen als beispielsweise den albanischen Kommunisten bei der Verwirklichung der antifaschistischen Politik zur Seite zu stehen. Insgesamt bestätigen die bei der Umsetzung der Beschlüsse von 1937 gewonnenen Erfahrungen die Schlussfolgerung, die 1943 bei der Auflösung der Komintern gezogen wurde, dass die Leitung der kommunistischen Parteien von einem internationalen Zentrum aus sich historisch überlebt hatte. Auf die Tagesordnung rückten neue Formen zur Organisierung der weltweiten revolutionären Bewegung.

Erwin Lewin

Dokument 1

Beschluss des EKKI-Sekretariats zur albanischen Frage vom 17.2.1937[11]
„13"
Streng Vertraulich
MM. 17. II.- 37.
1. Das Sekretariat stellt einen prinzipienlosen Fraktionskampf fest, der unsere albanischen Kader in zwei sich unversöhnlich gegenüberstehende Gruppen teilt,

9 Siehe Kelmendi, Militant i shquar, S. 48.
10 Siehe Frashëri, Historia, S. 110.
11 RGASPI, F. 495. Op. 11. D. 36., Bl. 1-3. Maschinenschriftliche Kopie; das Dokument wurde von mir aus dem Russischen übersetzt, es wird erstmals in deutscher Sprache veröffentlicht.

wodurch die Atmosphäre eines feindseligen, auf gegenseitigen kleinlichen Intrigen beruhenden Verhältnisses sowie persönlicher Streitereien entsteht, die sich äußerst schädlich auf die Entwicklung der kommunistischen und nationale Befreiungsbewegung in Albanien auswirkt. Zugrunde liegt diesem widerwärtigen Fraktionskampf die sektiererische Enge beider Gruppen und ihre Entfremdung von den Volksmassen Albaniens. Der Genosse Kelmendi[12] schloss sich, anstatt die nationale Befreiungsbewegung wie in der Direktive des Genossen Dimitroff[13] gefordert, zu unterstützen, den heftigen Angriffen gegen die Genossen, die in diesem Sinne wirkten, an. Die Genossen des Auslandszentrums „Çlir. Nac."[14] (Fundo u. a.)[15] unternahmen nicht nur nichts, um die Auseinandersetzung zu beenden, sondern spitzten diese neben taktlosen Aktivitäten noch zu. Das Sekretariat fordert von den albanischen Genossen entschieden, den prinzipienlosen Fraktionskampf zu beenden und verweist darauf, dass die Fortsetzung dieses Kampfes mit dem Verbleib in den Reihen der KI[16] unvereinbar ist.

2. Das Sekretariat konstatiert bei den albanischen Genossen eine Unterschätzung und mitunter leichtfertig sträfliche Haltung zu Fragen der Konspiration. Besonders zu verurteilen ist die grobe Verletzung der Konspiration durch den Genossen Fundo, der in einem offenen Brief aus der UdSSR an einen Menschen, den er selbst als „politisch schwachen Schwätzer, der keine Ahnung von Konspiration hat" bezeichnet, eine Reihe vertraulicher Angelegenheiten übermittelt.

3. Das Sekretariat lenkt die Aufmerksamkeit des Genossen Kelmendi darauf, dass seine Sucht des Kartenspiels ihn bereits verschiedentlich in die Gesellschaft stark korrumpierter Leute des Regimes führte, was ihn leicht politisch völlig kompromittieren und seinen moralischen Niedergang bewirken kann.

4. Das Sekretariat wendet sich an den Genossen Fundo und verweist darauf, dass sein intellektuelles Gebaren, fehlende Erfahrung in der bolschewistischen Arbeit und einer echten bolschewistischen Stählung sowie seine Loslösung von der po-

12 Ali Kelmendi (1900-1939), Lehrer aus dem Kosovo, Teilnehmer an der Junirevolution 1924 in Albanien; emigrierte nach deren Niederlage in die Sowjetunion. Als Mitglied der Albanischen Kommunistischen Gruppe übernahm er 1932 den Auftrag, die ersten kommunistischen Zellen und Gruppen in Korça, Tirana und anderen Orten politisch und organisatorisch zu unterstützen. Die von der Komintern 1935 geforderte Volksfrontpolitik konnte er nicht umsetzen.

13 Der Beschluss nimmt Bezug auf das Schlusswort Georgi Dimitroffs zu seinem Referat auf dem VII. Weltkongress 1935. Siehe Georgi Dimitroff, Die jetzigen Herrscher der kapitalistischen Welt sind vorübergehende Leute – der wirkliche Herr der Welt ist das Proletariat, in: Ausgewählte Schriften, Bd. 2, 1921-1935, Berlin 1958, S. 669 f.

14 Komiteti i Çlirimit Nacional oder Komiteti i Çlirimit Kombëtar. Das Komitee der Nationalen Befreiung ging 1927 aus dem 1925 in Wien entstandenen „National-Revolutionären Komitee" (KONARE) demokratischer politischer Emigranten als selbständige Gruppe linker, revolutionärer und nationaler Kräfte hervor.

15 Angaben zur Biografie siehe Lewin, Lazar Fundo, a. a. O.

16 Kommunistische Internationale. Die Abkürzung war in Dokumenten wie in der zeitgenössischen Literatur gebräuchlich.

litischen Arbeit ihn für Unentschlossenheit und bestimmte Schwankungen in einigen Fragen der Taktik und Politik der Komintern zugänglich machen. Zugleich weist das Sekretariat darauf hin, dass sich Genosse Gurin[17], der im Verlauf von vier Jahren über diese Schwankungen Fundos geschwiegen hat und die Frage darüber zum jetzigen Zeitpunkt aufwirft, offenbar von fraktionellen Erwägungen leiten ließ.

BESCHLUSS:

1. Die Führung im Land ist durch Personen zu bilden, die sich weniger in dem Fraktionskampf engagiert haben (Lodani[18], Rasin[19], Čelo[20] ...[21] Die Genossen Kelmendi, Gurin, Fundo sind zur albanischen Arbeit heranzuziehen, wenn Beweise vorliegen, dass sie ihre fraktionellen Einstellungen aufgegeben haben.
2. Der Genosse Trevor[22], der sich an den fraktionellen Scharmützeln weniger beteiligte, wird ins Land geschickt, um die neue Orientierung für Albanien zu übermitteln. Ihm wird aufgetragen, den Genossen Aristotel[23] und die Genossen der

17 Gurin ist Sejfulla Malëshva (1900-1971). Aktivist der Gesellschaft „Bashkimi" und 1924 Generalsekretär der von Fan S. Noli gebildeten demokratischen Regierung. Nach der Niederschlagung der Junirevolution politische Emigration 1925 in die Sowjetunion; Mitbegründer der Kommunistischen Albanischen Gruppe. Malëshova leitete nach deren Auflösung seit 1931 die Kommunistische albanische Vertretung in der Emigration in Frankreich. Während des antifaschistischen Widerstandskampfes übernahm er Funktionen im Antifaschistischen Nationalen Befreiungsrat; 1944 Minister für Presse, Propaganda und Volkskultur, 1945 erster Vorsitzender des Verbandes der albanischen Schriftsteller. 1946 aus der Führung der KPA wegen „Opportunismus" und liberaler Auffassungen ausgeschlossen, verstarb er vereinsamt und in politischer Isolation.

18 Lodani ist Demir Godelli (1896-1971). Nach dem Jurastudium in Ägypten aktives Wirken in der Gesellschaft „Bashkimi". Die Niederlage der demokratischen Erneuerungsbewegung Ende 1924 zwang ihn ins Exil; in Moskau schloss er sich der Albanischen Kommunistischen Gruppe an und kehrte im August 1932 nach Albanien zurück. Godelli war aktiv daran beteiligt, die neue Linie im Land umzusetzen; wegen seiner illegalen Tätigkeit zu 3 Jahren Haft verurteilt; kämpfte im antifaschistischen Widerstand. 1947 wegen „Vergehen gegen den Staat" repressiert.

19 Zu Rasin konnten keine Angaben ermittelt werden.

20 Čelo ist Halim Xhelo (1894-1937). Militant der kommunistischen Bewegung in Albanien; Studium der politischen Wissenschaften in Florenz. Mitbegründer des Komitees der Nationalen Befreiung, langjähriger Redakteur der Zeitschrift „Liria Kombëtare". Xhelo setzte sich für ein Zusammengehen mit anderen demokratischen Kräften in Albanien wie in der Emigration gegen die Monarchie und den Faschismus ein; er verstarb nach der Beratung im Balkansekretariat in Moskau.

21 Text fehlt in der Quelle.

22 Deckname von Koço Tashko (1899-1984). Studium der Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaft in Boston. Dort lernte er den „roten" Bischof Fan S. Noli kennen und schätzen; in den 20er-Jahren kam er in Wien und Berlin mit der linksgerichteten politischen albanischen Emigration in Verbindung. 1930 ging Tashko in die UdSSR, wo er die Internationale Leninschule absolvierte. 1937 nach Albanien zurückgekehrt, wirkte er aktiv in leitenden Funktionen bei der Organisierung der revolutionären Bewegung und im antifaschistischen Widerstandskampf während des II. Weltkrieges. Tashko wurde seit den 1960er-Jahren politisch repressiert und verbrachte nahezu ein Vierteljahrhundert in Gefängnissen und politischer Verbannung.

23 Zu seiner Person wurden keine Daten ermittelt.

Lyoner sowie der Pariser Gruppe[24] über die neue Linie zu instruieren.
3. Für die Arbeit der albanischen Kommunisten ist eine bessere Verbindung sowie engere Kontrolle und Anleitung durch die KI herzustellen.
4. Die Eigenart der Beziehung des Genossen Gurin zu dem italienischen Trotzkisten Mazi[25] ist zu überprüfen.
5. Die Lyoner Zeitung „Populli" ist zu einer Zeitung umzugestalten, die nationaldemokratischen Charakter trägt und die neue Linie der Arbeit unter den Emigranten popularisiert sowie über diese Zeitung eine enge Zusammenarbeit der albanischen Genossen organisiert wird.
6. Die Genossen Suliot, Sverdlov, Spartak[26] sind auf ihre Entsendung ins Land vorzubereiten.
7. Die Genossen T. Zavalani[27] und Tabajev[28] sind zur aktiven Mitarbeit im Land heranzuziehen, indem ihnen die neue Linie unserer Arbeit erklärt und kameradschaftlich auf die Kritik an ihren Fehlern hingewiesen wird.
8. Die Kader im Land sind unter dem Gesichtspunkt der Säuberung von trotzkistischen und unzuverlässigen Elementen sorgfältig zu überprüfen.

24 In beiden Städten lebten größere Gruppen albanischer Auswanderer, Arbeiter wie Intellektuelle. Zu den bekannten Kommunsten gehörten der Arzt Ymer Dishnica und Qamil Çela. Die Gruppen unterstützten Hilfsvereine, so in Lyon den Brüderlichen Verein zur gegenseitigen Unterstützung. Die Pariser Gruppe organisierte 1936/37 die Entsendung albanischer Freiwilliger nach Spanien. Beide Gruppen gaben die Zeitung „Populli" heraus; vor allem die Gruppe in der französischen Hauptstadt hielt die Verbindung mit den Gruppen in Albanien aufrecht, wenn Kontakte zur Komintern unterbrochen waren.

25 Es wurden keine Daten gefunden.

26 Die Klarnamen der genannten Personen konnten nicht ermittelt werden.

27 Tajar Zavalani (1903-1966). Wie viele linksorientierte Zeitgenossen ging der Intellektuelle Mitte der zwanziger Jahre in die Sowjetunion und schloss sich der Albanischen Kommunistischen Gruppe an. Nach der Rückkehr nach Albanien betätigte er sich vorwiegend literarisch und übersetzte Werke der Weltliteratur (Tolstoi, Gorki, Balzac) ins Albanische. Er verließ das Land 1939 und arbeitete bei der BBC in London; in seinen späten Arbeiten zur albanische revolutionären Bewegung und Landesgeschichte löste er sich von seinen ursprünglichen politischen Auffassungen.

28 Tabajev ist Selim Shpuza (1895-1982); er schloss sich frühzeitig der Gesellschaft „Bashkimi" an; nach der Niederwerfung der Junirevolution 1924 Emigration in die UdSSR, Mitglied der KONARE und der Albanischen Kommunistischen Gruppe. Anfang der Dreißigerjahre Rückkehr nach Albanien und publizistische Tätigkeit. Shpuza war Mitglied des Antifaschistischen Nationalen Befreiungsrates; nach der Befreiung bekannter Mediävist an der Akademie der Wissenschaften.

Dokument 2

Beschluss des EKKI-Sekretariats über die Aufgaben der Kommunisten in der nationalen Befreiungsbewegung Albaniens vom 8.3.1937[29].

Vertraulich (6 Expl.)
1. Bei der Einschätzung der Lage in Albanien müssen folgende grundlegende Momente beachtet werden:
a) Der reaktionären monarchistischen Diktatur Ahmed Zogus ist es gelungen in bestimmtem Maße ihre Lage zu stabilisieren, indem sie die feudale Zersplitterung des Landes im Wesentlichen beseitigte und den Staatsapparat zentralisieren konnte. Mit finanzieller Hilfe des faschistischen Italiens gelang es Ahmed Zogu, das Staatsbudget einigermaßen auszugleichen, sich bewaffnete Stützpunkte zu schaffen, die es ihm erlaubten mit den putschistischen Bewegungen und Teilaufständen fertigzuwerden. Die Unterdrückung des Aufstandes in Fieri (August 1935) ist diesbezüglich ein treffendes Beispiel.
b) Das Land ist, besonders nach den Vasallen – Verträgen von 1936, in völlige ökonomische und politische Abhängigkeit vom faschistischen Italien geraten. Diese Lage schafft angesichts der gegenwärtig aggressiven Politik des internationalen Faschismus die immer größere Gefahr einer bewaffneten Intervention des faschistischen Italiens in Albanien. Damit ist das Risiko eines allgemeinen Krieges verbunden, durch den die Unabhängigkeit des Landes gefährdet wird. Als Anlass für eine solche Intervention kann auch unter anderem ein putschistischer Versuch dienen, die Agentur des italienischen Faschismus in der Gestalt der militärmonarchistischen Diktatur Ahmed Zogus zu stürzen.
c) Einige Massenaktionen des Volkes 1935/36 (Streiks der Arbeiter in den italienischen Konzessionsunternehmen auf den Erdölfeldern von Kuçova, Protestdemonstrationen in Korça und Vlora), die ihrem Charakter nach einzig dastehen in der Geschichte Albaniens, bringen zum Ausdruck, dass die Volksmassen Albaniens sich von dem Einfluss der Beys und Agas befreien und beginnen selbständig auf neue Art, in neuen Formen für ihre eigenen Interessen zu kämpfen. Kennzeichnend in dieser Beziehung sind ebenfalls die wachsenden Bestrebungen der werktätigen Massen und Intelligenz, sich auf ökonomischer, berufsmäßiger, kultureller und sonstiger Grundlage zu organisieren.
2. Aus dieser Einschätzung der Lage ergibt sich die Schlussfolgerung, dass die Tak-

29 RGASPI, F. 495. Op. 11. D. 37., Bl. 4 - 9. Maschinenschriftliche Kopie mit handschriftlichen Einfügungen. In einer anderen Quelle (RGASPI, F. 495. Op. 86. D. 87., Bl. 1) wird als Datum Februar 1937 angegeben und der Beschluss dem Präsidium des EKKI zugeschrieben. Das Dokument liegt in Deutsch vor und wurde von mir dem heutigen grammatischen und stilistischen Gebrauch angeglichen; es kommt in deutscher Sprache erstmals in den wissenschaftlichen Umlauf.

tik, die bisher in der nationalen Befreiungsbewegung Albaniens verfolgt wurde und die grundlegend darauf gerichtet war, den bewaffneten Aufstand zum Sturz der Diktatur von Ahmed Zogu vorzubereiten, in Wirklichkeit zu einer Bewegung von engem sektiererischem, putschistischem Charakter führte. Sie ist in der gegenwärtigen Etappe falsch und schädlich. Es kann heute keine Zweifel darüber geben, dass nur eine breite Volksbewegung, die alle demokratischen, progressiven und liberal-oppositionellen Elemente erfasst, erfolgreich sowohl gegen die Aggression des italienischen Faschismus als auch gegen die reaktionäre Diktatur Ahmed Zogus kämpfen kann. Daher ist eine grundlegende Wende in der Taktik der nationalen Befreiungsbewegung in Albanien notwendig, um Putschismus und Verschwörertum (Geheimorganisation in Fieri, Bashkimi Kombëtar), dem engen Illegalismus und dem ideologischen und organisatorischen Sektierertum (kommunistische Gruppen und Çlirimi Nacional) ein Ende zu bereiten und sich auf Massenarbeit auf legalem Boden und auf die Schaffung einer breiten Volksbewegung zu orientieren.
3. Die Aufgaben der nationalen Befreiungsbewegung in Albanien bestehen in der gegenwärtigen Situation darin, eine breite nationale Befreiungs- und demokratische Volksbewegung zu erreichen, die sich gegen die koloniale Unterjochung und Ausräuberung durch den italienischen Imperialismus richtet und die Demokratisierung des Landes anstrebt.
4. In dieser Bewegung werden alle national-freiheitlichen, demokratischen, progressiven und oppositionell-liberalen Strömungen und Gruppen erfasst, die für die nationale Unabhängigkeit und gegen das reaktionäre Regime im Innern des Landes eintreten.
5. Diese Bewegung soll sich auf der Grundlage der elementaren Forderungen der Volksmassen entfalten. Ihre Formen sollen legale sein. Sie nützt alle bestehenden ökonomischen, kulturellen und andere Organisationen aus und arbeitet dafür, solche Organisationen zu bilden. Sie benützt alle legalen Möglichkeiten für die Entfaltung einer breiten Propaganda in Form von Zeitungen, Zeitschriften, Büchern u. a.
6. Die Bewegung wird am Orte geleitet von Komitees der nationaldemokratischen Front, in denen Vertreter aller Strömungen und Gruppen erfasst werden. Diese Komitees sind legale oder halblegale. Die weitere Entwicklung dieser Bewegung zeigt[30], in welcher Form sie unter einer zentralen Führung geeint werden kann. Die nationaldemokratische Bewegung unternimmt alle Anstrengungen, um sich als politische Bewegung zu legalisieren.
7. Die Plattform der nationaldemokratischen Front besteht aus Folgendem:
a) Verbesserung der ökonomischen und kulturellen Lage der Volksmassen (Forderungen für die Bauern, Handwerker, Kleinen Handwerker, Arbeiter, werktätige

30 Gemeint ist wohl: wird zeigen.

Intelligenz, Studenten – Kampf gegen Monopole und für die Herabsetzung der Preise, für ein Schuldenmoratorium, für Agrarreformen, für die Herabsetzung der Steuern usw.).
b) Für freie Wahlen, für ein Parlament, das den freiheitlichen Willen des Volkes widerspiegelt, für demokratische Rechte und Freiheiten. (Die Frage über die Form des Staates soll jetzt nicht aufgeworfen werden.)
c) Gegen die italienische Kolonisierung und Ausplünderung und gegen die Vasallen-Verträge (diese Losungen werden in Formen erhoben, die die Legalität der Bewegung nicht gefährden).
d) Gegen den Krieg, für den Frieden.
8. Sowohl die Kommunisten wie die Anhänger von Çlirimi Nacional arbeiten in der nationaldemokratischen Front und ihren Komitees am Orte, in den legalen Massenorganisationen ökonomischen, gewerkschaftlichen, kulturellen, sportlichen und sonstigen Charakters. Sie organisieren mit den anderen Gruppen der nationaldemokratischen Front Aktionen der Volksmassen auf der Grundlage ihrer unmittelbaren Forderungen. Sie schaffen in dieser Bewegung keinerlei Fraktionen und versuchen nicht, ihr Aufgaben, Methoden und Kampfformen aufzuzwingen, die dieser breiten Volksbewegung nicht entsprechen.
9. Es wird ein Zentralkomitee für nationale Unabhängigkeit geschaffen, dem Kommunisten und Anhänger des Çlirimi Nacional und parteilose Kämpfer aus der nationalen Befreiungsbewegung angehören. In diesem Komitee können im Weiteren auch andere Gruppen der nationalen Befreiungsbewegung vertreten sein. Das Komitee ist illegal und hat einen illegalen Apparat aus Bevollmächtigten an den einzelnen Orten. Sein Aktionsprogramm ist die Plattform der nationaldemokratischen Front. Seine Aufgabe besteht darin, mit allen Kräften für die Entfaltung dieser Bewegung zu arbeiten und bestrebt zu sein, alle demokratischen und oppositionellen Kräfte in diese Bewegung einzubeziehen. Andere Aufgaben stellt sich dieses Komitee nicht, außer der, die Plattform und die Aufgaben der nationaldemokratischen Front zu propagieren. Es muss klar diese Aufgaben stellen und den Weg sowie die Formen der Entwicklung des Kampfes und der Bewegung der nationaldemokratischen Front darlegen, soweit dies legal nicht realisiert werden kann. Das Komitee gibt illegale Flugblätter und nach Möglichkeit periodisch Bulletins und aktuelle Broschüren heraus. In den Mittelpunkt der schriftlichen Propaganda stellt das Komitee aber die Entfaltung der Initiative, eine legale Literatur im Geiste der Plattform der nationaldemokratischen Front zu schaffen.
10. Die kommunistischen Gruppen sowie die Gruppen von Çlirimi Nacional müssen ihre Arbeit so umstellen, dass sie endgültig mit der eng-sektiererischen Abgeschlossenheit und dem Illegalismus brechen und den breiten Weg der Massenbewegung beschreiten. Die Mitglieder dieser Gruppen sollen zu Vertrauensleuten in den legalen Massenorganisationen und der nationaldemokratischen Front

werden, die im Einzelnen mit den Bevollmächtigten des ZK verbunden sind und die um sich ein Aktiv schaffen. Die Kommunisten und die Nationalrevolutionäre aus den verschiedenen Organisationen und Strömungen müssen über eine solche Tätigkeit, die die einzig richtige und revolutionäre ist, geduldig aufgeklärt werden. Man muss auch geduldig erklären, dass die neue Taktik nicht nur kein Rückschritt von der revolutionären Taktik, sondern in der gegebenen Etappe die einzig wirklich revolutionäre Taktik ist, die zur Erfüllung des allgemeinen Zieles aller albanischen Nationalrevolutionäre führt – zur Befreiung des Landes vom Joch des italienischen Imperialismus, zum Sturz der Diktatur Ahmed Zogus und zur Schaffung einer demokratischen Republik in Albanien.

Bei den albanischen Kommunisten muss Klarheit darüber bestehen, dass nur eine solche Taktik in der gegenwärtigen Etappe den Kampf der werktätigen Massen in Albanien auf eine höhere Stufe heben kann, die es ihnen ermöglicht, den Kampf für ihr sozialistisches Ideal, für ein Sowjetalbanien zu führen.

11. Im Ausland wird eine Zeitung herausgegeben, die sich die Aufgabe stellt, das Programm der nationaldemokratischen Front zu popularisieren und die um sich die ganze demokratische und progressive Emigration vereinigt.

Das Exekutivkomitee, das im März 1936 auf dem Kongress in Paris[31] gewählt wurde, muss sich allmählich in ein Komitee der nationaldemokratischen Front verwandeln. Solche vereinigten Emigrantenkomitees sollen auch an den einzelnen[32] Orten gebildet werden.

Die ganze Tätigkeit in der Emigration trägt Hilfscharakter und ist auf die Unterstützung der nationaldemokratischen Bewegung im Lande ausgerichtet.

31 Dort hatten sich Vertreter des bürgerlich-konservativen „Bshkimi Kombëtar“ (Nationale Vereinigung) mit dem kommunistisch orientierten „Komiteti i Çlirimit Nacional“ und weiteren Teilnehmern aus albanischen Emigrantengruppen darauf verständigt, einen Nationalen Freiheitsbund zu schaffen, dessen Vorsitz Qazim Koculi (1888-1943) von der Nationalen Vereinigung übernahm. Dieser Versuch brachte allerdings in der Praxis kaum brauchbare Ergebnisse. Koculi blieb weiter an der Spitze von Bashkimi Kombëtar.

32 Wahrscheinlich: in anderen Orten.

Aktuelle Publikationen

Helle Panke

Reihe "Pankower Vorträge"

Heft 236
Nutzen von Erfahrungen für eine zukunftsfähige sozialistische Alternative
Mit Beiträgen von: Klaus Steinitz, Alexandra Wagner, Loren Balhorn und Christoph Lieber, 52 Seiten

Heft 234 & 235 (2 Teile)
Das gemeinsame Handeln von Linken und Demokraten gegen den Kapp-Putsch 1920
Heft *235* mit Beiträgen von: Stefan Bollinger, Holger Heith, Mario Hesselbarth, und Marga Voigt, 48 Seiten
Heft *234* mit Beiträgen von: Stefan Bollinger, Ronald Friedmann und Gerhard Weiß, 59 Seiten

Reihe "Philosophische Gespräche"

Heft 66
Die Idee des Sozialismus
Autor: Gerd Irrlitz, 44 Seiten

Heft 65
"Kometenschweif der Arbeit"
Zur Genese der kritischen Theorie der Kulturindustrie
Autor: Ulrich Plass, 76 Seiten

Reihe "hefte zur ddr-geschichte"

Heft 154
Die Dystopie des Spätkapitalismus bei Gert Prokop
Ein Sonderfall der DDR-Science-Fiction?
Autor: Alexander Amberger, 55 Seiten

Fast 500 Titel finden sie aktuell auf www.helle-panke.de
Je Heft (DIN A5) 3,- Euro (+ Versand)
Sie können die Hefte telefonisch, per E-Mail, über den Warenkorb oder schriftlich bestellen.
"Helle Panke" e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin,
Kopenhagener Straße 76, 10437 Berlin Tel: (030) 47 53 87 24
Fax: (030) 47 37 87 75 | E-Mail: info@helle-panke.de

Kontroverse um den Jazz in der DDR im Jahre 1961

Am 29. Juni 1961 wandte sich die Abteilung Kultur des ZK an Alfred Kurella (1895-1975) mit der Information, dass auf Veranlassung des Zentralrates der FDJ ein Gespräch über Jazz stattfinden werde. Abteilungsleiter war Siegfried Wagner (1925-2002), der nach dem Kahlschlagplenum 1965 von dieser Funktion entfernt wurde. Alfred Kurella war Leiter der Kulturkommission beim Politbüro der SED. Er hatte einige Jahrzehnte in der UdSSR gelebt und vertrat den „sozialistischen Realismus" besonders dogmatisch. Die Notwendigkeit eines solchen Abstimmungsgesprächs ergab sich deshalb, weil die Jazz-Pflege durch Kapellen Jugendlicher zunahm.

Wichtige Jazz-Bands der DDR:

Uschi Brüning
SOK
Bergendy
Krug
Gumpert
Theo Schumann
Dresen Sextett
Blue Effect
Jazz Optimisten Berlin
Big Beat
Lakomy
Günther Fischer

Die Abteilung Kultur ging in die Beratung mit dem Zentralrat der FDJ mit folgendem Konzept:

Der Jazz ist Bestandteil der unendlich reichen Weltmusikkultur

„1. Der Jazz ist ein normaler Bestandteil unseres Musiklebens, denn der Jazz ist ein Bestandteil der unendlich reichen Weltmusikkultur. Es kann also kein Verbot für den Jazz geben.
2. Da der Jazz nur ein Teil der Weltkultur ist, kann er keinen Ausschließlichkeitsanspruch erheben (etwa die einzig wirklich lebendige Musik des 20. Jahrhunderts zu sein).
3. Wir wenden uns gegen den Missbrauch des Jazz für die dekadente amerikanische Lebensweise. Dort, wo Jazz-Pflege und -Propaganda der Verbreitung der amerikanischen Lebensweise dienen, muss man dagegen auftreten, um die wirklichen Jazz-Lieb-

haber gegen die Verfechter der amerikanischen Lebensweise ins Feld zu führen.
4. Weil der Jazz keine Sonderstellung innerhalb der Musiktheater einnimmt, können auch die Jazz-Gruppen keine Sonderstellung beanspruchen, sie sind eine Form der künstlerischen Selbstbetätigung."

Die Abteilung Kultur des ZK plädierte dafür, dass im Falle der Jazz-Gruppen die Anbindung an die Arbeitsgemeinschaft Tanzmusik bei den Kreiskabinetten für Kulturarbeit erfolgt.

Kurella: Der Jazz ist eine primitive Musik

Kurella antwortete am 3. Juli 1961: Für ihn war der Punkt 1 des Konzepts der Abteilung Kultur unhaltbar. Sein Formulierungsvorschlag lautete: „Der Jazz ist eine primitive Musik, die teils durch den allgemeinen Hang zur Dekadenz, zur Rückkehr zu infantilen, primitiven Formen, andererseits durch einen riesigen Geschäftsbetrieb amerikanischer ‚Absatzkonzerne' hochgespielt worden ist. Das Primitive und zum Teil Infantile im improvisierenden Jazz findet bei jungen Leuten vorübergehend Anklang. Darin besteht keine Gefahr. Die ausschließliche und bevorzugte ‚Konsumierung' oder Ausübung von Jazzmusik hat außerdem zur Folge, dass das Ohr verbildet, dass ungewisse Halbtöne, Gleittöne, musikfremde Dissonanzen und Geräusche zur Gewohnheit des Hörenden werden, was u. a. die verhängnisvolle Folge hat, dass der durch Jazz gebildete Musikhörer jede Verbindung mit der Musikkultur verliert. Der Jazz ist und bleibt ein Produkt des Verfalls der Musikkultur und muss in diesem Sinne bei allen ernsten Musikbemühungen erläutert werden."[1]

Karl-Heinz Schulmeister, langjähriger Repräsentant des Kulturbundes, erinnerte daran, dass Wilhelm Pieck zur Zeit der Gründung der DDR danach gefragt hatte, wann die Partei Alfred Kurella in die DDR holen soll. Becher habe darauf geantwortet: „Den lass bitte noch einige Jahre in Moskau."[2] Kurella übersiedelte am 9. Februar 1954 in die DDR.

Siegfried Prokop

1 BArch, DY 30/84871.
2 In einem Gespräch mit dem Vf. am 21.11.2002.

„Leben statt Atomraketen". Der Aufruf zum Ostermarsch Bielefeld am 10. April 1982

Das Jahr 1982 gehörte zu den mobilisierungsintensivsten Jahren der Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Der Kampf gegen die drohende Stationierung von neuen atomaren US-Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II und Cruise Missile brachte an den Aktionstagen jenes Jahres mehrfach Hunderttausende von Aufrüstungsgegnern auf die Straßen und Marktplätze. Neben der Großdemonstration am 10. Juni 1982, dem Katholikentag in Düsseldorf 1982 und dem Antikriegstag am 1. September gehörten die Ostermärsche 1982 mit rund 480.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu den öffentlichkeitswirksamsten Willenskundgebungen gegen die von US-Präsident Ronald Reagan und der NATO betriebene Politik der nuklearen Aufrüstung und des Totrüstens der UdSSR. In Ostwestfalen-Lippe besaß schon damals die Friedensbewegung eine lange Tradition, erkennbar an der unermüdlichen Arbeit des „Arbeitskreises Blumen für Stukenbrock".[1] Ebenso gab es Ostermärsche in Bielefeld schon seit den 1960er-Jahren und gibt es sie noch heute. In den 1980er-Jahren wurden sie als regionaler Auftakt des Ostermarsches Westfalen organisiert, d. h. der Ostersamstag mobilisierte auf die Veranstaltung in Bielefeld, der Ostersonntag führte mehrere regionale Märsche in der Umgebung Dortmunds zusammen, z. B. in Lünen, von wo aus am Ostermontag Zehntausende nach Dortmund marschierten, um an der zentralen Kundgebung für Westfalen teilzunehmen.

Ostwestfalen-Lippe sah sich keinesfalls am Rande von der Bedrohung durch einen atomaren Krieg betroffen. Der Aufruf „Leben statt Atomraketen" für den 10. April 1982 thematisierte die Gefahr: „Raketen sind Magneten, jede hier stationierte Atomwaffe zieht zwangsläufig Atomwaffen der Gegenseite auf sich. So würde Borgholzhausen, Blomberg, Büren und Velmerstot als Standort von Atomraketen in den ersten Minuten eines Krieges Ziel eines Atomschlages. Ähnliches gilt für den NATO-Flughafen in Gütersloh und für die Kernkraftwerke in Grohnde und Würgassen." Am 16. Mai 1981 zogen rund 20.000 Menschen nach Borgholzhausen im Kreis Gütersloh, um an diesem Standort US-amerikanischer und niederländischer NATO-Truppen für Abrüstung zu demonstrieren. Der Dokumentarfilm „Sieg ist möglich" von Eva Schlensag und Dirk Gerhard von 1981/82 erinnert an diese regional bedeutende Friedensbewegung.[2]

Im Zentrum des Bielefelder Ostermarschaufrufes stand die im „Krefelder Ap-

1 Siehe dazu Holger Czitrich-Stahl/Werner Höner: „Blumen für Stukenbrock" – Der Aufruf zum Antikriegstag 1982 und die Geschichte des „Arbeitskreises Blumen für Stukenbrock", Mitteilungen Heft 58 (September 2020), S. 11 ff.

2 https://www.filmportal.de/film/sieg-ist-moeglich_052bd72d4d96460e989d822c307b2d2a [16.01.2022].

pell“ als zentral herausgestellte Forderung an die sozialliberale Bundesregierung von Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD), die Zustimmung zur Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in Mitteleuropa zurückzuziehen. Weiterhin verlangte der Aufruf ein Moratorium, während der laufenden Verhandlungen in Genf zwischen USA und UdSSR keine weiteren Atomwaffen zu stationieren. Der sowjetische Generalsekretär Leonid Breschnew hatte dies ausdrücklich zugesagt. Außerdem sollte die Bundesregierung eigene Initiativen zur Vertrauensbildung und Abrüstung vorbringen, alle Vorbereitungsmaßnahmen zur Raketenstationierung in der BRD sofort einstellen sowie keine Stationierung von Neutronenbomben und chemischen Massenvernichtungsmitteln zulassen.

Bekanntermaßen rumorte es in der SPD, die Kanzler Schmidt mehr und mehr die Gefolgschaft in dieser Frage verweigerte. Der SPD-Bezirksparteitag Ostwestfalen-Lippe am 14. Februar 1982 hatte sich mehrheitlich gegen die Nachrüstung positioniert. Hierzu hatten auch die aktiven Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ihren Beitrag geleistet. Die Jusos in der SPD arbeiteten in zahlreichen Friedensinitiativen mit und trugen so zum Meinungswandel in der „Mutterpartei“ bei, die sich 1983 endgültig gegen die Raketenstationierung aussprach. Allerdings hieß der Bundeskanzler zu diesem Zeitpunkt schon Helmut Kohl (CDU). Die JUSO-AG Espelkamp[3] beteiligte sich aktiv an den Friedenskampagnen der damaligen Periode. Aus dem von Jürgen Schütt, Mitglied des AG-Vorstands und des Unterbezirksvorstandes der Jusos Minden-Lübbecke, gesammelten und von Holger Czitrich-Stahl in sein Privatarchiv übernommenen Akten ist der hier abgedruckte Aufruf entnommen. Der Kreis der Erstaufrufenden widerspiegelt die ganze Breite der regionalen Friedensbewegung von Christentum bis Kommunismus, von Schülerinnen und Schülern bis zu Rentnerinnen und Rentnern, von Arbeitslosen bis hin zu Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Die Ostermarschbewegung war und ist stets auch eine Basisbewegung gewesen, an die hier vierzig Jahre nach dem Kampagnenjahr 1982 mit dem Dokument und den entsprechenden Erläuterungen erinnert werden soll.

Jürgen Schütt

3 Der JUSO-AG Espelkamp gehörten u. a. an: Friedrich Schepsmeier (MdL-NRW), Achim Post (MdB, Generalsekretär SPE), Prof. Dr. Uwe Leprich (Energiewissenschaftler/Saarbrücken), Dr. Holger Czitrich-Stahl, Dietmar Post (Dokumentarfilmer, Musikverleger) und der Autor.

OSTERMARSCH '82
BIELEFELD
10.4.82

Ostern '82

...etwas für den FRIEDEN tun

Sternmarsch in Bielefeld am 1o. 4. 1982

Aufstellplatz Brackwede: **Kirmesgelände (Berliner Straße)**

Sauerlandstr. – Rhedaerstr. – Germanenstr. – Hauptstr. – Lönkert – Artur-Ladebeck-Str. – Konrad-Adenauer-Platz – Von-d.-Recke-Str. – Werther Str. – Dornberger Str. – Johannisberg

Aufstellplatz Babenhausen: **Straßenbahn-Endpunkt Babenhausen**

Jöllenbecker Str. – Voltmannstr. – Flehmannshof – Am Brodhagen – G.-Hauptmann-Str. – Schloßhofstr. – Drögestraße – Jöllenbeckerstr. – Bremer Str. – Meller Str. – Weststr. – Siegfriedplatz – Weststr. – Hardenbergstr. – Johannisberg

Aufstellplatz Baumheide: **Freizeitzentrum Baumheide**

Am Rabenhof – Am großen Wiel – Am Wellbach – Eckendorfer Str. – Walkenweg – Ziegelstr. – B.-Kramer-Str. – Finkenstr. – Bleichstr. – Heeper Str. – August-Bebel-Str. – Friedrich-Ebert-Str. – Stresemann-Str. – Bahnhofstr. – Jahnplatz – Niedernstr. – Obernstr. – V.-d.-Recke-Str. – Moltkestr. – Werther Str. – Dornberger Str. – Johannisberg

Abmarsch von den Aufstellplätzen: 10.30 Uhr

Ab 13.30 Uhr Abschlußkundgebung auf dem Johannisberg. U.a. werden reden: Axel Horstmann (stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten), Hannelore Kleinheßling (Betriebsrätin bei Bertelsmann, Gütersloh), Ewald Lienen (Fußballspieler bei Arminia Bielefeld).

Im Kulturprogramm spielen u.a. Monika und Peter Witte.

Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden!

„Wenn ich Europäer wäre, würde ich meine Regierung davon überzeugen, einer Stationierung nicht zuzustimmen. Denn das Risiko für Westeuropa ist zu groß ..."

(Paul C. Warncke, ehemaliger SALT-Chefunterhändler der USA, zur Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in einem Interview mit dem „Vorwärts" vom 27. August 1981)

V.i.S.d.P.: Barbara Späth, Hammerschmidtstr.3, 48 Bi 1

Berichte

„Migration weltweit: Linke Strategien, migrantische Akteur:innen und kapitalistische Interessen vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart". Bericht von der 56. ITH-Konferenz (23.-25. September 2021) in Linz

Im Jahr 2020 musste die 56. ITH-Konferenz wegen der Einschränkungen durch die Coronapandemie abgesagt und auf 2021 verlegt werden. Die Problemstellung wurde entsprechend beibehalten. Die 56. Tagung der ITH unterlag den österreichischen Hygienebestimmungen gemäß der 3G-Regelung etc. und erlaubte auch die hybride Teilnahme. Außerdem wurde sie von einem vergrößerten Unterstützerkreis getragen: Neben der Arbeiterkammer Oberösterreich, der Arbeiterkammer Wien, der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Stadt Linz kamen 2021 noch die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung und das Karl-Renner-Institut Wien der SPÖ hinzu.

In der einleitenden Beschreibung der Zielsetzungen der Konferenz hieß es: „Nur wenige Themenfelder sind politisch derart aufgeladen wie „internationale Migration". Auf der 56. ITH-Konferenz möchten wir das Thema aus einer globalen und historischen Perspektive diskutieren. Sich verändernde Beschäftigungsperspektiven und Einkommensungleichheiten innerhalb und zwischen Staaten und Regionen werden dabei als Bezugspunkt dienen. Die Handlungsmacht von Migrierenden und das Verhältnis der politischen Linken zur Migration werden in diesem weiten Rahmen kontextualisiert und diskutiert. Von besonderem Interesse sind die Wechselbeziehungen zwischen mobilem Kapital und mobiler Arbeit, sowie die verschiedenen Strategien, die Beschäftigte und Organisationen der Arbeiter:innenbewegung auf der einen Seite, und Unternehmen auf der anderen Seite wählten, um die mit diesen Prozessen einhergehenden Herausforderungen, in der Epoche von der frühen Neuzeit bis heute, zu bewältigen."[1] Zur Vorbereitungsgruppe gehörten neben Susan Zimmermann noch Rolf Bauer, Josef Ehmer, Dirk Hoerder und Lukas Neissl (alle Wien) weiterhin Marcel van der Linden (IISG, Amsterdam) und Simon Goeke (Münchner Stadtmuseum).

Zur neuen, der Coronapandemie geschuldeten Konferenzpraxis zählte auch, dass von den 63 angemeldeten Teilnehmerinnen und Teilnehmern 19 online partizipierten. Das weist darauf hin, dass hybride Veranstaltungsformen durchaus

1 Programm der 56. ITH-Konferenz: „Migration weltweit: Linke Strategien, migrantische Akteur:innen und kapitalistische Interessen vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart", https://www.ith.or.at/wp-content/uploads/2021/09/ITH2021-Programm_DT-Final-version.pdf, Zugriff am 22. September 2021.

neue Ansprechpartnerinnen und -partner einbeziehen könnten, da zumindest aufwändige Reise- und Übernachtungskosten entfallen. Auch die Vorträge der 56. ITH-Konferenz wurden zur Hälfte online präsentiert und per Bildschirm übertragen. Von den zwölf Gästen aus Deutschland reisten acht persönlich an, von den sechs Berlinerinnen und Berlinern nahmen zwei online teil.

Um 14.30 Uhr begann die Generalversammlung der ITH, auf der Prof. Dr. Susan Zimmermann, die ITH-Präsidentin, eine kurze Rückschau auf die vergangenen zwei Jahre hielt. Generalsekretär Dr. Rolf Bauer erklärte zur finanziellen Lage, dass diese trotz der Coronakrise besser sei als zu befürchten war. Lukas Neissl, nunmehr Kassenprüfer, bestätigte dies. Das Thema der 57. ITH-Konferenz 2022 wird etwa wie folgt lauten: „Politische Ökologie der Arbeit in Zeiten der Krise", der Call for Papers wird demnächst eröffnet. Die 58. Konferenz 2023 könnte sich mit der Geschichte der Arbeit in der IT- und Computerindustrie befassen, so der erste Vorschlag, der prinzipiell positiv aufgenommen wurde. Weitere Vorhaben wie die Vervollständigung der gesamten Beiträge auf den ITH-Konferenzen seit 1964 als Onlinedokumentation sollen abgeschlossen werden.

Um 17 Uhr eröffnete die ITH-Präsidentin die Konferenz und begrüßte seitens des gastgebenden Jägermayrhofs und der Arbeiterkammer Oberösterreich Gerhard Gstöttner-Hofer, der die politische Aktualität des Konferenzthemas heraushob und klare Worte gegen die rechtspopulistische Scharfmacherei und Instrumentalisierung der Migration fand. Die Stadt Linz richtete wie gewohnt den abendlichen Empfang aus und ließ den Direktor des Archivs der Stadt Linz, Dr. Walter Schuster, im Namen des Bürgermeisters Klaus Luger (SPÖ) die Bedeutung der ITH für Linz und auch für dessen Politik bekräftigen.

Von Susan Zimmermann vorgestellt, hielt Prof. Dr. Mahua Sarkar (Toronto) den Grundsatzvortrag der Konferenz mit dem Titel „Outsourcing der Arbeiterklasse: Gastarbeit in turbulenten Zeiten neu denken" (übers.). Mit Zahlen und Fakten über den teils überwältigend hegemonialen Anteil von Gast-, Vertrags- und Saisonarbeit z. B. in Singapur, Malaysia, Katar oder Saudi-Arabien verdeutlichte sie die Bedeutung von prekärer, risikoreicher und unterbezahlter Arbeit in modernen Volkswirtschaften rund um den Globus. Während der Coronapandemie waren gerade diese Arbeiterinnen- und Arbeitergruppen besonders von den Infektionswellen betroffen, da ihnen Arbeitsschutz etc. vorenthalten blieb. Laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) waren von 272 Millionen Migrantinnen und Migranten 2019 rund 62 % aus Erwerbsgründen migriert, 20 % davon (2012/13) sogar transkontinental. Neben diesen beeindruckenden Zahlen und Fakten blieb allerdings der Blick auf mögliche Lösungs- oder zumindest Gegenstrategien leider etwas unsortiert. Der 2. Konferenztag gliederte sich in vier, um die verschiedenen historischen Positionen und Umgangsweisen der Arbeiterbewegungen mit den Migrationsbewegungen im Zeitalter der Industrialisierung und in

der Zeitgeschichte gruppierten Panels. In einem einleitenden Roundtablegespräch diskutierten Rainer Bauböck (Florenz/Wien) und Christof Parnreiter (Hamburg) über „Solidarität!?! Migration und die Arbeiter*Innenbewegung". Bauböck beschrieb mögliche Wege der sozialstaatlichen und rechtlichen Integration der Betroffenen unter politischen Prämissen der sozialen Demokratie, Parnreiter nahm stärker die „wohlfahrtsstaatliche Lücke" in den Blick, die einerseits die Ungleichheit beibehält, andererseits den Boden bereitet für rassistische Mobilisierung und juristische Kodifizierung, wodurch Rassismus institutionalisiert wird. Das kompakteste Panel befasste sich mit „Gewerkschaften und Migration". Lucas Poy (Buenes Aires) und Johan Svanberg (Stockholm) gaben einen Überblick über die Positionierungen der II. Internationale 1904/1907 zur Migration bzw. zur Haltung der internationalen Gewerkschaftsbewegung zur Personenfreizügigkeit im Prozess der europäischen Integration. Veronika Helfert (Wien) und Nina Trige Andersen (Kopenhagen) entfalteten ihre Untersuchungen über Fallbeispiele gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen in Österreich in den 1960er- und 1970er-Jahren und zur letztendlich erfolgreichen Strategie der Organisierung philippinischer Zimmermädchen in Kopenhagen, was eine Ausnahme bildete im ansonsten oft eher defensiven Umgang der Gewerkschaften mit Migrantinnen und Migranten. Vorwiegend Fallstudien präsentierten auch das dritte und vierte Panel „Die Beziehungen zwischen Migration, Politik, Kapital und anderen Akteur*Innen I & II". Leider blieben diese Beiträge[2] über die geografisch-historisch-politischen Untersuchungsfelder Arabische Golfregion, koloniales Afrika, Ceylon/Indien, Brasilien und Kanada bzw. über privatwirtschaftlich organisierte Migration nach Nordamerika aus Japan[3] etwas unverbunden miteinander. Vor allem der Beitrag von Cecilia Bruzelius (Tübingen) regte durch eine systematische Betrachtung der Langzeitpolitiken von Italien und Polen zur Emigration und Remigration zur Kontextualisierung an, wenngleich sich zwar Grundtendenzen in beiden Staaten feststellen lassen, welche aber weniger auf je konzeptionellen Politikmodellen beruhen, sondern eher auf Situationsmanagement nach dem Baukastenprinzip politischer temporärer Interessen.

Der Sonnabend als letzter Konferenztag begann mit einem Panel zu den Handlungsmöglichkeiten der migrantischen Arbeiterinnen und Arbeiter. Beate Althammer (HU Berlin) stellte am Beispiel der Polen in Preußen und im Detailvergleich dazu in der Rheinprovinz die unterschiedlichen staatlichen Handlungsmuster innerhalb eines Staates dar, die auf einer unterschiedlichen Konstellation der beteiligten Akteure beruhten. In der katholisch geprägten Rheinprovinz konnten polnische Arbeitskräfte durch die Fürsprache der Kirche eher sesshaft werden als im

2 Beteiligt: Radhika Kanchana (Paris), Kate Frederick/Elise van Nederveen Meerkerk (Utrecht), Ritesh Jaiswal (Delhi), Clarice Gontarski Speranza (Porto Alegre) und Geoffrey Ewen (Toronto).

3 Yukari Takai (Toronto).

protestantischen preußischen Osten, wo es schneller zu Ausweisungen kam. Dennoch blieben den Betroffenen die Möglichkeiten einer Bittschrift, die im Rahmen des preußischen Verwaltungsstaates keinesfalls chancenlos waren und so einen Mindestschutz bedeuteten. Cihan Özpinar (Portland/Oregon) stellte sein Projekt der Untersuchung der Bildung einer muslimisch geprägten neuen prekären Arbeiterklassenfraktion im Frankreich der letzten 50 Jahre vor. Obwohl die meisten Betroffenen – überwiegend Nordafrikaner – längst die französische Staatsbürgerschaft besaßen, gerieten vor allem sie unter den Druck der Wirtschaftskrise und der Ausgrenzung durch die beginnende Rechtsentwicklung. So entwickelten sie ihre eigenen Identitätsvorstellungen, die nicht mehr auf der Klasse beruhten, sondern auf kulturellen und/oder religiösen Selbstzuschreibungen.

Um migrantische Vertretungsmacht ging es auch im letzten Panel, in dem Loredana Panariti (Ljubljana), Selda Altan (Virginia) und Aliki Baxevanoglou (Athen) Fallstudien über Italien und Slowenien, China und Griechenland präsentierten. In Italien und Slowenien wurde eine restriktive Entwicklung eingeleitet, die in Italien sogar von den Gewerkschaften mitgetragen wurde, wohingegen in Slowenien die Diskriminierung der ehemals in Jugoslawien mit den Slowenen gemeinsam lebenden Bosniern institutionalisiert wurde. In Griechenland lässt sich über den vielfach dominierenden informellen Wirtschaftssektor feststellen, dass zunächst nach dem Zusammenbruch des Sozialismus albanische Arbeitskräfte in die Bau- oder Landwirtschaft einrückten und Griechen ersetzten. Während sich die Griechen nun in anderen Wirtschaftsbereichen bewegten, die ebenfalls vielfach mit Familienbeschäftigung informell ausgestattet wurden, gelang es vielen Albanerinnen und Albanern, mithilfe ihrer familiären oder lokalen Netzwerke eigene Existenzen aufzubauen und im sozialen Gefüge aufzusteigen. Im unteren Segment prekärer Beschäftigung, hauptsächlich als Tagelöhnerinnen und Tagelöhner, arbeiten seit ca. 2002 vor allem Migranten aus Pakistan, Afghanistan, Tamilen aus Sri Lanka etc., die in Arbeits- und Lebensverhältnissen leben, die schon der Sklaverei ähnliche Züge tragen. Versuche der Linksparteien in Griechenland, hiergegen vorzugehen, scheiterten an der Beteiligung der griechischen Bevölkerung an diesen unmenschlichen Zuständen. So wird Ausbeutung immer weiter durchgereicht und ohne eigene Handlungsmacht verfestigt. Den chinesischen „Kulis“ hingegen gelang es bereits kurz nach 1900, durch Zusammenschluss und Kampf für Forderungen nach Verbesserungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen die Kolonialmächte zu Zugeständnissen zu zwingen. Ihre Kämpfe galten später der KP Chinas als wegbereitend für die Entstehung einer klassenbewussten Arbeiterklasse in China auf dem Weg zur späteren Volksrepublik.

Dirk Hoerder (Wien) fasste in einer Schlussrunde die Diskussionen und Ergebnisse zusammen und kündigte deren Veröffentlichung in einem Sammelband an, womit die zeitweise unterbrochene Tradition wieder aufgenommen wird. Er

fragte laut in die Runde, was wohl geschähe, wenn alle migrantischen Arbeiterinnen und Arbeiter zum gleichen Zeitpunkt überall auf der Welt für eine Stunde in den Streik treten würden?

Holger Czitrich-Stahl

Information

Die Termine für die nächsten ITH Konferenzen stehen fest:

57. ITH-Konferenz vom 22.-24. September 2022 in Linz,
Thema: The Political Ecology of Work in Time of Disaster.
58. ITH-Konferenz vom 14.-16. September 2023 in Linz.

Bericht über die Konferenz „Der Platz der DDR in der gesamtdeutschen Geschichte" am 26. Oktober 2021 im Münzenbergsaal, FMP1, Berlin

Über drei Jahrzehnte nach dem Ende der DDR ist die Erforschung und Aufarbeitung ihrer Geschichte noch immer politisch aufgeladen. Im Rahmen der Konferenz wurde diskutiert, woran das liegen könnte, warum eine sachliche Betrachtung so schwierig ist und was sich ändern müsste. Eingeladen hatte die „Helle Panke" – Rosa-Luxemburg-Stiftung, und 70 Leute kamen. Die Veranstaltung setzte sich aus drei Panels zusammen.

Stefan Bollinger eröffnete mit geschichtspolitischen Überlegungen die erste Runde. Nach 1990 sei von staatlicher Seite viel unternommen worden, um die positiven Seiten der DDR aus der Geschichte zu tilgen. Bollinger führte zwei Belege dafür an, dass das Erbe der DDR dennoch fortbestehe: Erstens das Wahlverhalten der Ostdeutschen heute; und zweitens, dass Ostdeutsche die DDR nach wie vor anders beurteilen als Westdeutsche. Eine Doppelgeschichte, wie von progressiven westdeutschen Historikern gefordert, habe sich nicht hinreichend gegen konservativ-antisozialistische Geschichtsbilder durchsetzen können.

Über „Die DDR als Teil der deutschen Nationalgeschichte – (Störfaktor, Vorreiter oder abschreckendes Beispiel?)" referierte Jürgen Hofmann. Bis heute dominiere hinsichtlich der DDR die Repressionsgeschichte, die Alltagsgeschichte

werde wenig berücksichtigt. Hofmann rekapitulierte in einem Parforceritt die deutsche Nationalgeschichte, zu der auch das innerdeutsche Verhältnis 1949-90 gehört. Gab es in den 70er- und 80er-Jahren noch Annährungsversuche, auch unter deutsch-deutschen Historikern, so sei die westdeutsche Hegemonie heute erdrückend.

Daran anknüpfend setzte sich Yana Milev mit „Methoden, Wirkungen und Folgen der erinnerungskulturellen Löschung der DDR ab 1990" auseinander und legte den Schwerpunkt auf die sog. „Dritte Schuld", die sie basierend auf Ralph Giordanos „Erster" (NS-Verbrechen) und „Zweiter" (Nichtaufarbeitung derselben in der frühen BRD) Schuld als „Rückwirkende Kriminalisierung der DDR" nach 1990 definierte. Sie meinte damit etwa eine Gleichsetzung von DDR und NS, die Verwendung des Begriffs „Unrechtstaat" und die Konstruktion negativer Geschichtsbilder über die DDR, die Zerschlagung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhand u. a. m. Die Folgen nach 1990 seien eine Marginalisierung DDR-Sozialisierter und ihrer Biografien, eine Negation positiver Errungenschaften der DDR, eine Tabuisierung von Nachwendetraumata lebensbiografieentwerteter Ostdeutscher und eine offizielle Aufarbeitungspolitik mit geschichtsrevisionistischer Agenda gewesen.

Wie diese konkret politisch aussieht, schilderte Simone Barrientos, in der abgelaufenen Legislaturperiode kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. Ihr Thema war der Umgang mit der DDR im höchsten deutschen Parlament. Da es viel mehr west- als ostdeutsche Abgeordnete gebe, bestimmten diese das Geschehen. Das Ganze sei sehr „reflexhaft" und sehr auf „Stasi" und Repression beschränkt. Schnell werde hier eine Gleichsetzung mit der NS-Diktatur greifbar, die letztlich auf Relativierung des NS hinauslaufe. Auch der permanente ideologische Vorwurf an DIE LINKE, ihre Geschichte nicht aufgearbeitet zu haben und vor allem die geringe Gegenwehr gegen solche Vorwürfe habe sie geärgert. Im Bundestag gebe es kein Interesse an einer sachlichen DDR-Aufarbeitung mit historisch basierter Ursachenforschung, da würden konservative Geschichtsbilder immer weiter reproduziert. DIE LINKE müsse sich da selbstbewusster präsentieren.

Nach einer kurzen Pause eröffnete die Moderatorin Karlen Vesper ein zweistündiges Podiumsgespräch unter dem Titel „Die DDR als politische und historiografische Herausforderung einst und jetzt". Der Historiker Peter Brandt machte den Auftakt. Er erinnerte daran, dass die frühe DDR viel schlechtere ökonomische Ausgangsbedingungen als die Westzonen hatte und zunächst einer gesamtdeutschen Lösung offen gegenüberstand. Unter Honecker kam die Umorientierung zur eigenständigen sozialistischen Nation. Das lag auch an der neuen Ostpolitik der BRD, die auf eine Zwei-Staaten-Akzeptanz setzte. Unser Redakteur Holger Czitrich-Stahl ging zunächst auf seine westfälisch-ostdeutsche Her-

kunft ein. Das DDR-Bild in seiner Familie sei differenziert gewesen, später habe er sich kritisch-solidarisch für das Geschehen hinter der Mauer interessiert. Seit 30 Jahren widme er sich nun der DDR-Geschichte. Ein „Wunschland" sei die DDR für ihn nur bedingt gewesen. Zwar überwögen die sozialen Errungenschaften, das Negative dürfe jedoch nicht verschwiegen werden. Die DDR-Geschichte müsse kritisch erforscht werden, vor allem von jungen Leuten. Hier gebe es großen Bedarf. Der Journalist Matthias Krauß aus Potsdam sieht in der DDR das bessere Deutschland und führt dafür Zahlen an: mehr Olympiamedaillen, kostenlose Kindergarten- und Hortplätze, weniger Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, 5.000 Kinderferienlager, kein Contergan, kein AIDS, weniger psychische Krankheiten und Allergien. Die NVA habe als einzige große deutsche Armee keinen Krieg begonnen, Vollbeschäftigung (auch bei Frauen), eine geringere Kriminalitätsrate, sozialer Wohnungsbau. Er sagte, dass es nicht möglich sei, die vorherige historische Formation aus der folgenden heraus sachlich zu bewerten. Er meinte damit nicht zu Unrecht die hegemoniale DDR-Aufarbeitung, doch leider trifft das auch auf seine einseitige Erzählung zu. Zu einer sachlichen Betrachtung gehört die kritische Analyse von Fehlern und Missständen, die bei ihm völlig fehlte. Übers Soziale und Feministische in der DDR sprach Viola Schubert-Lehnert. Sie benannte enorme Fortschritte der DDR in Bezug auf das Abtreibungsrecht, auf unentgeltliche Verhütungsmittel für Frauen aller Altersstufen, kostenlose Kinderbetreuung, Babyjahr bei vollem Lohnausgleich. Zwar habe „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" gegolten – die meisten Frauen arbeiteten allerdings in Berufen mit niedrigen Lohngruppen (wo die Männer auch nicht mehr verdienten). Zur Wahrheit gehöre aber auch, dass Frauen in der DDR nicht von einem allein verdienenden Familienvater abhängig sein mussten. Im Unterschied zur alten BRD durfte der Mann seiner Frau auch nicht die Erwerbsarbeit untersagen bzw. nicht ihren Lohn einbehalten. Alleinerziehende Mütter und uneheliche Kinder habe man nicht drangsaliert. Einen Feminismus, wie wir ihn aus der BRD kennen, habe es bis in die 80er-Jahre hinein nicht gegeben, weil die Verhältnisse ganz anders gewesen seien. Achim Engelberg sprach über linke Remigranten in die DDR, vor allem in Leipzig. Hier gab es bis 1961 Ernst Bloch. Dessen „Prinzip Hoffnung" sei in der DDR in den 80er-Jahren bereits erloschen. Ohne die DDR und den Ostblock hätte es wohl keinen gezähmten Kapitalismus 1945-1990 im Westen gegeben. Andererseits trage das autoritäre Negativbeispiel des Realsozialismus an der Schwäche der Linken seit 1990 eine Mitschuld.

Den Auftakt zum dritten Panel machte Ulrich van Heyden zum Thema „Der andere deutsche Staat in der Dritten Welt zwischen Unterstützung von Dekolonialisierung und Befreiungsbewegungen und den Möglichkeiten und Grenzen der DDR". Für die Außenpolitik der DDR spielten Kontakte in diese Länder eine wichtige Rolle, häufig seien Win-win-Situationen entstanden, wenn junge Men-

schen in der DDR gut ausgebildet wurden.

Der Wirtschaftspolitik der 60er-Jahre widmete sich anschließend Judith Dellheim. Sie erinnerte an Diskussionen über NÖS-Reformen und wie diese letzten Endes abgewürgt wurden. Weitreichender und erst recht chancenlos waren die innersozialistischen Reformvorschläge der dissidenten Denker Rudolf Bahro und Robert Havemann.

Dass Fritz Behrens ebenfalls in diese Reihe gehört, erwähnte Siegfried Prokop in seinem Vortrag, widmete sich zentral aber einem anderen verstoßenen Sozialisten: Gerhard Zwerenz. In Anknüpfung an Alfred Kantorowicz und Ernst Bloch habe dieser nach der historischen Bruchstelle gesucht, an der die sozialistische Entwicklung in die falsche, die stalinistische Richtung abbog. Während Zwerenz in den 50er-Jahren in die Bundesrepublik fliehen musste und dort immer ein Linker blieb, versuchte Behrens die DDR von innen heraus zu verändern, scheiterte aber an Ulbrichts Orthodoxie. Beide hatten über die Mauer hinweg Kontakt, Zwerenz schätzte die Ideen und Vorschläge von Behrens sehr. Ab 1978 habe die DDR nur noch auf Kosten ihrer Substanz gelebt, während in China Wirtschaftsreformen á la Behrens durchgeführt wurden.

Die Konzeption der Konferenz umfasste ein breites Themenspektrum, so dass nur wenige Fragen wirklich vertieft werden konnten. Thesen und Gedanken zum Zustimmen, Widersprechen und zur weiteren Auseinandersetzung gab es reichlich. Die Vorträge finden sich als Videos in der Mediathek der Hellen Panke. Sie sollen im Laufe des Jahres gedruckt erscheinen.

Alexander Amberger

Sitzung der Kuratoriums der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv am 11. Januar 2022

Wie schon die 30. Sitzung des Kuratoriums am 19. November 2020 fand auch die 31. Kuratoriumssitzung als Telefonkonferenz statt. Als Schwerpunkte der Tagesordnung standen der Jahresbericht der Direktorin der SAPMO, Frau Dr. Walther – von Jena, und der Bericht des Präsidenten des Bundesarchivs, Dr. Hollmann, zum Stand des Transformationsprozesses BStU/Bundesarchiv auf dem Programm. Die Konferenz dauerte etwa eineinhalb Stunden. Die Leitung der Konferenz übernahm kurzfristig Herr von Wangenheim als Vertreter der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien; er konnte einige neue Kuratoriumsmitglieder begrüßen, darunter als stellvertretende Mitglieder für die Partei DIE LINKE als Einbringer Claudia Gohde und Dr. Holger Czitrich-Stahl. Das Protokoll der Sitzung vom 19.11.2020 wurde einstimmig angenommen.[1]

Bericht der Direktorin der SAPMO

Die Direktorin der SAPMO gab einen Jahresrückblick auf die Arbeit der Stiftung im Jahr 2021. Der Erschließungsstand des Schriftguts beläuft sich auf nun 296.890 vollständig erschlossene Verzeichnungseinheiten (VE), 65.760 zugängliche, aber noch nicht vollständig bedarfsgerecht erschlossene VE und 70.438 unerschlossene VE (Gesamt: 433.088). Hinzu kommen 1.126.092 benutzbare Fotos, 8206 digitalisierte Tonträger und 13.588 Plakate. Im Berichtsjahr wurde 226 lfd. M. Schriftgut bewertet, davon 33 lfd. M. kassiert. Abgeschlossen und über die Archivdatenbank invenio recherchierbar ist der Bestand DY 6 Nationalrat der Nationalen Front der DDR (1948-1990) mit 249 lfd. M. Archivgut aus dem Aktenbestand der SED sowie weitere Nachlässe befinden sich im Prozess der Bearbeitung. Online über die Archivdatenbank invenio zugänglich gemacht wurden u. a. die NL von Wilhelm Pieck, Emil Eichhorn, Kurt Eisner, Walter Ulbricht. In der Bibliothek befanden sich Ende 2020 ca. 2,1 Mio. Bände an Bibliotheksgut, wovon rund die Hälfte online recherchiert werden kann. 1,7 Mio. diese Bände befinden sich am Standort Berlin-Lichterfelde. Die Zugänglichkeit des Archivguts für Besucher blieb während des Jahres 2020 durch die Corona-Maßnahmen überwiegend eingeschränkt. Der Bericht der Direktorin wurde ohne Bemerkungen zur Kenntnis genommen. Ein gesonderter Bericht über die Erschließung von Archivbeständen wird für Heft 62 vorbereitet werden.

1 Günter Benser: 30. Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv am 19. November 2020 (Telefonkonferenz), in Mitteilungen Heft 60 (September 2021); S. 53 f.

Bericht des Präsidenten des Bundesarchivs

Der Präsident des Bundesarchivs, Dr. Hollmann, informierte über den Stand der Transformation BStU/BArch. Er griff auf die Beschlusslage des Jahres 2021 zurück, der zufolge ca. 110 km Akten incl. Findmittel in Papierform und mit der Archivdatenbank argus der BStU in das BArch hinzugekommen sind. Diese obliegen immer noch den Bestimmungen des Stasi-Unterlagengesetzes (StUG) als ein Datenschutzgesetz, wohingegen die Bestände des BArch dem Bundesarchivgesetz (BArchG) unterliegen, das ein Zugänglichkeitsgesetz ist. Eine allgemeine vom Präsidenten des Bundesarchivs gewünschte Öffnung der übernommenen Stasi-Unterlagen blieb unerfüllt. Insgesamt bleibe u. a. die Rekonstruktion zerstörter Aktenbestände eine langfristige Aufgabe. Danach machte der Präsident Angaben über die Integration der zusammenzuführenden BStU-Unterlagen ins BArch. Für das Areal in Berlin-Lichtenberg, wo Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit beherbergt sind, gebe es für eine bauliche Umsetzung eines Dokumentationszentrums in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren eine kaum zu erwartende Planungshoheit. Allerdings soll noch 2022 mit der BKM ein Konzept zur Erforschung der DDR-Geschichte erarbeitet werden. Die Zusammenführung von BStU und BArch soll über die BKM von einem Beratungsgremium begleitet werden, das auch vom Bundestag angehört werden würde. Vertreter der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft und der Partei DIE LINKE kamen auf die Frage der Unteilbarkeit der in die SAPMO eingebrachten Aktenbestände zu sprechen. Es sei verabredet worden, hierüber in Gespräche einzutreten. Präsident Dr. Hollmann bekräftigte, dass diese Gespräche sinnvoll seien. Was das Areal in Berlin-Lichtenberg und die Idee des Archivzentrums anbelangt, so hänge das von einer Machbarkeitsstudie ab. Ein erster Entwurf sei in Arbeit. Dr. Hollmann meinte, dass bei einem negativen Ergebnis der Machbarkeitsstudie darauf bezogene Gespräche mit den Einbringern von Archivgut in die SAPMO nicht mehr nötig seien, ansonsten würden sie geführt werden. In diesem Falle könnte dies noch 2022 erfolgen. Ob damit ein sogenanntes „Archivzentrum DDR-Diktatur“ nun vom Tisch ist, ließ sich nicht endgültig feststellen. Die prinzipiellen Bedenken gegen eine Subsumierung z. B. von Akten aus der Sozialdemokratie von vor 1933/45 unter diese Konstruktion jedoch wurden von Dr. Brunner und Dr. Czitrich-Stahl erneut geltend gemacht. Auf Nachfrage erklärte der Präsident des Bundesarchivs außerdem, dass das BArch über einen neuen Veranstaltungsraum verfüge und es möglich sei, die Veranstaltungsreihe der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv, der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft und des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung in diesem Jahr wieder aufzunehmen, wenn es die Coronabestimmungen zuließen. Auch hybride Veranstaltungsformen seien denkbar.

Nachdem der Bericht des Präsidenten des Bundesarchivs zur Kenntnis genommen wurde, beschlossen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sich am 4. Mai 2022 erneut zu treffen. Sollte Präsenz nicht möglich sein, wird dann eine Videokonferenz stattfinden.

Holger Czitrich-Stahl

Der Koalitionsvertrag zur Zukunft der BstU-Unterlagen:

„Wir werden die Bundesstiftung Aufarbeitung stärken. Wir werden die festgeschriebenen Standorte der Außenstellen des Stasi-Unterlagen-Archivs qualitativ entwickeln. Die begleitende Forschungs- und Bildungsarbeit wird unterstützt. Wir unterstützen die Einrichtung des Archivzentrums SED-Diktatur und die Weiterentwicklung der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin zum Campus für Demokratie."

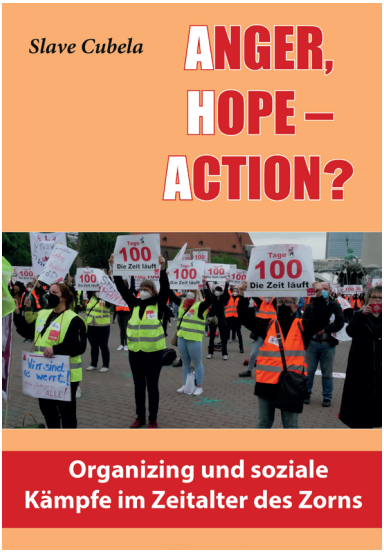
Quelle: Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, in: https://www.tagesspiegel.de/downloads/27829944/1/koalitionsvertrag-ampel-2021-2025.pdf, S. 125. [15.01.2022].

Neuerscheinungen in der Buchmacherei

China – ein Lehrstück über alten und neuen Imperialismus, einen sozialistischen Gegenentwurf und seine Fehler, die Geburt einer kapitalistischen Gesellschaft und den Aufstieg einer neuen Großmacht

China ist ein bemerkenswerter Sonderfall. Ausgerechnet eine durch eine Kommunistische Partei regierte Bauernnation des Ostens macht praktisch wahr, was der Westen seinen in die Freiheit entlassenen Kolonien als Chance einer Teilnahme an der Staatenkonkurrenz des kapitalistischen Weltmarkts verkaufen wollte: China schafft eine wahrhaft nachholende »Entwicklung«, schließt zu den etablierten Nationen auf, wird kapitalistische Weltmacht. Anhänger einer früher antikapitalistisch inspirierten Dritte-Welt-Bewegung können sich heute fragen, ob es das war, wovon sie geträumt haben ... Das Buch geht der Frage nach, wie die 30 Jahre Aufbau des Sozialismus und inzwischen 40 Jahre Kapitalismus eigentlich zusammenpassen, die in China unter derselben KP-Führung auf die Tagesordnung gesetzt und durchgezogen wurden. Wo ist der rote oder weniger rote Faden?

Renate Dillmann: China – ein Lehrstück ..., Hardcover, 392 S. 22,00 €



Slave Cubela legt mit diesem Buch eine persönliche und politische Bilanz seiner Arbeit vor allem als Organizer vor. Dabei versucht er gewerkschaftliches Organizing nicht abstrakt, sondern vor dem Hintergrund der sozialen Verhältnisse in Deutschland zu diskutieren und die deutschen Verhältnisse mit den global immer explosiver daherkommenden Entwicklungen zu verknüpfen. Und er fügt hinzu: „Da ich trotz meiner eigenen Praxis als Organizer keineswegs frei von Zweifeln ob der tatsächlichen Wirksamkeit von Organizing bin, soll das Fragezeichen im Buch-Titel unterstreichen, dass viele dieser Aufsätze zugleich als Organizing-Kritik gelesen werden können.

➔ **www.diebuchmacherei.de**

Slave Cubela: Anger, Hope – Action?, 236 S. 14,00 €

Vorträge

„Kulturgeschichte der DDR“[1]

Es war an der Zeit, eine Kulturgeschichte der DDR vorzulegen, um diese Lücke in der DDR-Geschichte wie in der deutschen Kulturgeschichte überhaupt zu schließen. Es war ebenfalls an der Zeit, der dreibändigen Kulturgeschichte der Bundesrepublik von Hermann Glaser (1985-89), der zweibändigen von Jost Hermand (1986/88), und vor allem dem Band von Axel Schildt und Detlef Siegfried (2009) ein gleichwertiges DDR-Pendant zur Seite zu stellen.

Die Rezensionen sprechen von einem opulenten und monumentalen Werk, von einem Kompendium, das zur rechten Zeit erschienen ist und das für lange Jahre Bestand hat, von einem Handbuch und einem Nachschlagewerk. Christoph Kleßmann schrieb: „Diese imposante Gesamtdarstellung, angesiedelt zwischen Handbuch und durchgehender Synthese, ist ein fulminanter Beitrag zur deutschen Zeitgeschichte, den in diesem Zuschnitt wohl nur ein Autor realisieren konnte, der ein Leben lang dazu intensiv geforscht hat und sowohl über ein besonderes Sensorium als auch eine spezifische Expertise verfügt ... Als kompetente, Deskription und Reflexion verbindende, mit zumeist sehr treffenden Zitaten versehene und über weite Strecken brillant formulierte Texte verdienen die Bände … mehr als nur das beliebte Etikett Standardwerk.“[2]

Zur Einleitung zitiere ich die ersten Abschnitte aus dem Vorwort. Es trägt die Überschrift „Die Kultur der DDR in Deutschland“: „Diese kleine DDR war nicht nur im Konsum von Spirituosen und in der Anzahl der Spitzel pro Kopf der Einwohner Weltmeister, sie hatte nicht nur die effektivste Buchzensur, sondern sie nahm auch in der Buchproduktion und in der Zahl der Theater eine Spitzenposition ein ... Und in keinem anderen Land gab es mehr Orchester – bezogen auf die Anzahl der Einwohner oder die Fläche – als in der DDR. So hatte diese im Vergleich zur Bundesrepublik eine dreimal dichtere Versorgung, im Vergleich zu den USA eine 7,5-mal dichtere, im Vergleich mit Großbritannien eine fast 30-mal dichtere Versorgung pro Einwohner mit Orchestern.[3] Berechnet man die Versorgung auf die Fläche, dann erhöhen sich die Vergleichszahlen enorm. Und nähme man Thüringen, den Spitzenwert in der DDR, zum Maßstab, so sähen die Vergleichswerte für Bundesrepublik, USA und United Kingdom geradezu furchtbar aus.
So war die DDR in manchem einmalig. Hier bildeten sich eine moderne Indus-

1 Kurzfassung des Vortrags auf der Jahreshauptversammlung des Förderkreises, 18.09.2021, zum dreibändigen Werk „Kulturgeschichte der DDR“.

2 ZfG, 4/2019, S. 385-388.

3 Hasche, Christa/ Schölling, Traute/ Fiebach, Joachim: Theater in der DDR. Chronik und Positionen, Berlin 1994, S. 187; Allmendinger, Jutta: Staatskultur und Marktkultur, ostdeutsche Orchester im Vergleich. In: Kultur und Kulturträger in der DDR. Analysen, Bonn 1993, S. 215 ff.

triegesellschaft und eine Kulturlandschaft heraus, aus der die bürgerlichen Eliten vergrault waren und fast alles von den „kleinen Leuten" herkam. So nahm die DDR auch in der Anzahl der Kleingärten wie der Motorräder pro Kopf und hinsichtlich der Religionslosigkeit ihrer Bevölkerung international eine Spitzenstellung ein ... Dieses Land mit seinen begrenzten ökonomischen Ressourcen gab, bezogen auf die Zahl der Einwohner, für Kultur- und Bildungseinrichtungen schon seit den 50er-Jahren etwa doppelt so viel Geld aus wie die Bundesrepublik. Warum also nicht auch von einem Kulturstaat sprechen? Schließlich häufen sich seit dem Ende der DDR geradezu die Erklärungsmodelle." (Band I, S. XI f.)

Und dann liefere ich eine Auswahl aus dem Angebot des „Jahrmarkts der Begriffe". Da konnte sich jeder sein kleines Modell zusammenbauen aus dem großen Modellbaukasten der Theorien: von der totalitären und autoritären Diktatur, über Okkupations- und Staatssozialismus, Organisations- und Nischengesellschaft bis zum Land der kleinen Leute und den roten Preußen. Ich liste 38 Begriffe auf, die mehr oder weniger gebräuchlich sind. Die Geschichte der DDR wurde zur Spielwiese und zum Experimentierfeld der Politik-, Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften. Die Vielzahl der Deutungsversuche zeugt zugleich davon, dass dieses Land und diese Gesellschaft nicht auf einen Begriff zu bringen sind.

Eine methodisch kontrollierte und theoretisch reflektierte Zeitgeschichte kommt mit einfachen moralischen Rastern, wie etwa „Unrechtsstaat", nicht aus. Auch verstaubte Konzepte, wie die Totalitarismus-Theorie, helfen nicht weiter. Drei Jahrzehnte nach dem Ende der DDR wird ein differenzierter Blick in die Geschichte verlangt. Keine Perspektive, die einseitig Opfer- oder Tätererfahrungen artikuliert, sondern ein Interpretationsansatz, der entwicklungsoffen und historisch-kritisch die relative Normalität des Lebens in der DDR beschreibt, einer Gesellschaft, die nicht in der diktatorischen Herrschaft aufging und ihren Eigensinn und -wert besaß.[4] Keine Großideologisierung der Geschichte, wie sie seinerzeit auch die SED-Führung betrieben hatte, sondern Anschlussfähigkeit an die Lebenserfahrung der Ostdeutschen.

Vorurteilsfreie Forscher sind schon lange auf diesem Kurs. Im Ergebnis solcher Perspektiven, findet man in der Literatur zumeist Ambivalenzen und Dualismen, Paradoxien und Neologismen, Diskontinuität und Kontingenz. Jüngere wissenschaftliche Analysen wimmeln geradezu von Gegensatzpaaren. Auf den Begriff gebracht haben diese Problematik der Soziologe Detlef Pollack und der Historiker Martin Sabrow: Pollack spricht von der „konstitutiven Widersprüchlichkeit", Sabrow von der „unaufhebbaren Multiperspektivität" der DDR-Gesellschaft.[5]

4 Vgl. Engler, Wolfgang: Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 1999; Fulbrook, Mary: Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2008; Lindenberger, Thomas (Hg.): Herrschaft und Eigensinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln 1999.

5 Pollack, Detlef: Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: war die DDR-Gesell-

1. Zum Stellenwert von Kultur in der DDR.

Aus drei Gründen hatte Kultur einen hohen Stellenwert: Zum ersten war die DDR tief in einer protestantischen deutschen Kulturlandschaft und der deutschen Kulturnation verwurzelt. Zu diesem Erbe gehörte auch das besondere Pathos des Wortes Kultur: Kultur als Religions- und Politikersatz wie als Kompensation für politische Freiheiten.

Zum Zweiten stand die DDR in der Tradition der sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung und deren Idee einer Kulturgesellschaft von gleichen und arbeitenden Menschen. So wurde zunächst versucht, eine Gesellschaft zu schaffen, die die negativen Trends der Modernisierung vom Anfang des 20. Jahrhunderts vermeiden sollte.

Zum Dritten hatte die DDR ein Legitimationsproblem. In der Konfrontation mit der wirtschaftlich stärkeren Bundesrepublik wurden die kulturellen Werte zumeist höher veranschlagt als die Ökonomie. Während andere sozialistische Länder auf dem Selbstverständnis ihrer nationalen kulturellen Identität aufbauen konnten, befand sich die DDR als kleinerer deutscher Teilstaat immer auf der Suche nach Identität. Eine breite Pflege von Kultur gewann darum besondere legitimatorische Bedeutung.

Es ist die Intention meiner dreibändigen Kulturgeschichte der DDR, eine neue Sicht auf das Wechselspiel der verschiedenen Kräfte und Faktoren im kulturellen Feld anzubieten. Zugleich muss der eklatante Widerspruch zwischen dem hohen Respekt vor Kultur und der ständigen Furcht vor einer Destabilisierung durch Kultur konstatiert werden: Der erstaunlich umfangreichen materiellen und politischen Förderung von Kultur in der DDR, die eine Hochachtung und Wertschätzung der Kultur zum Ausdruck brachte, stand eine politisch-ideologische Bevormundung und strukturelle Begrenzung gegenüber, die einer Überschätzung wie auch einer Missachtung von Kultur gleichkam.

Aber über lange Zeit war der gesellschaftliche Aufbau von kulturellen Ideen geleitet. Da sollte eine Assoziation errichtet werden, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller“ ist.[6] Und die Kulturpolitik, so die allgemeine Meinung auch in der DDR, konnte vielleicht besser oder schlechter, liberaler oder restriktiver, aber nicht wirklich von Übel sein, weil Kultur noch immer das „Wertvolle“ und „Erhabene“ repräsentierte. Zugleich war die Kultur in der DDR östlichen wie westlichen Einflüssen ausgesetzt und beeinflusst von einer nationalen Vergangenheit. Klar und knapp hat das Gerhard Zwerenz

schaft homogen? In: Geschichte und Gesellschaft 1/1998, S. 110; Sabrow, Martin: Die DDR im nationalen Gedächtnis. In: Baberowski, Jörg/ Conze, Eckart/ Gassert, Philipp/ Sabrow, Martin: Geschichte ist immer Gegenwart. Vier Thesen zur Zeitgeschichte, Stuttgart 2001, S. 107.

6 Marx, Karl / Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei In: MEW, Bd. 4, S. 481.

einmal so formuliert: Von der Gründung an lasteten auf der DDR „Stalinismus als Vorgabe, Nazismus als Hinterlassenschaft, und die Drohung durch das Kapital“.[7]

2. Zum Neuwert dieser Kulturgeschichte der DDR:

Erstens handelt es sich um eine Gesamtgeschichte der Kultur in der DDR: Methodisch geht es darum, sich von der dominierenden politischen Geschichtsschreibung zu lösen und die DDR stärker mit kulturwissenschaftlichen und praxeologischen Ansätzen zu untersuchen, um sie „ambivalenzfähig zu machen“.[8] Ein kulturgeschichtlicher Ansatz hat sich weder „der politischen Bewertung der nationalen Ereignisgeschichte verschrieben“, noch glaubt er, „auf der Sturmwoge des universalen Fortschritts zu segeln“ betonte Klaus-Dieter Kittsteiner. Er „betrachtet zunächst nur die Befindlichkeit der Menschen in den von ihnen selbst geschaffenen Strukturen, über deren Gesamtbewegung sie gleichwohl nicht verfügen. Dieser Versuch, erst einmal Distanz zu gewinnen, macht Kulturgeschichte interessant für unsere Gegenwart“.[9] Insofern handelt es sich bei der dreibändigen Kulturgeschichte der ostdeutschen Gesellschaft auch um eine veritable Gesellschaftsgeschichte der DDR. Weil hier Kulturgeschichte weniger Gegenstand, sondern mehr Forschungsperspektive ist, gibt es im Prinzip auch keinen Aspekt der DDR-Geschichte, der nicht in die Darstellung einbezogen und „kulturalistisch“ betrachtet werden kann: von Arbeit, Alkohol und Sex bis zum Sport und den Künsten.

Zweitens gehe ich von einem weiten Kulturbegriff aus: Das kann nach dem „Cultur turn“ auch nicht mehr anders sein. „Natürlich ist Kultur nicht alles“, sagte Stuart Hall 2002 und konkretisierte, „aber sie ist eine Dimension von allem“.[10] Der DDR-Schriftsteller Hans Marchwitza hatte schon in den 60ern den Ausspruch geprägt: „Kultur ist jeder zweite Herzschlag unseres Lebens“. Ausgangspunkt ist der Prozesscharakter von Kultur, hineingestellt in die Ambivalenz und Widersprüchlichkeit der DDR-Gesellschaft. Der Begriff von Kultur, der hier im Mittelpunkt steht, ist akteursbetont und prozesshaft. Er konzentriert sich zum einen auf die Art und Weise, wie Menschen ihrer Welt Sinn verleihen. Er zielt zum anderen auf die Konstituierung von Identitäten auf verschiedenen Ebenen.

7 Zwerenz, Ingrid und Gerhard: Sklavensprache und Revolte. Der Bloch-Kreis und seine Freunde in Ost und West, Hamburg 2004, S. 164.

8 Niethammer, Lutz: Drei Fronten, ein Fehlschlag und das Unbewusste der Aufklärung. In: Frei, Norbert (Hg.): Was heißt und zu welchem Ende studiert man Geschichte des 20. Jahrhunderts? Göttingen 2006, S. 114.

9 Kittsteiner, Hans Dieter: Was heißt und zu welchem Ende studiert man Kulturgeschichte? In: Geschichte und Gesellschaft 1/1997, S. 16.

10 Zit. nach: Haug, Wolfgang Fritz: Die kulturelle Unterscheidung. Elemente einer Philosophie des Kulturellen, Hamburg 2011, S. 46.

Kultur „kann sowohl ein neutraler wie ein wertender Begriff sein."[11] Der Begriff kann also sowohl deskriptiv als auch normativ verwendet werden. Ich habe das Problem für mich folgendermaßen gelöst: Deskriptiv gehe ich in der Darstellung von einer idealtypischen Unterteilung in Alltags- und Populärkultur, politische Kultur und Hochkultur aus. Das wird in allen acht Kapiteln praktiziert. Die kulturellen Prozesse werden in ihrer Vielfalt konkret und im Einzelnen beschrieben. Normativ konnte die Kultur, die im Osten entstand, sowohl traditionell als auch modern sein, zeigte sich zuweilen in Enge und Einfalt und strebte zugleich nach Weite und Vielfalt. Pauschal von einer sozialistischen Kultur zu reden, würde an der Sache vorbeigehen. Es ist vielmehr zu fragen, was sich hinter den Etiketten verbirgt, weil man Ideologie nicht mit Kultur verwechseln darf. Im Ergebnis offenbart sich eine Fort- bzw. Herausbildung spezifisch traditioneller und konservativer, intellektueller und populärer, reformerischer und revolutionärer, offizieller und affirmativer, alternativer und oppositioneller Kulturen.

Drittens wird Kultur als ein relativ selbständiger Teilbereich der Gesellschaft mit einer eigenen Spezifik betrachtet: Zwar gehörte es zu den Grundlagen des sozialistischen Projekts, die menschliche Arbeit als Ort der Entfaltung der Persönlichkeit und des gesellschaftlichen Reichtums zu verstehen. Und in der Konfrontation mit der Bundesrepublik sollte die „Hypertrophie von ‚Ideen', ‚Idealen' und programmatischen Vorstellungen" eine Alternative zum Werteverschleiß der westlichen Marktwirtschaft aufzeigen. Aber daraus war in der DDR eine eigentümliche Verflechtung ideologischer Machtausübung mit beachtlichen Leistungen entstanden, „die für die Denkmalpflege, für kulturelle Schöpfungen wie für wissenschaftliche Forschung erbracht wurden, und in denen Utopisches – auch als Widerstand – umging".[12] Ebenso ist immer wieder festzustellen, wie gering die Durchschlagskraft der ideologischen Vorgaben war. „Von den offiziellen Doktrinen des Marxismus-Leninismus blieb die Masse des Volkes ganz unberührt, da sie keine handgreifliche Bedeutung für sie hatten", schrieb Eric Hobsbawm, „(außer dann, wenn sie an einer Karriere interessiert war, bei der solch esoterisches Wissen vorausgesetzt wurde)."[13]

Während bisherige Darstellungen in der Regel davon ausgingen, dass die Politik die kulturellen Entwicklungen dominierte und ihre Richtung bestimmte, was zu einem relativ einspurigen und simplen Schema führte, wird hier eine Veränderung der Perspektive vorgenommen. Gegenüber der Dominanz des Politischen wird ein kulturgeschichtlicher Ansatz favorisiert: Kulturpolitik als Teil eines kulturellen Feldes. Kultur und Politik werden in ihrer wechselnden Hegemonie und gegen-

11 Eagleton, Terry: Kultur, Berlin 2017, S. 32.
12 Lehmann, Günther K.: Macht der Utopie. Ein Jahrhundert der Gewalt, Stuttgart 1996, S. 406 f.
13 Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995, S. 491.

seitigen Einflussnahme betrachtet. Die Kultur-, Erbe- und Intelligenzpolitik der SED bewegte sich ebenso wie die Kulturentwicklung überhaupt in einem Spannungsfeld zwischen traditionellen Konzepten und revolutionären Aktivismen und changierte mehrfach zwischen Konfrontation und Kooperation. Gleichwohl soll mit dieser Kulturgeschichte auch die Frage nach der kulturellen Substanz und Eigenständigkeit der ostdeutschen Gesellschaft und nach dem widerständigen Potenzial ihrer Kultur beantwortet werden.

3. Eine chronologische Darstellung mit eigener Periodisierung:

Der Historiker steht unter dem Zwang, seinen Gegenstand zu gliedern und er bedient sich dabei in der Regel der Chronologie. Und wenn mit Kultur ein relativ selbständiges und eigensinniges Subsystem der Gesellschaft beschrieben werden soll, so kann sich dessen Periodisierung durchaus von der Politik- und Sozialgeschichte unterscheiden. Der Geschichte der Kultur in der SBZ/DDR gehe ich in drei historischen Perioden unter folgenden Prämissen nach:

Band I: Kultur in der Übergangsgesellschaft 1945-1957:
Symbolisiert durch das Titelbild: Sowjetische Soldaten tragen den Bombenschutz um das Goethe-Schiller-Denkmal in Weimar ab und legen gewissermaßen den humanistischen Geist wieder frei. Als Motto des Bandes habe ich Bertolt Brechts „Inschrift für das Hochhaus an der Weberwiese“ in Berlin gewählt: Friede in unserm Lande! / Friede in unserer Stadt! / Dass sie den gut behause / Der sie gebauet hat!“[14]

Band II: Kultur in der Bildungsgesellschaft 1958-1976:
Symbolisiert durch ein Bild der Bitterfelder Konferenz von 1959 mit der recht illusorischen Losung „Greif zur Feder Kumpel. Die sozialistische Nationalkultur braucht Dich!“, deren erster Teil von dem Schriftsteller Werner Bräunig, deren zweiter Teil von dem Kulturpolitiker Alfred Kurella stammte. Als Motto habe ich dem Band ein Zitat von Peter Hacks gegeben: „Echte Ideale sind der allseitig ausgebildete Mensch oder das Jedem nach seinen Bedürfnissen oder die Gleichheit der Geschlechter, sie liegen in der Zukunft und zugleich im Nirgendwo; wir wissen, das kriegen wir nie und müssen es immer kriegen wollen!“[15]

Band III: Kultur in der Konsumgesellschaft 1977-1990:
Symbolisiert durch den verflossenen Palast der Republik mit Fernsehturm, Ma-

14 Brecht, Bertolt: Schriften zur Politik und Gesellschaft, Bd. II, 1933-1856, Berlin und Weimar 1968, S. 217.

15 Hacks, Peter: Glossen zur Untersuchung. In: Ders.: Die Maßgaben der Kunst I, Werke, Bd. 13, Berlin 2003, S. 235.

rienkirche, Rotem Rathaus und Hotel Stadt Berlin im Hintergrund. Als Motto steht dem Band ein Zitat aus Volker Brauns „Berichten von Hinze und Kunze" voran: „Jeder Mangel lässt sich ertragen, mit jeder Knappheit werden wir fertig, sagte Hinze. Elend aber ist, wenn es keine Idee mehr gibt."[16]

Diese genannten Gesellschaftsbegriffe sind natürlich als idealtypische und dialektische Kennzeichnungen zu verstehen. Sie schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern heben das Besondere und Dominante des jeweiligen historischen Zeitraums hervor. Eine Übergangs-, Bildungs- und Konsumgesellschaft war die DDR-Gesellschaft zu allen Zeiten, jedoch in sehr unterschiedlichem Maße. Das Kürzel DDR verwende ich in der Regel nicht als politisch-staatliche Formel, sondern als Komplementärbegriff für die ostdeutsche Gesellschaft.[17] Aus diesem Grund verbietet sich auch eine einfache Gleichsetzung von DDR und Diktatur.

Zugleich ordne ich diesen Kennzeichnungen ebenso idealtypische Diktaturbegriffe zu: Übergangsgesellschaft und Mobilisierungsdiktatur, Bildungsgesellschaft und Erziehungsdiktatur, Konsumgesellschaft und Fürsorgediktatur. Dass es sich bei der SED-Herrschaft um eine „moderne Diktatur" handelte, steht außer Frage. Denn sie war eine Herrschaft des 20. Jahrhunderts auf der Basis der Industriegesellschaft und zielte auf eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft und die Schaffung eines neuen Menschentyps ab. „Vieles an der DDR war ausgesprochen modern", betonte Jürgen Kocka. „Dazu gehören auch ihre Methoden diktatorischer Herrschaft, Propaganda und Kontrolle, durch die sie sich von Diktaturen früherer Jahrzehnte und Jahrhunderte unterschied." Die Merkmale einer modernen Diktatur sind, „oft nur ex negativo, aus dem kontrastierenden Vergleich mit den Prinzipien des liberal-demokratischen Rechts- und Verfassungsstaates" gewonnen worden. [18] Dass diese moderne Diktatur neben ihren repressiven Funktionen zugleich wesentliche Transformations-, Bildungs- und Wohlstandseffekte entwickelte, kann durch eine kulturgeschichtliche Betrachtung herausgearbeitet werden.

Ob diese Gesellschaft der DDR eine sozialistische war, sei dabei stets in Frage gestellt. Zutreffender ist wohl die Bezeichnung „arbeiterliche Gesellschaft", die Wolfgang Engler prägte. Arbeiterliche Gesellschaft im Vergleich zur höfischen und zur bürgerlichen Gesellschaft.[19] Doch dieser staatlich etablierte Sozialismus hatte die Schranken der bürgerlichen Gesellschaft noch nicht überschritten. Weder hatte er die Warenproduktion und den Warenfetischismus noch die Lohnarbeit und die Entfremdung des Menschen aufgehoben. Die Grundeinstellung der

16 Braun, Volker: Verelendung. Berichte von Hinze und Kunze. In: Ders. Texte in zeitlicher Folge, Bd. 7, Halle – Leipzig 1991, S. 37.

17 Vgl. Ders. … und es gab sie doch. Betrachtungen zur ostdeutschen Gesellschaft. In: Misselwitz, Hans/ Wunderlich, Katrin (Hg.): 1989: Später Aufbruch – frühes Ende, Berlin 2000, S. 58 ff.

18 Kocka, Jürgen: Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart, Göttingen 1995, S. 93, 117.

19 Engler, Wolfgang: Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 1999, S. 197 ff.

unmittelbaren Produzenten zu „ihrem“ Staat unterschied sich „nicht wesentlich von der der Arbeiter im Kapitalismus zu ‚ihrem‘ Konzern“, konstatierte Rudolf Bahro schon 1977. [20] Die sog. „führende Rolle“ der Arbeiterklasse ging ganz andere Wege als ideologisch vorgezeichnet, „eher soziale und familiäre statt politische und organisierte“.[21]

4. Leitmotive bzw. Narrative von Kulturpolitik:

Der Begriff der Kulturpolitik kommt aus der Programmsprache der deutschen Klassik. Im ersten ausführlichen lexikalischen Eintrag zu „Kulturpolitik“ fasste Eduard Spranger dieses Verständnis 1923 treffend zusammen: Danach hat Kulturpolitik seit ihrem ersten Auftreten nicht nur den Zweck Kunst und Künstler zu unterstützen, sondern immer auch die Funktion, dass der Staat sich der Kultur als Mittel für seine Zwecke bedient. Kulturpolitik „hat entweder die Hervorbringung von Kultur zum Ziele, oder sie bedient sich der Kultur als Mittel für ihre Machtzwecke. In der kürzesten Antithese: der Sinn der Kulturpolitik ist entweder Kultur durch Macht oder Macht durch Kultur“.[22] Der DDR also vorzuwerfen, dass sie Kultur auch für ihre politischen Zwecke nutzte, sei es der Repräsentation oder der Legitimation, verfehlt den Sinn von Kulturpolitik.

Die allgemeinen Ziele und Absichten der kulturellen Entwicklung stelle ich an sieben Narrativen bzw. Leitmotiven dar:

1. Das Umerziehungsmotiv: Die Alliierten hatten sich 1945 darauf geeinigt, dass in Deutschland „die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird“.[23] Amerikaner wie Russen setzten auf die Wandelbarkeit und Einsicht der Menschen. Umerziehung war ebenso das Grundprinzip der geistigen und kulturpolitischen Einflussnahme der Parteien wie der antifaschistischen Intellektuellen. Wenn man auch das Misstrauen gegenüber den Deutschen, die Hitler bis zuletzt gefolgt waren, nicht aufgab, so glaubte man doch, unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen eine neue Ideologie und Kultur verbreiten zu können. Diese antifaschistische Umerziehung sollte mit der Erziehung der Erzieher einsetzen und in die sozialistische Erziehung eines „neuen Menschen“ und einer „gebildeten Nation“ einmünden.

20 Bahro, Rudolf: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln 1979, S. 242.
21 Engler, Die Ostdeutschen, S. 190.
22 Spranger, Eduard: Kulturpolitik. In: Herre, Paul (Hg.): Politisches Handwörterbuch. Erster Band A-K, Leipzig 1923, S. 1087 ff. Zit. nach: Ebd. S. 365.
23 Mitteilung über die Potsdamer Konferenz der Regierungschefs der UdSSR, der USA und Großbritanniens. In: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949, Berlin 1968, S. 109 f.

2. Das Hochkulturmotiv: Nach 1945, und bis weit in die 60er-Jahre hinein, griff Kulturpolitik ästhetische Vorstellungen des bürgerlichen Zeitalters auf. Ihr Ziel war die Bestandssicherung der Hochkultur. Kulturpolitische Maßnahmen bezogen ihre Rechtfertigung aus dem Motiv der Pflege des „kulturellen Erbes". In der DDR rechtfertigte man auch restriktive Maßnahmen mit diesem Bezug, wenn zum Beispiel zeitgenössische Kunst an klassischen Schönheitsidealen gemessen und verworfen wurde. Politisch wurde und wird die Hochkulturpflege vor allem durch die Sicherung öffentlicher Darbietungen verwirklicht, wie Theater, Konzerte, Museen und Denkmalspflege, um die Existenz der Künste zu garantieren.

3. Das Demokratisierungsmotiv: Aus der Arbeiterbewegung des 19. Jh. ist der zentrale Gedanke der Emanzipation der Arbeiter durch Bildung bekannt. Diese Idee war bereits in den Arbeiterbildungsvereinen vor dem 1. Weltkrieg praktiziert worden, bevor sie von der Kulturpolitik aufgenommen wurde. Nach 1945 knüpfte man an diese Tradition an. Den bisher Benachteiligten sollten alle Bildungsmöglichkeiten erschlossen und ein breiter Zugang zur Kunst eröffnet werden. Demokratisierung von Kultur bedeutete in diesem Sinne zunächst nicht kulturelle Aufwertung des Volkstümlichen oder der Massenkultur, sondern Popularisierung der Hochkultur. Es war ein kulturelles Hebungsprogramm.

4. Das Kampfmotiv: Kultur und Kunst im Kampf der Klassen und Systeme, der Weltanschauungen und Ideologien – ein immer wiederkehrendes Thema. Auf der einen Seite die alte Geschichte von „politisch Lied, garstig Lied", auf der anderen „Kunst ist Waffe", 1928 von Friedrich Wolf geprägt, und in der DDR vielfach beschworen. In den Zeiten des Kalten Krieges waren damit wechselseitige Dämonisierungen an der Tagesordnung. Die Ablehnung „sozialistischer" Ismen im Westen wie die Bekämpfung „bürgerlicher" Dekadenz im Osten. Für die sog. „Feinde" der eigenen Kultur sollte es keine Freiheit geben, wovon in der DDR vor allem die Praktiken der Zensur und des MfS zeugten.

5. Das Produktivitätsmotiv: Kulturpolitik ausgerichtet auf den Zuwachs von Produktivität spielte in der DDR eine wichtige Rolle. Leistungsentwicklung und Arbeitsproduktivität betrachtete man als einen Faktor, der direkt von Bildung und Kultur abhing. Lange Zeit wurde auf eine einfache Gleichung gesetzt, nach der zunehmende Bildung und Kultur auch wachsende Produktivität bedingen. Kulturpolitik wurde damit direkt in den Dienst der ökonomischen Strategie gestellt. Ironisches Zitat von Hanns Eisler: „Wir brauchen Kartoffeln, also – eine Kartoffel-Kantate!"[24] Auch der „Nachterstedter Brief" (1955) oder die „Bitterfelder Konferenz" (1959) bedienten diese Komponente. Später wurde dagegen eher

24 Eisler, Hanns: Gespräche mit Hans Bunge. Fragen Sie mehr über Brecht, Leipzig 1975, S. 238.

der Sozialpolitik eine Produktivitätsförderung zugeschrieben.

6. Das Breitenkulturmotiv: Volksnahe Kulturarbeit war ein Produkt des bürgerlichen Konzepts der Volkserziehung aus dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts. Die DDR knüpfte daran an und etablierte in den 50ern ein Konzept von Breitenkultur, das im Kontrast zur Spitzenkultur stand und als geistig-kultureller Aufstieg der Werktätigen verstanden wurde: der singende, musizierende, schreibende, malende, tanzende, filmende und Theater spielende Arbeiter. Damit wurde die Herausbildung einer sozialistischen Lebensweise angestrebt, die sich von der westlichen Massenkultur unterscheiden sollte. Zunächst ging es um künstlerisches Volksschaffen und die Aufhebung der Unterschiede zwischen Berufs- und Laienkunst. Später dann umfasste Breitenkultur unter Begriffen wie kulturelle Massenarbeit oder kulturelles Volksschaffen nahezu alle Aktivitäten und Hobbys im Freizeitbereich.

7. Das Unterhaltungsmotiv: In der Tradition der Arbeiterbewegung galt alles Massenkulturelle lange Zeit als „Ablenkung vom Klassenkampf". Kultur wurde auch in den 50/60ern als eine Pflichtaufgabe gesehen. Ihre Hauptkomponenten waren die erzieherische und ideologische Wirkung. Natürlich leugnete man nicht die Aussagen der Klassiker zur Unterhaltungsfunktion der Künste, doch dazu sollten die Arbeiter eben erst erzogen werden. Aber ein Verständnis von Unterhaltung als Recht auf Genuss und Vergnügen, auf Entspannung und Entfaltung, Unterhaltungskultur als Produkt der modernen Industriegesellschaft; ein solches Verständnis und eine Orientierung an den Bedürfnissen der Menschen konnte sich erst im Zusammenhang mit dem „weiten" Kulturbegriff in den 70er-Jahren durchsetzen. Etwas anderes als diese allgemeinen kulturellen Narrative waren freilich die konkreten und zeitlich begrenzten Kulturvorstellungen der Politiker und Funktionäre und deren Traditions- bzw. Pfadabhängigkeit. Sie besaßen zwar politisches Kapital, aber an kulturellem Kapital mangelte es ihnen bekanntlich. So machten die unterschiedlichen Einflüsse Kulturpolitik zu einem schwer durchschaubaren Instrument verschiedener Interessen: Ob es nun um den Fußball-Oberligaverein, das Betriebskulturhaus oder das örtliche Theater ging. Zwar waren die Konzepte stets auf den „ganzen Menschen" gerichtet, doch in der Praxis umfasste Kulturpolitik nur einen eingegrenzten Sach- und Zuständigkeitsbereich. In ihrer passiven Form war die Kulturpolitik in der DDR vor allem traditionelle Kulturpflege sowie Sozial- und Bildungspolitik, in ihrer aktiven Form war sie vor allem Ideologiepolitik mit einem entwickelten Apparat, der die Chancen von Innovation und Selbststeuerung einschränkte. Gleichwohl gelang es der SED nicht, trotz wiederholter Versuche, den kulturellen Bereich vollständig oder auch nur überwiegend zu instrumentalisieren.

Keines dieser Narrative ist ohne Widerspruch geblieben. Jedes war hineingestellt in die Ambivalenzen dieser Gesellschaft. Früher oder später, mehr oder weniger fanden sie Anerkennung wie ebenso Kulturpolitik überhaupt. Konflikte zwischen Politik und Kultur gibt es freilich in jeder Gesellschaft, denn die Politik geht vom Großen und Ganzen aus, während die Kultur den einzelnen Menschen im Blick hat. „Ist Politik das Einende, so ist Kultur das Differenzierende“,[25] schrieb Perry Eagleton. In der DDR wurde dieser Widerspruch mit der Losung: „Im Mittelpunkt steht der Mensch“ sozusagen verschleiert. Was Volker Braun zu dem ironischen Kommentar veranlasste, nachzulesen im Hinze-Kunze-Roman: „Im Mittelpunkt steht der Mensch, nicht der Einzelne.“[26]

5. Die kulturellen Ursachen der finalen Krise der DDR.

Im Herbst 1989 entschied nicht die wirtschaftliche Lage über das Schicksal der DDR. Vom finanziellen oder ökonomischen Bankrott der DDR, wie danach immer kolportiert, konnte keine Rede sein. Erst mit der Währungsreform 1990 wurde den DDR-Betrieben die Existenzgrundlage entzogen. Und außerdem ist noch kein Staat in dieser Welt aus ökonomischen Gründen aufgelöst worden.

Es waren dagegen vor allem zwei Faktoren, die über das Schicksal der DDR entschieden: Zum einen der äußere Faktor: die DDR hatte die Sowjetunion als Schutzmacht verloren. Zum anderen der innere Faktor, der vor allem mit kulturellen Motiven zu erklären ist. Die kulturellen Gründe für das Ende der DDR sehe ich in drei Aspekten:

Erstens fand in der DDR eine Veränderung des Wahrnehmungs- und Wertungsstandards statt, d. h. ein Stimmungswandel hin zu einer massiven Unzufriedenheit und ein Gefühl von Aussichtslosigkeit griff um sich. Zwar musste in der DDR niemand hungern und alle Menschen hatten ein Dach über dem Kopf, zwar war der Lebensstandard noch immer der höchste von den Ländern des Ostblocks, aber in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre wurden die Zeichen des Rückgangs deutlicher als jemals zuvor erlebt.

Zweitens kam es zu einer Erosion der sozialistischen Zielkultur und zum Verlust der einheitlichen Symbolisierung der Gesellschaft. Zum einen wurde das Fortschrittsversprechen unglaubwürdig, als die ökologische und ökonomische Stagnation einsetzte. Zum anderen nahmen die sozialstrukturellen und soziokulturellen Differenzierungsprozesse zu. Das propagierte Konzept der sozialistischen Lebensweise erwies sich immer deutlicher als ideologisches Konstrukt. Und dem manichäischen Weltbild, wonach der Sozialismus für, der Kapitalismus gegen den Menschheitsfortschritt stand, wurde in den 80er-Jahren der Boden entzogen.

25 Eagleton, Terry: Was ist Kultur? Eine Einführung, München 2001. S. 84.

26 Braun, Volker: Hinze-Kunze-Roman. In: Texte in zeitlicher Folge, Bd. 7, Halle 1991, S. 124.

Drittens erfolgte ein massiver Legitimationsverlust der SED-Herrschaft: Bis zum Anfang der 80er-Jahre konnte die SED noch von einer passablen Zustimmung zu ihrer Politik ausgehen. In der zweiten Hälfte der 80er aber setzte ein dramatischer Verfall der Loyalität der Bevölkerung ein, der sich insbesondere in der Ausreise- und Fluchtwelle offenbarte. Das hatte auch weitreichende Wirkungen innerhalb der SED. Während sich einerseits die Distinktionskriterien zwischen Parteimitgliedern und Bevölkerung auflösten, und andererseits der Vertrauensschwund zwischen Volk und Partei massiv zunahm, begannen auch viele Mitglieder das Vertrauen in die Führungsrolle der SED zu verlieren. Die Stimmung innerhalb der Partei war von der in der Bevölkerung kaum noch zu unterscheiden.

Zum Schluss: Bereits am 19. August 1989 hatte Otto Reinhold die Hörer von Radio DDR über den „prinzipiellen Unterschied zwischen der DDR und den anderen sozialistischen Ländern" aufgeklärt. Er sagte: „Sie alle haben bereits vor ihrer sozialistischen Umgestaltung als Staaten mit kapitalistischer und halbfeudaler Ordnung bestanden. Ihre Staatlichkeit war daher nicht in erster Linie von der gesellschaftlichen Ordnung abhängig. Anders die DDR. Sie ist nur als antifaschistischer, als sozialistischer Staat, als sozialistische Alternative zur BRD denkbar. Welche Existenzberechtigung sollte eine kapitalistische DDR neben einer kapitalistischen Bundesrepublik haben? Natürlich keine."[27] Vergleichbares äußerte Stefan Heym: „Tatsache ist, zwei kapitalistische deutsche Staaten sind nicht vonnöten. Die Raison d'étre der Deutschen Demokratischen Republik ist der Sozialismus, ganz gleich in welcher Form, ist, eine Alternative zu bieten zu dem Freibeuterstaat mit dem harmlosen Namen Bundesrepublik. Einen anderen Grund für die Existenz eines ostdeutschen Separatstaates gibt es nicht."[28]

Gerd Dietrich

27 Zit. Nach: Wilhelmy, Frank: Der Zerfall der SED-Herrschaft. Zur Erosion des marxistisch-leninistischen Legitimationsanspruchs der DDR, Münster 1995, S. 21.

28 Heym, Stefan: Aschermittwoch in der DDR. In: Naumann, Michael (Hg.): Die Geschichte ist offen. DDR 1990: Hoffnung auf eine neue Republik, Reinbek bei Hamburg 1990, S.75 f.

Neues aus der Forschung

Forschungsprojekte der Paul-Löbe-Stiftung (PLS) und der Hugo-Preuß-Stiftung (HPS)

Die HPS und die mit ihr treuhänderisch verbundene PLS sind operative Stiftungen bürgerlichen Rechts mit Sitz in Berlin und Zweckwidmung auf Wissenschaft und Forschung. Die Ergebnisse ihrer Fachstudien, wesentlich im Bereich der Neuesten Geschichte und Politikwissenschaft (der jeweilige Stiftungsleiter und Reihen-Herausgeber Prof. Dr. Detlef Lehnert ist für diese beiden Disziplinen habilitiert), werden in der Buchreihe „Historische Demokratieforschung" veröffentlicht. Diese erschien mit Bd. 1–10 im (mittlerweile von Vandenhoeck & Ruprecht übernommenen) Böhlau Verlag Köln[1] und erscheint seit Bd. 11 im Metropol Verlag Berlin.[2] Dem wissenschaftlichen Beirat der Schriftenreihe gehören an: Dr. Peter Brandt, Professor (i. R.) für Neuere Deutsche und Europäische Geschichte an der Fernuniversität Hagen; Dr. Christina Morina, Professorin für Allgemeine Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte an der Universität Bielefeld; Dr. Peter Steinbach, Professor (i. R.) für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Mannheim sowie Wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin. Diese beratende Funktion erweitert nicht zuletzt auch das Spektrum der Kontakte, Kooperationen und Personalrekrutierung.

Während in den ersten Jahren (2011–2017) noch ganz überwiegend aus Tagungen hervorgegangene Sammelbände publiziert wurden, ist der Projektzuschnitt danach stärker konzentriert und fokussiert worden: Die PLS hat anlässlich von 100 Jahren Novemberrevolution 1918 Studien zur „Revolution 1918/19 in Norddeutschland" (Bd. 13, über Kiel, Hamburg, Bremen, Lübeck, Rostock und Lüneburg) und „Revolution 1918/19 in Preußen" (Bd. 15, über Berlin, Breslau, Magdeburg, Hannover, Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen, Köln und Frankfurt a. M.) vorgelegt. Deren Besonderheit ist vor allem die Quellenbasis, nämlich primär die breit ausgewertete Tagespresse. Zuletzt erschienen sind einmal der facettenreich angelegte Sammelband zu „Friedrich Engels und die Sozialdemokratie" (Bd. 18, Hg. Christina Morina/Detlef Lehnert) anlässlich des 200. Geburtstags von Engels und dann eine Biografie: „Johannes Stelling 1877–1933" (Bd. 19 von Detlef Lehnert/Volker Stalmann). Bislang war Stelling zumeist nur als prominentes SA-Mordopfer der „Köpenicker Blutwoche" bekannt, aber der Weg eines Hamburgers über die

1 https://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com/themen-entdecken/literatur-sprach-und-kulturwissenschaften/volkskunde-ethnologie/40006/historische-demokratieforschung?c=1778.

2 https://metropol-verlag.de/series/historische-demokratieforschung.

Lübecker Redaktions-, Kommunal- und Gewerkschaftsarbeit sowie das Ministerpräsidentenamt in Mecklenburg-Schwerin führte in hohe politische Funktionen: hauptamtlich im zentralen SPD-Vorstand und Regionalvorsitzender des Republikschutzverbandes „Reichsbanner Schwarz Rot Gold" in Berlin-Brandenburg, woraus die zugespitzte Konfrontation Stellings mit den Nazis resultierte.

Da sich der biografische Zugang forschungspragmatisch bewährt hat, um daran stets auch Fragestellungen und Erkenntnisinteressen vergleichender und übergreifender Art zu knüpfen, sind derzeit weitere drei solche Projekte in Arbeit: Zur Veröffentlichung fertiggestellt (als Bd. 20 im Erscheinen) ist von Detlef Lehnert „Friedrich Stampfer 1874–1957", der vorwiegend als langjähriger Chefredakteur des „Vorwärts" und Exilpolitiker der „Sopade" im Meinungskampf gegen die NS-Diktatur bekannt ist. Der Tätigkeitsweg von der Geburtsstadt Brünn über Wien, Leipzig und Berlin nach Prag, Paris und New York, schließlich zurück nach Frankfurt a. M., erweist sich jedoch als viel komplexer als so manches vereinfachte Bild. Im Nachlass Stampfers fand sich auch ein fertiges Buchmanuskript von 1943, das insbesondere die Fortschritte wie auch die Ursachen der Zerstörung der Weimarer Republik und das geistig-politische Erbe der (demokratischen) deutschen Arbeiterbewegung einem US-Publikum nahebringen wollte, aber damals mit dem Übersetzungsbedarf und einem schwierigen Umfeld keinen Verleger fand (es wird in wenigen Monaten als Bd. 21 erscheinen). Gleich Stampfer jüdischer Herkunft war Paul Hirsch (1868–1940), der als ein führender Kommunalexperte der SPD und preußischer Ministerpräsident 1919/20 vor Otto Braun bekannt ist. Die politische Biografie (von Dr. Volker Stalmann) soll zugleich die landespolitische Vorbereitung (oppositioneller preußischer Abgeordneter in einem Dreiklassenparlament) und das kommunalpolitische Wirken als (zweiter) Bürgermeister in Berlin-Charlottenburg und Dortmund beleuchten; es bleibt zu hoffen, dass mehr über das weitere Schicksal in der NS-Zeit (Hirsch starb entkräftet 1940) zu recherchieren sein wird. Schließlich hat Dr. Holger Czitrich-Stahl eine Biografie zu Georg Ledebour begonnen, an dem nicht allein die 97-jährige Lebenspanne (1850 bis 1947), sondern auch der politische Weg vom bürgerlichen Demokraten und dann langjährigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zur USPD und letztlich einem linkssozialistischen Solitär in den weiteren 1920er-Jahren und der Schweizer Emigrationszeit ungewöhnlich und aufschlussreich ist.

Die HPS ist dem Namenspatron als „Weimarer Verfassungsvater" gemäß mehr auf gewissermaßen allgemeindemokratische Themensetzungen hin fokussiert. So erschien zu 100 Jahren volldemokratisches Wahlrecht für erwachsene Frauen und Männer (nicht nur) in Deutschland ein Bd. 14 „Wahl- und Stimmrechtskonflikte in Europa". Solchen vergleichenden Ansatz verfolgt auch Bd. 17 zum Stichwort „Parteiendemokratie" („Theorie und Praxis"). Erst in Vorbereitung ist ein (voraus-

sichtlicher) Bd. 23 „Transnationale Demokratisierung in Europa“ ähnlichen und wohl noch breiter angelegten Zuschnitts, weshalb festzuhalten bleibt, dass der europäisch vergleichende Ansatz eines der künftig noch weiter auszubauenden Charakteristika dieser Publikationsreihe ist.[3]

Schließlich betreiben HPS und PLS gemeinsam einen Projektverbund „Konfliktdemokratie und Leitmedien. Großstädtische Öffentlichkeit in ‚Weimars‘ 20er-Jahren“. Ein Auftaktband 22 zu 1920 auf der Basis von 31 Tageszeitungen ist bereits in Bearbeitung, ein Folgeband – 1921/22 umfassend – wird vorbereitet. Aus der Projektskizze sei hier als Leitfaden nur dieses zitiert: „Für keine andere Dekade davor und danach war ein Massenmedium so dominierend wie die Tageszeitungen der 1920er-Jahre. Von diesem Leitmedium die Leitartikel der Leitorgane systematisch nach der kontroversen öffentlichen Meinungsbildung auf der Basis konfligierender Weltbilder, Interessendefinitionen und aus ihnen folgendem Politikverständnis zu untersuchen, verspricht deshalb einen grundlegenden Erkenntnisgewinn. Die themenübergreifende Zielsetzung eines solchen Projektverbunds kann die Erarbeitung einer im Zeitverlauf und in den Verortungen sowie nach den Richtungsprofilen mehrdimensional differenzierten leitmedialen Konfliktmatrix der ‚Weimarer‘ Zwanzigerjahre sein.“ Welchen Aufwand das für jeden „Großstaat“ bedeutet, wusste schon der Hegemonietheoretiker Antonio Gramsci im Falle einer wirklich breiten Heranziehung von Tageszeitungen: „Eine derartige Untersuchung wäre riesenhaft, wenn im nationalen Maßstab durchgeführt“ (Gefängnis-Heft 3, § 49).

Während es der operative Charakter beider Stiftungen mit sich bringt, dass keine Förderanträge für Publikationen außerhalb der eigenen Schriftenreihe angenommen werden können, bieten sich für einschlägig Interessierte und Qualifizierte ggf. zwei Möglichkeiten: Zum einen ist die Materialfülle für das „Zeitungsprojekt“ so groß, dass es chancenreich sein kann, sich für die Mitarbeit konkret zu interessieren (für Beiträge von 35-40 Seiten können derzeit 2.000 € Honorar vereinbart werden). Zum anderen ist es nicht undenkbar, im Bereich der Biografien oder der vergleichenden Studien auch Vorschläge zu unterbreiten, mit denen sich Leitung und Beirat der Stiftungen im Lichte der eigenen Schwerpunkte und Möglichkeiten immer dann befassen könnten, wenn eindeutig geklärt ist, dass es verlässlich zu Publikationen in deren Schriftenreihe führt.

http://www.hugo-preuss-stiftung.de/veranstaltungen.html
http://www.paul-loebe-stiftung.eu/

Detlef Lehnert

3 Über die Publikationen informiert ca. jährlich aktualisiert http://www.historische-demokratieforschung.com/publikationen.html.

Geschlechterordnung der Moderne. Zur Theorie und Praxis der „Frauenfrage“ in der Sozialdemokratie des Deutschen Kaiserreichs.

Dissertationsbericht von Vincent Streichhahn

Die „Frauenfrage“ in der frühen deutschen Sozialdemokratie

„Viele Genossen behandeln die Frauenfrage so scherzhaft, daß man sich wirklich fragen muß: sind das Parteigenossen, die für gleiches Recht eintreten?“[1] Diese Bemerkung stammt von der Hamburger Sozialdemokratin Luise Kähler, die auf dem Gothaer SPD-Parteitag im Jahr 1896 die Solidarität ihrer Genossen einforderte. Im Kampf um Gleichberechtigung sahen sich die Näherin Kähler und ihre Mitstreiterinnen mit männlichen Widerständen konfrontiert. Die Auseinandersetzung mit dem „proletarischen Antifeminismus“[2] hatte schon Ende des 19. Jahrhunderts eine längere konfliktreiche Geschichte hinter sich. In meinem theorie- und ideengeschichtlich angelegten Promotionsprojekt, das ich in diesem Beitrag in Grundzügen skizziere, setze ich mich primär mit der Frage auseinander, wie die Arbeiter- und proletarische Frauenbewegung dennoch zueinander gefunden haben.[3]

Die „Frauenfrage“ in der Moderne

Die sog. „Frauenfrage“ ist im Kontext der bürgerlichen 1848er-Revolution als politisches Konfliktfeld in Deutschland aufgetreten. Dabei ging es keineswegs um eine singuläre Frage, sondern unter dem Topos wurde ein Bündel an Themen verhandelt, die die im Zuge der Moderne sich wandelnden Geschlechterverhältnisse berührten.[4] Über die „Frauenfrage“ wurde zur Reichsgründungszeit in Zeitungen und Salons diskutiert, sie wurde künstlerisch im Theater und in Groschenromanen verarbeitet.[5] Zu Beginn wurde vor allem über die Situation lediger Frauen,

1 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratische Partei Deutschland, abgehalten zu Gotha vom 11. bis 16. Oktober 1896, Berlin 1896, S. 170.

2 Werner Thönnessen: Frauenemanzipation. Politik und Literatur der deutschen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung, 1863–1933, Frankfurt am Main 1969, S. 5, 13-27.

3 Das Promotionsprojekt wird seit Oktober 2019 von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert.

4 Lucy Delap: The ‚Woman Question‘ and the Origins of Feminism, in: The Cambridge History of Nineteenthcentury Political Thought, Cambridge 2011, S. 319-348.

5 Herrad-Ulrike Bussemer: Frauenemanzipation und Bildungsbürgertum. Sozialgeschichte der Frauenbewegung in der Reichsgründungszeit, Berlin 1985, S. 20.

die sog. „alten Jungfern", diskutiert, die einerseits keinen Ehemann fanden (oder finden wollten) und andererseits kaum Möglichkeiten hatten, selbst Geld zu verdienen.[6] Die „Frauenfrage" war dadurch zunächst überwiegend eine soziale Frage, die auch bürgerliche Kreise betraf. Unter dem Topos wurde aber bald allgemein über weibliche Erwerbsarbeit und politische Rechte für Frauen gestritten. Diese waren im Deutschland des 19. Jahrhunderts Staatsbürgerinnen zweiter Klasse.

Proletarischer Antifeminismus als Organisationshürde

Die Debatte ging an den Organisationen der Arbeiterbewegung nicht spurlos vorüber. Meine Annahme ist, dass diese sich, wie alle anderen politischen Akteure, zur „Frauenfrage" verhalten mussten, um ein spezifisches „Geschlechterprojekt"[7] zu artikulieren. Die frühe deutsche Sozialdemokratie der 1860er- und 1870er-Jahre kann diesbezüglich keineswegs als progressiv beschrieben werden. Der 1863 unter der Führung von Ferdinand Lassalle gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein vertrat die Forderung nach einem Verbot der Frauenarbeit. Auch die sechs Jahre darauf von August Bebel und Wilhelm Liebknecht ins Leben gerufene Sozialdemokratische Arbeiterpartei stand der Frauenerwerbsarbeit tendenziell ablehnend gegenüber. Frauen wurden von der frühen Arbeiterbewegung mehrheitlich als „Lohndrückerinnen" und „Schmutzkonkurrenz" betrachtet. Zu einem Bekenntnis für politische Rechte der Frauen konnten die sozialdemokratischen Organisationen sich ebenfalls nicht durchringen. In ihren Reihen waren bürgerlich-hierarchische Geschlechtervorstellungen weit verbreitet, wonach Frauen ihre „natürliche" Rolle als Mutter und Hausfrau auszuüben hätten, während der Mann in der öffentlichen Sphäre reüssiere.

Für diese Phase hat Werner Thönnessen den Terminus des „proletarischen Antifeminismus" geprägt. Dieser wird von ihm jedoch weitgehend auf die Programmatik verengt. Im Gegensatz dazu versuche ich den Begriff durch eine sozialhistorische und kulturelle Perspektive als multidimensionale Organisationshürde zu deuten. Die soziale Basis der frühen Arbeiterorganisationen bildeten kleine Handwerksmeister, -gesellen und Heimgewerbetreibende, die die Industrialisierung lebensweltlich als Bedrohung empfanden. Die Forderung nach einem Verbot der Frauenarbeit stellt demnach nicht einfach eine Reaktion auf eine Konkurrenz durch weibliche Arbeitskräfte dar. Es war der Zerfall des alten Handwerks im Zuge einer Dynamisierung der industriekapitalistischen Entwicklung, die einen proletarischen Antifeminismus hervorbrachte. Die frühe Arbeiterbewegung

6 Catherine L. Dollard: The Surplus Woman. Unmarried in Imperial Germany, 1871-1918, New York 2009.

7 Myra Marx Ferree: Feminismen. Die Deutsche Frauenbewegung in globaler Perspektive, Frankfurt a. M. 2018, S. 31.

erscheint in diesem Licht „als eine wesentlich defensive, aus dem Widerstand gegen die Modernisierung lebende Protestbewegung."[8] Die Arbeitervereine stellten dabei zentrale Orte einer „neuartigen nachzünftigen Gemeinschaftsbildung" dar. Das Vereinswesen besaß, schreibt Thomas Welskopp, „in der Exklusion von Frauen ihre Kehrseite, im Zuge einer Universalisierung und Transformation einer ursprünglich misogynen Gesellenkultur."[9]

Proletarierinnen organisieren sich

In dieser frühen Phase sprach wenig dafür, dass die Arbeiter- und proletarische Frauenbewegung zueinander finden würden. Der erste dezidiert sozialdemokratische Frauenverein, der „Berliner Arbeiterfrauen- und Mädchenverein", wurde von Johanna Schackow, Pauline Stagemann und Bertha Hahn am 28. Februar 1873 gegründet. Der Verein zielte überwiegend auf politische Aufklärung, errichtete einen Fonds zur Unterstützung notleidender Frauen und bemühte sich um die Organisation und Unterstützung von Dienstmädchen, Heim- und Fabrikarbeiterinnen.[10] Diese Initiative blieb nicht auf Berlin beschränkt, sondern löste im Sommer 1873 eine förmliche Gründungswelle im norddeutschen Raum aus. Die staatlichen Behörden waren jedoch recht schnell auf dem Plan und verboten den Verein. Das hielt die Sozialdemokratinnen nicht davon ab – trotz des Sozialistengesetzes im Kaiserreich – in den 1880er-Jahren neue organisatorische Anläufe zu unternehmen. Eine wichtige Vorreiterin war Getrude Guillaume-Schack. Auch Ottilie Baader und Emma Ihrer fanden in der Berliner Arbeiterinnenbewegung ihre erste politische Wirkungsstätte. Trotz aller Widerstände können diese Jahre als Phase einer regen aber fragilen Vereinstätigkeit der proletarischen Frauenbewegung beschrieben werden.

Durch diese Erfahrungen hatte sich im Bewusstsein der Akteure etwas verändert, wie Clara Zetkin in einem Brief an Karl Kautsky berichtet. „Was mir am meisten Freude machte", so Zetkin nach einem Besuch 1886 in Leipzig, „war, dass die Frauen mehr und mehr in die Bewegung hineingezogen werden." Die meisten Genossen würden die aktive Teilnahme der Frauen nicht mehr wie früher als „schöne Annehmlichkeit", sondern als „praktische Notwendigkeit" sehen. Das

8 Jürgen Kocka: Traditionsbindung und Klassenbildung. Zum sozialhistorischen Ort der frühen deutschen Arbeiterbewegung, in: Arbeiten an der Geschichte. Gesellschaftlicher Wandel im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 2011 [1986], S. 156-178, hier S. 168.

9 Thomas Welskopp: „Der Geist ächt männlichen Strebens". Mikropolitik und Geschlechterbeziehungen im Vereinsmilieu der frühen deutschen Arbeiterbewegung, in: Kurswechsel 3/1997, S. 67-81, hier S. 68, 75.

10 Jutta Limbach: „Wahre Hyänen". Pauline Staegemann und ihr Kampf um die politische Macht der Frauen, Bonn 2016, S. 25-34.

sei seit ihrem letzten Aufenthalt in Deutschland ein „gewaltiger Umschwung".[11]

Emanzipatorische Interventionen

Neben der staatlichen Verfolgung war es weiterhin die antifeministische Haltung vieler Sozialdemokraten, die ein Zusammengehen erschwerte. Als zentraler und hitzig diskutierter Konfliktpunkt zeigte sich die Position zur Frauenerwerbsarbeit. Allerdings existierte schon früh in der Arbeiterbewegung ein politisch vom Liberalismus sozialisierter Flügel, um Personen wie Bebel und Ludwig Eckardt, die Kontakte zur bürgerlichen Frauenbewegung pflegten und eine progressive Haltung zur „Frauenfrage" vertraten. Auch Theorieelemente des im Laufe der 1870er-Jahre an Einfluss gewinnenden Marxismus wurden im Zusammenhang mit der „Frauenfrage" verarbeitet. Im Kontext dieser Entwicklung entstand Bebels Klassiker „Die Frau und der Sozialismus". Meine These lautet, dass der gelernte Drechsler damit darauf zielte, den virulenten proletarischen Antifeminismus zurückzudrängen, um die aufstrebende Frauenbewegung an die Sozialdemokratie zu binden.

Daran konnten die Arbeiterinnen effektiv anknüpfen. Ab Mitte der 1880er-Jahre forderten deren Aktivistinnen ein Bekenntnis der Sozialdemokratie zur Frauenarbeit. Auch aufgrund der Sozialistengesetze rückten die Arbeiter- und proletarische Frauenbewegung enger zusammen. Als Durchbruch kann Zetkins Rede auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationale 1889 in Paris gelten.[12] Im Erfurter Programm (1891) wurde die Gleichheit der Geschlechter schließlich festgeschrieben. Die antifeministischen Widerstände waren dadurch jedoch nicht beseitigt, wie das Ausgangszitat von Kähler zeigt.[13] Es war noch ein weiter Weg und der proletarische Antifeminismus überdauerte als Mentalität (vielleicht bis heute) in den Arbeiterorganisationen. Ihren erkämpften Platz gaben die Frauen aber nie wieder auf.

11 Clara Zetkin an Karl Kautsky, 28. August 1886, IISG Amsterdam, NL Kautsky, DXXIII 407.

12 Clara Zektin: Für die Befreiung der Frau, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin 1957, S. 3-11.

13 Siehe Molly Nolan: Proletarischer Anti-Feminismus: Dargestellt am Beispiel der SPD-Ortsgruppe Düsseldorf, 1890-1914, in: Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, Berlin 1977, S. 356-377.

Der Konflikt um die Sicherung des Zentralen Parteiarchivs der SED innerhalb der PDS

In den letzten Monaten der DDR sowie in den ersten Jahren nach der deutschen Einheit entbrannte eine heftige Auseinandersetzung, ob die archivalische Überlieferung der SED aufgrund der engen Verflechtung von Staat und Partei wie staatliches Schriftgut oder wie das einer politischen Partei behandelt werden müsse. Mit dem Beschluss des Außerordentlichen SED-Parteitages vom Dezember 1989, die Partei nicht aufzulösen, war nämlich keineswegs eine endgültige Sicherung ihres Archivfonds verbunden. Heinz Voßke, der langjährige Leiter des Zentralen Parteiarchivs (ZPA), hatte bereits kurz nach dem Mauerfall seine „Sorgen über mögliche Perspektiven des Archivs" zum Ausdruck gebracht.[1]

Auf Beschluss des Präsidiums des SED/PDS-Parteivorstandes bildeten das ZPA und die Bibliothek ab Januar 1990 zunächst selbständige Abteilungen im neugeschaffenen ‚Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung' (IfGA), das die Rechtsnachfolge des ehemaligen Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (IML) antrat.[2] Da die zukünftige finanzielle Basis des Instituts trotz zugesicherter Unterstützung durch die PDS äußerst fraglich war,[3] erarbeiteten die IfGA-Verantwortlichen verschiedene Lösungsvorschläge zur künftigen Sicherung ihrer Archiv- und Bibliotheksbestände. Nachdem der Plan der PDS-Führung und der Regierung Modrow, das SED-Parteiarchiv in ein neues Nationalarchiv der DDR zu überführen, durch die rasche Einigungsdynamik obsolet geworden war und auch Sondierungen über eine finanzielle Unterstützung beim IML des ZK der KPdSU in Moskau und beim Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam ergebnislos geblieben waren, schlugen die Verantwortlichen der PDS die Gründung des Vereins ‚Archiv und Bibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung' vor. Dessen politische Unabhängigkeit und Finanzierung sollte durch die Mitwirkung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) gewährleitstet werden.[4]

Kritik an dem eingeschlagenen Weg ernteten die vom PDS-Vorstand beauf-

1 Heinz Voßke an Ilse Fischer, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, 23.11.1989; Bundesarchiv (BArch), DY 30/37802, o. Bl.

2 Protokoll der 5. Sitzung des Präsidiums des Parteivorstandes der SED/PDS, 4.1.1990; Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS), PDS-PV-148, Bd. 2, o. Bl.

3 IfGA-Direktor Günter Benser bemerkte Anfang Februar 1990, „dass sich die PDS auf Dauer ein Institut unserer Größenordnung und unseres Kostenaufwandes kaum leisten können wird." Günter Benser an Klaus Höpcke, 5.1.1990; BArch, DY 30/37447, o. Bl.

4 Vgl.: Christoph Stamm: Wem gehören die Akten der SED? Die Auseinandersetzung um das Zentrale Parteiarchiv der SED nach 1990 (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 79), Düsseldorf 2019, S. 29 ff. Hier auch weitere Informationen zu den in diesem Beitrag angesprochenen Aspekten.

tragten Verhandlungsführer – vor allem Klaus Höpcke, IfGA-Direktor Günter Benser, Archivleiterin Inge Pardon und Bibliotheksleiter Jürgen Stroech –, nicht nur von Vertretern der Bonner Regierungskoalition, die eine rasche Überführung der SED-Akten in staatliche Obhut forderten, sondern auch aus den eigenen Reihen. Anfang Dezember 1990 bildete sich innerhalb der PDS eine vornehmlich aus Historikern bestehende Interessengemeinschaft (IG) ‚Archive und Bibliotheken', deren „von wenig Fachkompetenz zeugenden Unterstellungen, Verdächtigungen, […] und existenzbedrohenden Angriffe" den Verhandlungsführern „besonders zugesetzt" haben, wie Inge Pardon unlängst bemerkte.[5] In einem Schreiben ihres Sprechers Michail Nelken an das Parteipräsidium wandte sich die IG entschieden gegen das Vereinsprojekt mit der FES, da Gefahr drohe, dass das Archiv „unter die alleinige Hoheit der SPD" gerate und ein ungehinderter Zugang sowohl für die PDS als auch für Forschungszwecke nicht mehr gewährleistet sei. Die IG sah ihrerseits „die größte Sicherheit vor staatlicher wie parteiegoistischer Willkür […] in einer Internationalisierung des Projektes" und favorisierte die Gründung einer Stiftung mit internationalen Trägern.[6] Inge Pardon und Jürgen Stroech wiesen die Vorwürfe energisch zurück und zeigten sich erstaunt, dass ohne ihr Wissen Arbeitspapiere eingereicht würden, „bei deren Erstellung sich die Autoren nicht ein einziges Mal die Mühe gemacht haben, Kontakt mit uns zu suchen". Immerhin hätten die Verantwortlichen des ZPA bisherige Versuche der „Beschlagnahme" und „Verstaatlichung" durch ihr „engagiertes Wirken […] erfolgreich abgewehrt." Die seitens der IG vorgeschlagene Gründung einer internationalen Stiftung sei zudem „nicht realistisch."[7] Dies bekräftigte auch Klaus Höpcke auf der 1. Tagung des 2. PDS-Parteitags Ende Januar 1991,[8] auf dem sich die IG mit ihrem Antrag zur Sicherung des ZPA nicht durchsetzen konnte.[9] Die Delegierten stimmten mehrheitlich für die Einrichtung des Trägervereins mit der FES und statteten den neugegründeten Parteivorstand mit einem entsprechenden Verhandlungsmandat aus. Dennoch kritisierte die IG weiterhin das Vereinsprojekt mit der SPD-nahen Stiftung, die sich mit dem Zentralen Parteiarchiv „zum Nulltarif einen dicken Fisch an Land" ziehen könne.[10] Nach Einschätzung von Inge Pardon ließen diese

5 30 Jahre Förderkreis. Interview mit Inge Pardon, in: Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 59, März 2021, S. 80.

6 Michail Nelken an die Mitglieder des Präsidiums des Parteivorstandes der PDS, 8.12.1990; Archiv des ‚Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung' (AdFABGA), Ordner ‚Unterlagen 1990/1991'.

7 Inge Pardon u. Jürgen Stroech an Michail Nelken, PDS-Basisgruppe der ehemaligen Akademie-Institute, 11.12.1990; BArch, NY 4539/unbearb. K 4.

8 2. PDS-Parteitag, 1. Tagung, Redebeitrag von Klaus Höpcke am 27.1.1991; ADS, PDS-PV, 020, Bd. 5.

9 Antrag der IG Archive und Bibliotheken an den 2. Parteitag der PDS, 21.1.1991; BArch, N 2612/42, o. Bl.

10 „Dicker Fisch", in: Der Spiegel, Nr. 9, 25.2.1991, S. 68.

„realitätsfernen Erklärungen" der IG-Vertreter „jegliche brauchbare Alternative und vor allem Sachkompetenz […] vermissen."[11] Die Gründung des ‚Förderkreises Archiv und Bibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V.' Anfang März 1991, die vor allem den festgefahrenen Verhandlungen mit der FES „einen neuen Schub" geben sollte,[12] war ihrer Auskunft nach auch „als Gegengewicht" gedacht zu der „weniger ‚wohlmeinenden' Gruppierung aus dem eigenen PDS-Umfeld, der IG Archive und Bibliotheken mit ihren durchschaubaren Absichten der Selbstversorgung."[13] Bei der IG stieß die Gründung des Förderkreises auf Unverständnis. „Mit Befremden" nahmen die PDS-internen Kritiker zur Kenntnis, dass sie über dessen Einrichtung weder vorab informiert, noch daran beteiligt worden waren und betrachteten dies als Bestätigung für die ihrer Ansicht nach berechtigte „Kritik an der ‚Geheimdiplomatie' von Klaus Höpcke, Inge Pardon und anderen verantwortlichen GenossInnen".[14] Aufgrund der beabsichtigen Bildung des Trägervereins mit der FES habe der Parteivorstand „die Entwicklung oder Förderung alternativer Modelle eingestellt und über diese Verhandlungen einen Schleier der Desinformation gebreitet." Kritische Stellungnahmen, wie sie etwa von der IG geäußert werde, „suchte man […] zu denunzieren als Querulantentum und Sabotage." Blicke man lediglich „von den greifbaren Ergebnissen auf den Deal mit der FES" müsse man zwangsläufig „zu dem Schluss kommen, dass sich die PDS hat gewaltig verladen lassen."[15] In einem persönlichen Brief an Gregor Gysi beschwerte sich ZPA-Leiterin Inge Pardon, es könne nicht hingenommen werden, dass Klaus Höpcke und sie, „die wir uns für die Rettung von Archiv und Bibliothek in dem von der Partei beschlossenen Sinne einsetzen, in übelster demagogischer Art und Weise persönlich angegriffen, verleumdet und beschimpft, ja sogar in die Nähe des Parteiverrats und krimineller Handlungen gerückt werden." Trotz zahlreicher „geduldiger […] Gesprächsrunden" habe sich die IG „zu einem gefährlichen Störfaktor entwickelt." Pardon betonte, dass dieser Zustand für sie „unerträglich geworden" sei, weil sie nicht mehr wisse, woher „die größere Gefahr" für das Archiv und die Bibliothek komme, „von Herrn Gerster [innenpo-

11 Inge Pardon: Das Zentrale Parteiarchiv unter veränderten politischen Rahmenbedingungen (1990-1992). Zur Sicherung und Wahrung seiner Bestände. Abschlussarbeit im postgradualen Studiengang Archivwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin (unveröffentlicht), Berlin 1992, S. 25.

12 Günter Benser: Was geschah mit den Archiven und Bibliotheken von Parteien und Organisationen der DDR? (Hefte zur DDR-Geschichte, Bd. 113), Berlin 2008, S. 22.

13 Inge Pardon: Sie möchte ich nicht mehr missen, in: Älter ist nicht alt genug. Festschrift zum 80. Geburtstag von Henryk Skrzypczak, hrsg. von Günter Benser im Auftrag des Förderkreis Archive- und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 2007, S. 51.

14 IG ‚Archive und Bibliotheken' bei der PDS an das Präsidium des Parteivorstandes der PDS, 8.3.1991; BArch, NY 4539/unbearb. K 1.

15 IG Archive und Bibliotheken an das Präsidium des Parteivorstandes der PDS und die Bundestagsfraktion der PDS, 9.4.1991; AdFABGA, Ordner ‚Unterlagen 1990/1991'.

litischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, C.S.] oder aus den eigenen Reihen."[16] Damit hob die Leiterin des ZPA auf den von den Bonner Regierungsfraktionen im März 1991 vorgelegten Entwurf zur Änderung des Bundesarchivgesetzes ab, der vorsah, den Großteil des SED-Archivs ins Bundesarchiv und somit in staatliche Obhut zu überführen.[17] Der stellvertretende PDS-Vorsitzende André Brie stellte gegenüber der IG klar, dass Inge Pardon und Klaus Höpcke ihre Tätigkeit „im Rahmen des Parteitagsbeschlusses zum Archiv" ausübten und legte den parteiinternen Kritikern nahe, ihre „beständigen Diffamierungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Archivs […] durch das sachliche und professionelle Gespräch miteinander" zu ersetzen.[18]

Auch der Ende August 1991 im Innenausschuss des Bundestages gefundene Kompromiss, der die Sicherung des ZPA in einer unselbständigen Stiftung unter dem Dach des Bundesarchivs vorsah, fand erwartungsgemäß keine Zustimmung der IG. Michail Nelken ließ den PDS-Vorsitzenden Anfang Dezember 1991 wissen, die Partei müsse „endlich ‚Härte' zeigen", denn „dieses ständige Bemühen, freundlich zum Konsens zu kommen mit den Herren aus Bonn" hätte nur dazu geführt, dass „die PDS schrittweise total über den Tisch gezogen" werde. Gysi – so die Aufforderung des IG-Sprechers – solle bei den abschließenden parlamentarischen Beratungen deutlich machen, dass die PDS das Gesetz nicht nur ablehne, sondern „es mit juristischen und politischen Mitteln national wie international zu bekämpfen" suche, da man „diese Art von Enteignung" nicht durch eine einfache Abgabe der Gesamtbestände an den Staat „legitimieren und honorieren" werde.[19] In einem Dringlichkeitsantrag an die Mitte Dezember 1991 stattfindende 3. Tagung des 2. Parteitags warb die IG für die Einsetzung einer ‚Archivkommission', um eine „kritische Begleitung" der weiteren Verhandlungen des Parteivorstands mit dem Bund zu gewährleisten. Schließlich habe die „bisherige Praxis des engeren Zirkels und der freundlich-zähen ‚Geheim'diplomatie mit dem Bundesinnenministerium" die Partei „de facto in eine ausweglose Lage geführt." Die seit knapp 18 Monaten von den offiziellen Verhandlungsführern verfolgten Lösungsvarianten – so die Ansicht der IG – hätten „immer wieder in die Sackgasse geführt, weil sie, unsere beständige Kritik missachtend, von politisch falschen Einschätzungen der eigenen Handlungsspielräume ausgingen."[20] In dem gleichzeitig von Klaus Höpcke eingebrachten Antrag der von der Parteispitze beauftragten Verhandlungsführer sollten die Parteitagsdelegierten den Bundesvor-

16 Inge Pardon an Gregor Gysi, 11.4.1991; BArch, DY 30/37604, o. Bl.
17 Stamm: Wem gehören die Akten der SED, S. 70 ff.
18 André Brie an die IG Archive und Bibliotheken der PDS, 11.4.1991; BArch, DY 30/37604, o. Bl.
19 Michail Nelken an Gregor Gysi, 10.12.1991; AdFABGA, Ordner 1991/1992.
20 Dringlichkeitsantrag der IG Archive und Bibliotheken bei der PDS an die 3. Tagung des 2. Parteitages der PDS [Dez.1991]; ADS, PDS-PV – 036.

stand ermächtigen, die Gespräche um eine vertragliche Vereinbarung zwischen dem Bund und der PDS fortzuführen.[21] Der Parteitag votierte letztlich mehrheitlich für Höpckes Antrag,[22] so dass die offiziellen Verhandlungsführer Ende 1991 in der parteiintern umstrittenen Archivfrage die Oberhand behielten. Sie kritisierten in einem Memorandum die Positionen der IG und machten vor allem auf das Fehlen eines realistischen Finanzierungsvorschlags aufmerksam. Zudem sei die von der IG angeregte Begleitung der weiteren Verhandlungen durch eine Archivkommission zwecklos, da diese die „Spezifik der vorangegangenen Gespräche, vor allem auch deren fachwissenschaftlichen Inhalt, nicht nachvollziehen" könne, zumal die bislang an den Verhandlungen Beteiligten ihre Aufgabe durchaus „fachlich kompetent und politisch verantwortungsbewusst" erfüllten.[23] In einer Stellungnahme an die PDS-Führung bemerkte Ulrich Jahnke im Namen der IG, die Verkleinerung des Handlungsspielraums der Partei resultiere aus der finanziellen Situation des ZPA sowie „aus dem Desinteresse des PDS-Bundesvorstandes und einer großen Anzahl von Landesorganisationen an der archivischen Erschließung, Bewahrung und Bewertung ihrer eigenen Geschichte."[24]

Ende Januar 1992 votierte der Deutsche Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und SPD für die Änderung des Bundesarchivgesetzes und somit für die Einrichtung der am Berliner Standort des Bundesarchivs ansässigen Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO). Die PDS lehnte das Gesetz zwar ab, Gregor Gysi stellte im Parlament allerdings eine „einvernehmliche Regelung" in Aussicht.[25] An der Vorgehensweise der PDS-Verhandlungsführer übte die IG erneut heftige Kritik. In einer am 1. Februar 1992 veröffentlichten Erklärung hieß es, die „historische Bedeutung" des verabschiedeten Bundesarchivgesetzes und des Stiftungserlasses sei, dass „Dokumente aus 150 Jahre sozialistischer Arbeiterbewegung […] in die Hände des erklärten politischen Gegners, des bürgerlichen Staates" übergingen. Vermutlich könne „man kaum symbolträchtiger das Ende des Sozialismus ausdrücken." Gleichwohl die PDS für die nunmehr eingetretene Situation zum Teil selbst verantwortlich sei, sollte sie umgehend „alle juristischen Möglichkeiten zur Anfechtung des Gesetzes prüfen." Zwar sei der Verhandlungsspielraum aufgrund der finanziellen Engpässe gering, „aber durch Unterwerfung unter die Regierung (in der Hoffnung auf eine

21 Dringlichkeitsantrag von Klaus Höpcke an die 3. Tagung des 2. Parteitags der PDS, 14.12.1991; AdFABGA, Ordner 1991/1992.

22 Protokoll der 3. Tagung des 2. Parteitages der PDS am 14./15.12.1991; ADS, PDS-PV – 037.

23 „Bemerkungen zu Grundfragen ‚Archiv und Bibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung'" [Dez.1991]; AdFABGA, Ordner 1991/1992.

24 IG Archive und Bibliotheken (U. Jahnke) an den Parteivorstand, die Bundestagsgruppe, die Landesvorsitzenden der PDS, 22.1.1992; ADS, Bestand Gysi-017, Bd. 1, Bl. 31.

25 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 12. Wahlperiode, Stenographischer Bericht der 73. Sitzung, 23.1.1992, S. 6116 (C-D).

vernünftige Behandlung)“ werde er „gänzlich liquidiert.“ Die PDS solle daher „die öffentliche Androhung eines Rechtsstreits um jedes einzelne Blatt“ in Aussicht stellen.[26] „Mit der faktisch rückwirkenden Verstaatlichung der wesentlichen Bestände des SED-Archivs mittels der Novellierung des Bundesarchivgesetzes“ – so IG-Sprecher Nelken im Frühjahr 1992 –, sei „das Zentrale Parteiarchiv an den Rande des Zerfalls gebracht“ worden.[27]

Da das verabschiedete Gesetz eine Einigung zwischen dem Bund und den ehemaligen und jetzigen Eigentümern auf Seiten der PDS vorschrieb, fanden in den folgenden Monaten intensive, nicht selten von Rückschlägen gekennzeichnete, Verhandlungen über die ‚Einbringungsverträge‘ statt. Vor allem die wiederholte Weigerung der Treuhand, bis zur Arbeitsaufnahme der angestrebten Stiftung ausreichende Gelder aus dem Altvermögen der SED für die Finanzierung des Parteiarchivs und die IfGA-Bibliothek bereitzustellen, erzürnte nicht nur das Umfeld der PDS. Klaus Oldenhage, Leiter der Potsdamer Außenstelle des Bundesarchivs, war der Ansicht, die „Auseinandersetzungen mit der PDS“ sollten „nicht auf dem Rücken der Mitarbeiter des ZPA“ ausgetragen werden und forderte, die Vergütungen und erforderlichen Sachkosten fristgerecht bereitzustellen.[28] Auch Bundesarchiv-Präsident Friedrich P. Kahlenberg beklagte gegenüber dem Treuhand-Vorstand Günter Rexrodt den „jetzige[n] Zustand der sozialen und psychischen Verunsicherung der Mitarbeiter“ des IfGA.[29] Die Gelder zur Finanzierung des ZPA wurden letztlich bis zur Arbeitsaufnahme der Stiftung zugesichert.

Anfang Dezember 1992 stimmte der PDS-Vorstand bei lediglich zwei Enthaltungen für die Paraphierung der vertraglichen Vereinbarungen zwischen der Partei und dem Bund.[30] Wenige Tage später unterzeichneten Friedrich P. Kahlenberg und Gregor Gysi im Bonner Innenministerium den Einbringungsvertrag zwischen dem Bundesarchiv und der PDS. In der Eigentumsfrage, die neben der Personalfrage wesentlicher Streitpunkt der Verhandlungen gewesen war, konnte letztlich kein Konsens erzielt werden. Die Eingangsformel des Vertrages schreibt deshalb den von beiden Seiten bekundeten Eigentumsanspruch, setzt aber hinzu, dass die vertragliche Vereinbarung „unabhängig von diesen unterschiedlichen

26 IG Archive und Bibliotheken (Cerny/Lorenz/Nelken/Schöneburg/Jahnke) an den Parteivorstand, die Bundestagsgruppe, die Landesvorstände und die Historische Kommission der PDS, 1.2.1992; ADS, PDS-PV – 117.

27 Michail Nelken: „Teure Show. Der Sturm auf die SED-Akten im Zentralen Parteiarchiv“, in: die andere, 3. Jg., 8.4.1992, S. 7; Archiv der DDR-Opposition der Robert-Havemann-Gesellschaft, Zeitungssammlung.

28 Klaus Oldenhage an Friedrich P. Kahlenberg, 18.11.1991; BArch, Dienstakten, Az.1006/20, Bd. 23.

29 Friedrich P. Kahlenberg an Günter Rexrodt, 22.11.1991 (Kopie); BArch, Dienstakten, Az.1006/20, Bd. 23.

30 Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes der PDS am 7.12.1992; ADS, PDS-PV – 139.

eigentumsrechtlichen Auffassungen“ getroffen werde.[31] Gregor Gysi unterstrich im Jahr 2017, dieser Eigentumsanspruch besitze nach wie vor Gültigkeit: Das ehemalige ZPA der SED liege „beim Bundesarchiv, gehöre aber weiterhin der Partei und wir haben ein besonderes Zugriffsrecht. Bezahlen aber muss alles die Bundesregierung.“[32] Der Vertrag regelt die Einbringung des Stiftungsvermögens durch den Bund und die PDS. Beide Seiten stimmen darin überein, dass hinsichtlich der Bestände der archivfachliche Grundsatz der Unverletzbarkeit des historischen Entstehungszusammenhangs zu beachten sei. Die PDS bzw. seit 2007 die Partei DIE LINKE erkennt somit die getroffene gesetzliche Regelung zwar formal nicht an, duldet sie aber in der Praxis.

Die vom Parteivorstand der PDS beauftragten Verhandlungsführer konnten sich im parteiintern zum Teil heftig ausgefochtenen Streit um die Sicherung des ZPA letztlich durchsetzen. In einem Initiativ-Antrag für den 3. PDS-Parteitag Ende Januar 1993 fasste Klaus Höpcke die positiven Aspekte der Überführung des ZPA in die SAPMO zusammen: „Einheit und Geschlossenheit der Archiv- und Bibliotheksbestände vor Ort; Nutzbarkeit für die nationale und internationale Forschung; öffentliche Finanzierung; Eigentums- und Zugangsrechte für die PDS fixiert; Übernahme von 55 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.“[33] Trotz der mühsamen und für die PDS keineswegs immer zufriedenstellenden Verhandlungen kommt Günter Benser zu dem Schluss, dass die Einrichtung der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv „mit Fug und Recht als eine akzeptable, tragfähige und zukunftsträchtige Lösung bezeichnet werden“ könne.[34] Mit ihrer Einrichtung sind zweifellos sehr gute Rahmenbedingungen geschaffen worden, um Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der eng verflochtenen Nachkriegsentwicklung beider deutscher Staaten zu ermöglichen sowie eine quellengestützte Aufarbeitung der historischen Entwicklung der DDR vornehmen zu können.

Christoph Stamm

31 Abdruck des Einbringungsvertrages zwischen dem Bundesarchiv und der PDS vom 29.12.1992, in: Stamm: Wem gehören die Akten der SED, S. 180 ff.

32 Gregor Gysi: Ein Leben ist zu wenig. Die Autobiographie, Berlin 2017, S. 333.

33 Initiativ-Antrag von Klaus Höpcke an den 3. Parteitag der PDS, o. D. [Jan. 1993]; ADS, PDS-PV – 046.

34 Günter Benser: Was geschah mit den Archiven, S. 34.

Aus dem Vereinsleben

Protokoll der 29./30. Jahresversammlung des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung am 18.09.2021; Nachbarschaftszentrum „Rudi“, Berlin

Tagesordnung:
1. Regularien
1.1. Eröffnung und Genehmigung der Tagesordnung
1.2. Bestätigung des Protokolls der 28. Jahresmitgliederversammlung
2. Berichte
2.1.Erläuterung der Geschäftsberichte 2019 und 2020
2.2. Kassenberichte
2.3. Berichte der Kassenprüfer
3. Diskussion und Abstimmung über die Berichte
4. Wahlen
4.1. Wahlen des Vorsitzenden und des Vorstandes
4.2. Wahl der Kassenprüfer
5. Bericht des Wissenschaftlichen Beirates zur Entwicklung der „Mitteilungen“
Anschließendes Gespräch und Diskussion
6. Schlusswort

Anwesend: 24 Mitglieder (siehe Anwesenheitsliste)
Entschuldigt: Kurt Metschies, Sigrid Kleinschmidt, Alexander Amberger, Julia Pietsch, Klaus Höpcke, Lothar Hornbogen, Birgid Leske

Zu 1.1
Die stellvertretende Vorsitzende Dagmar Goldbeck eröffnete die Sitzung. Für die 2019 verstorbenen Mitglieder Ulrich Lamberz, Dr. Dieter Schuster, Erhard Weigel und Prof. Dr. Ursula Herrmann und für die 2020 verstorbenen Mitglieder Dr. Reiner Zilkenat, Prof. Dr. Dietrich Staritz und Prof. Dr. Georg Ebert wurde eine Schweigeminute abgehalten. Die Tagesordnung wurde einstimmig genehmigt

Zu 1.2
Das Protokoll der 28. Jahresmitgliederversammlung, das alle Mitglieder mit dem Mitteilungsheft Nr. 56 erhalten haben, wurde einstimmig bestätigt.

Zu 2.1
Holger Czitrich-Stahl erstattete Bericht über die in den Jahren 2019 und 2020 er-

folgten Aktivitäten des Förderkreises, darunter auch über jene, die wegen der Corona-Pandemie ausfallen mussten. Die inhaltlichen Schwerpunkte des jeweiligen Jahres und die erreichten Ergebnisse wurden mit erweiterten Erläuterungen auf dieser Jahresmitgliederversammlung noch einmal in Erinnerung gerufen. Nachlesbar sind die veröffentlichten Protokolle und Geschäftsberichte wie folgt: Für das Jahr 2019 in den „Mitteilungen" Nr. 56 (September 2019) und Nr. 57 (März 2020) sowie auch der Geschäftsbericht für das Jahr 2020 in den „Mitteilungen" Nr. 59 (März 2021).

Eine „Verjüngung" der Mitgliedschaft ist erreicht, aber es bleibt bei der Generation 50 plus. Weitere Verjüngung wird angestrebt. Die Entwicklung der ‚Mitteilungen' wurde positiv eingeschätzt, weitere Netzwerkbildung, durch den Wissenschaftlichen Beirat unterstützt, ist nötig.

Zu 2.2
Die Kassenwartin Elisabeth Ittershagen gab einen detaillierten Bericht über die Einnahmen und Ausgaben sowie über den Mitgliederstand des Förderkreises:
Für das Jahr 2019: Die Gesamteinnahme aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Verkauf der Mitteilungen betrug 2936,25 €. Dem standen Ausgaben in Höhe von 2227,24 € gegenüber. Am 31. Dezember 2019 betrug der Kontostand 2913,86 €, der Kassen-Barbestand 438,60 €.

Zu Beginn des Jahres 2019 gehörten dem Förderkreis 99 Mitglieder an. Im Berichtszeitraum verstarben 4 Mitglieder (Ulrich Lamberz, Dr. Dieter Schuster, Erhard Weigel und Prof. Dr. Ursula Herrmann).

Für das Jahr 2020: Die Gesamteinnahme aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Verkauf der Mitteilungen betrug 2969,40 €.

Dem standen Ausgaben in Höhe von 2210,90 € gegenüber. Am 31. Dezember 2020 betrug der Kontostand 3163,40 €, der Bar-Kassenbestand 508,96 €.

Zu Beginn des Jahres 2020 gehörten dem Förderkreis 95 Mitglieder an. Im Berichtszeitraum verstarben 3 Mitglieder (Dr. Reiner Zilkenat, Prof. Dr. Dietrich Staritz, Prof. Dr. Georg Ebert), 4 Personen wurden neu aufgenommen. Der Mitgliederstand am 31. Dezember 2020 betrug 96 Mitglieder.

Die detaillierten Kassenberichte liegen dem Protokoll bei.

Zu 2.3
Die Revisorin Bärbel Kontny erstattete den Bericht über die Kassenprüfungen und hatte keine Beanstandung: die Unterlagen waren vollständig, wurden geprüft und für korrekt befunden.

Zu 3.
Es gab mehrere Wortmeldungen zu den Berichten. Prof. Günter Benser wurde für

sein Engagement hinsichtlich der Überführung der BStU-Unterlagen ins Bundesarchiv und seine Eingabe an die Fraktionen des Deutschen Bundestages gedankt. Kritisiert wurde das Umgehen mit der Überlieferung aus der Tätigkeit des MfS: Archivgut ist eigentlich immer bewertetes Schriftgut, hier lässt die BStU nach der Einbringung ihrer Bestände in das Bundesarchiv eine archivfachliche Bewertung nicht zu. Die Argumentation ist auch in Günter Bensers Artikel „Ein kritischer Abgesang" im ND vom 23.03.2021 nachzulesen. Siehe: https://www.nd-aktuell.de/artikel/1149847.stasi-unterlagen-behoerde-ein-kritischer-abgesang.html.

Unmittelbar nach Veröffentlichung des Entwurfs eines Änderungsgesetzes des Bundesarchivgesetzes, des BStU-Unterlagen-Gesetzes und zur Einsetzung einer oder eines SED-Opferbeauftragten – Drucksache 19/23/09 – befassten sich die Mitglieder des Förderkreises Günter Benser, Kurt Metschies und Sylvia Gräfe eingehend mit diesem 52-seitigen Gesetzentwurf (einschließlich seiner Begründung). Im Ergebnis erfolgte eine kritische Positionierung des Förderkreises. Da das Gesetz bereits am 19.November 2020 vom Deutschen Bundestag angenommen wurde, fand die Stellungnahme des Förderkreises keine Berücksichtigung.

Unsere Vereinsmitglieder Günter Benser und Klaus Höpcke sind als stellvertretende Mitglieder des Kuratoriums der SAPMO aus Altersgründen zurückgetreten. Entsprechend ihrem Vorschlag wurden vom Bundesvorstand der Partei DIE LINKE unser Vereinsvorsitzender Holger Czitrich-Stahl und als Einbringerin Claudia Gohde, Leiterin der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE als deren Nachfolger benannt. Die Versammlung dankte ausdrücklich Günter Benser für seine unermüdliche Mitarbeit im Kuratorium der SAPMO und sein Engagement für die Interessen der Einbringer. Günter Benser dankte ausdrücklich auch Sylvia Gräfe, Gerlinde Grahn und Kurt Metschies für die fruchtbare Zusammenarbeit bei der kritischen Bewertung einzelner Positionen des Gesetzentwurfs und deren Begründung.

Dagmar Goldbeck berichtete, dass inzwischen 220 Exemplare der Mitteilungen des Förderkreises vertrieben werden. Ihrem Wunsch, mit dem Vertrieb in Zukunft Keith Grünewald zu beauftragen, wurde von den Mitgliedern einstimmig zugestimmt. Keith Grunewald hatte seine Bereitschaft im Vorhinein erklärt.

Weitere Wortmeldungen bezogen sich auf den Internetauftritt der Mitteilungen, die Beziehungen und Kontakte zu den Zeitschriften „Arbeit-Bewegung-Geschichte" und „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung". Ein Interesse am Ausbau der Beziehungen und der Netzwerkbildung wurde deutlich.

Dr. Harald Wachowitz vom Berlin-Brandenburger Bildungswerk e. V. stellte das „Zeitgeschichtliche Archiv" (ZGA) vor, das aktuell auf 700 qm in Berlin-Marzahn existiert, dessen Zukunft aber bisher ungeklärt ist. Der Geschäftsführer des Berlin-Brandenburger Bildungswerks e. V. stellte in seinem Vortrag Inhalt, Umfang, Findmittel der einzelnen Bestände des Zeitgeschichtlichen Archivs

(ZGA) in Berlin-Marzahn vor. Zugleich informierte er über die verschiedenen Auswertungsmöglichkeiten der im ZGA vereinten Presseausschnittsarchive verschiedener Provenienz. Dr. Wachowitz dankte Kurt Metschies und Prof. Benser für ihre große Unterstützung bei der Herstellung von Expertise und vielfältigen Kontakten, um das Archiv in seiner Gesamtheit zu erhalten.

In einer offenen Abstimmung wurden die Berichte einstimmig angenommen.

Zu 4.1
Es wurden in offener Abstimmung jeweils einstimmig gewählt:
Vorstand des Förderkreises
Vorsitzender:
Dr. Holger Czitrich-Stahl
Stellvertretende Vorsitzende:
Dr. Elke Reuter
Kassenwart:
Elisabeth Ittershagen
Schriftführer:
Uwe Michel
Beisitzer/innen:
Dr. Alexander Amberger
Dr. Stefan Heinz
Dr. Rainer Holze
Ottokar Luban
Julia Pietsch (gleichzeitig stellv. Schriftführerin)
Julia Pietsch und Dr. Alexander Amberger wurden in Abwesenheit gewählt. Ihre schriftliche Zustimmung zur Wahl lag der Versammlungsleitung vor.

Zu 4.2
Zu Kassenprüferinnen wurden gewählt:
Dagmar Goldbeck
Bärbel Kontny

Bestätigt wurden durch die Versammlung als Berater des Vorstandes: Prof. Dr. Günter Benser (neu), Kurt Metschies, Sigrid Kleinschmidt und Sylvia Gräfe (neu). Des Weiteren wurden bestätigt: Sylvia Gräfe für die Betreuung des Archivs des Förderkreises, Ingo Müller für die Pflege der Webseite und Keith Grünewald für die Versendung der Mitteilungshefte.

Zu 5.
Die allgemeine Einschätzung, dass die „Mitteilungen“ äußerlich besser gewor-

den sind, wird geteilt: Sie sind nun auch vom optischen Erscheinungsbild her eine Zeitschrift geworden. Einige Mitglieder des Beirats plädieren für inhaltliche Schwerpunktthemen. Spezifikum: Vorgänge zur Erinnerungskultur, Potenzial zur Vernetzung in der Geschichtskultur, Kanon zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Eine engere Vorabstimmung zwischen Redaktion und Wissenschaftlichem Beirat ist ratsam.

„Kerngeschäft" bleiben Berichte und Informationen über Archive und Bibliotheken sowie die internationale Arbeiterbewegung und ihre Überlieferungen.

Kritisiert wurde, dass der Wissenschaftliche Beirat sich nicht konstituiert hat, sondern nur berufen worden sei. Bisher habe (auch coronabedingt) kein Treffen stattgefunden.

Zu 6.
Der Vorsitzende und seine Stellvertreterin dankten herzlich Dagmar Goldbeck, Günter Benser, Sylvia Gräfe und Dr. Eckhard Müller für ihre kontinuierliche und fruchtbringende Arbeit in ihren bisherigen Funktionen für den Förderkreis und wünschten ihnen alles Gute und vor allem Gesundheit für die kommende Zeit.

Der Vorsitzende rief dazu auf, angesichts der Corona-Pandemie die Zeit bis zur Rückkehr normaler Verhältnisse für eine Stabilisierung der Qualität der „Mitteilungen" und für die Vorbereitung öffentlicher Veranstaltungen zu nutzen, damit neue Mitglieder und für den Förderkreis Interessierte gewonnen werden können. Der Vorsitzende schloss die Sitzung.

Dr. Holger Czitrich-Stahl
gez. Uwe Michel
Vorsitzender
Schriftführer

In Hochachtung und Trauer gedenken wir unseres im Januar 2022 verstorbenen Mitglieds Prof. Dr. sc. Ingo Materna.

Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2021

Das Geschäftsjahr 2021 wurde abermals deutlich von den Folgen der Corona-Pandemie geprägt. Eigentlich sollte 2021 das 30-jährige Gründungsjubiläum des Förderkreises öffentlichkeitswirksamer gewürdigt werden. Erhoffte Veranstaltungen des Förderkreises konnten jedoch wegen der Beschränkungen für öffentliche Veranstaltungen während der Pandemie nicht realisiert werden. Trotzdem konnte der Förderkreis erneut auf eine erfolgreiche Tätigkeit zurückschauen. Die „Mitteilungen" haben ihren hohen Qualitätsstandard behauptet. Die Arbeit des Vereins konzentrierte sich auch 2021 vorwiegend auf die wissenschaftliche und kulturelle Arbeit im Rahmen der Publizistik und auf die kritische Begleitung der Debatten um die Zukunft der BStU-Unterlagen und der SAPMO.

1. Öffentlichkeitsarbeit

1.1 Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung (MFK)

Im März und September erschienen die Hefte 59 und 60 der „Mitteilungen" unter der redaktionellen Federführung von Elke Reuter und Alexander Amberger. Unterstützt wurde die Redaktion von Jochen Gester (Satz/Layout) und Rainer Knirsch (Korrektur) vom Verlag DIE BUCHMACHEREI. Frau Adrian Piper lieferte die neue Umschlaggestaltung für die „Mitteilungen". Unsere Zeitschrift leistete im letzten Jahr weitere Beiträge zu den Debatten anlässlich des 150. Geburtstages von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, zur internationalen Arbeiterbewegung, zu den NS-Kriegsverbrechen, zur Geschichte der DDR und zur Nachkriegsgeschichte in Deutschland. Dazu trugen nicht zuletzt die dokumentierten Quellen, Dokumente und Forschungsberichte (Eckhard Müller, Erwin Lewin, Siegfried Prokop, Heide Janicki, Max van Beveren, Inge Pardon, Riccardo Altieri und Robert Schmieder) bei, zusätzlich auch Diskussionsbeiträge, Besprechungen und Berichte.

Fortgesetzt wurde das Vorstellen von Archiven, Bibliotheken und Erinnerungsstätten, die sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und der DDR beschäftigen. Die Bandbreite der präsentierten Einrichtungen hat sich erneut erweitert. So wurden z. B. im Heft 60 die Peter-Sodann-Bibliothek sowie das Haus der Alltagsgeschichte der DDR in Wittenberg vorgestellt, in Heft 59 u. a. die Überlieferung der Arolsen-Archives und das Robert-Havemann-Archiv der DDR-Opposition.

Anlässlich des 30. Gründungsjubiläums des Förderkreises am 6. März 2021 veröffentlichten wir ein aufschlussreiches und erinnerungswürdiges Interview (Czitrich-Stahl/Holze) mit Dr. Inge Pardon als einer für die Vereinsgründung trei-

benden Kraft über die Vor- und Gründungsgeschichte des Förderkreises. Der 90. Geburtstag unseres langjährigen Vorsitzenden Prof. Dr. Günter Benser gehörte ebenso zu den zu feiernden Anlässen des Jahres 2021 und wurde mit Laudatien in den „Mitteilungen", der „Jungen Welt" und in den „Beiträgen zur Geschichte der Arbeiterbewegung" gewürdigt.

Unter „Neues aus der Forschung" wurden in den „Mitteilungen" Dissertationsprojekte zu Rosi Wolfstein und Paul Frölich (Heft 60) sowie zu „rechter Traditionspflege" von Kriegsverbrechern in Oberbayern (Heft 59) vorgestellt. Die Rubrik „Aus dem Vereinsleben" führte die 2019 begonnene Interviewreihe zu Fragen der Zeit- und Sozialgeschichte durch ein Interview mit Dr. Inge Pardon fort. Seit Heft 60 firmiert „Interview" als eigenständige Rubrik.

Die „Mitteilungen" haben seit dem Jahr 2020 eine Umgestaltung erfahren und sind so ästhetisch etc. modernisiert worden, ohne aber ihren Charakter einzubüßen. Logo, Einband und Papierqualität wurden angepasst. Durch die Neugestaltung und Neukalkulation und ein neues Layout konnte der Umfang auf ca.100 Seiten erweitert werden, so dass künftig eine höhere Anzahl von Beiträgen und Besprechungen abgedruckt werden kann. Heft 59 erreichte mit 124 Seiten eine neue Rekordstärke, Heft 60 brachte es auf 108 Seiten. Nach drei Ausgaben (Nr. 57-59) bei „WirmachenDruck" in Backnang (Baden-Württemberg) wurde Heft 60 bei „SchaltungsDienst Lange Buchdruck" in Berlin gedruckt. Damit wurde auch der gewünschten Flexibilität bei der Endfertigung durch Ortsnähe Rechnung getragen.

Nach dem Erscheinen der beiden Hefte gab es erfreulicher Weise einige Beitrittsanträge. Die Resonanz auf Heft 59 war so groß, dass wir erneut Kontingente nachdrucken lassen konnten. Die Auflage erreichte somit mindestens 225 Stück. Heft 60 erschien ebenfalls in 225er-Auflage. Es zeichnet sich weiterhin positiv ab, dass neue und jüngere Autorinnen und Autoren gewonnen werden können und dass die Verbreitung der „Mitteilungen" in weitere Regionen zunimmt. Wenn erneut einige Besprechungen in Zeitungen und in der Fachpresse (BzG, hier auch ein Inhaltsverzeichnis) erschienen, hat sich der Kreis der uns wahrnehmenden Presseorgane leider immer noch nicht nennenswert erhöht und konnten trotz aller Bemühungen noch zu wenig neue und jüngere Autorinnen/Autoren bzw. Rezensentinnen/Rezensenten gewonnen werden. Zumindest zeichnet sich ab, dass die Verbreitung der „Mitteilungen" in weiteren Regionen der Bundesrepublik zunimmt.

Der am 4. Mai 2019 ernannte und – auch pandemiebedingt – sich bislang nicht konstituierende „Wissenschaftliche Beirat" unterstützte uns in erster Linie bei der Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der „Mitteilungen" vornehmlich durch die Gutachtertätigkeit von Kurt Metschies, die Statements von Gerhard Engel und Jörg Wollenberg auf der Jahres- und Wahlversammlung am 18.

September 2020 sowie die elektronischen Stellungsnahmen von Axel Weipert, Marga Voigt, Gisela Notz und Peter Brandt. Unter anderem wurde hervorgehoben, dass das Augenmerk auf Archive, Bibliotheken und Erinnerungsstätten unser „Markenkern" bleiben solle.

Neue Autorinnen und Autoren (Thaisa Cäsar, Heide Janicki, Robert Schmieder, Robert von Olberg) konnten auf Hinweis von Dr. Ursula Bitzegeio, Dr. Gisela Notz, Thilo Scholle und Dr. Axel Weipert gewonnen werden.

Der Vorstand bedankt sich bei allen Mitgliedern des Vereins und des „Wissenschaftlichen Beirats", die zum Erfolg unserer Arbeit beigetragen haben.

1.2 Veranstaltungen/Vorträge

Als einzige öffentliche Veranstaltung konnten wir am 18. September 2021 den öffentlichen Vortrag vor unserer Jahresversammlung anbieten und durchführen. Prof. Dr. Gerd Dietrich referierte über sein dreibändiges Werk „Kulturgeschichte der DDR", das eine durchweg positive Resonanz in der Fachwelt erfuhr und von der Bundeszentrale für politische Bildung als Lizenzausgabe angeboten wird. Dem Vortrag unseres Gastes wohnten mehr als 20 Personen bei und führten ein angeregtes Gespräch mit Prof. Dr. Gerd Dietrich. Sein Vortrag wird in gekürzter Form in Heft 61 (März 2022) abgedruckt.

Das angedachte Ehrensymposium „Sozialistische Arbeiterbewegung und antifaschistischer Kampf" für Reiner Zilkenat konnte noch nicht weiter verfolgt werden, die Durchführung ist aber endgültig für 2022 vorgesehen.

1.3 Webseite

Seit dem Jahreswechsel 2020/21 betreut Ingo Müller unsere neugestaltete Homepage. Die notwendigen Aktualisierungen wurden von ihm zeitnah vorgenommen. Die Erweiterung durch die Aufnahme von umfangreichen Textbeiträgen, die nicht für unsere Mitteilungen verfasst wurden oder außerhalb unserer Vortragsreihe entstanden sind, wurde fortgesetzt. Somit konnte Autorinnen und Autoren ein weiteres Publikationsangebot gemacht werden. Die Präsentation unserer „Mitteilungen" auf der Homepage konnte attraktiver gestaltet werden, das Angebot wurde durch die Anlegung eines Dokumentenregisters erweitert.

Im Geschäftsjahr 2021 konnten auch die Einträge des Förderkreises und der Mitteilungen bei Wikipedia zeitnah aktualisiert werden.

2. Zusammenarbeit mit der SAPMO-BArch und Interessenvertretung der Mitglieder

Die gemeinsame Vortragsreihe mit der SAPMO-BArch und der Johannes-Sassen-

bach-Gesellschaft konnte auch 2021 noch nicht wieder aufgenommen werden.

Die Arbeit des Kuratoriums der SAPMO unterlag auch 2021 den Bedingungen der Coronapandemie. Nach dem Beschluss des Deutschen Bundestages zur Überführung der BstU-Unterlagen in das Bundesarchiv vom 19.11.2020 diskutierte der Vorstand des Förderkreises auf jeder Präsenzsitzung und auf seiner 29./30. Jahresversammlung am 18. September 2021 über die Auswirkungen des „Gesetzes zur Änderung des Bundesarchivgesetzes, des BStU-Unterlagen-Gesetzes und zur Einrichtung einer oder eines SED-Opferbeauftragten". Die uns in der von der Bundesbeauftragen für Kultur und Medien einberufenen Besprechung vom 09.01.2020 gegebene Zusicherung, die Konstruktion eines sog. „Archivzentrums SED-Diktatur" auf dem Areal in Berlin-Lichtenberg sei aufgegeben worden, erhielt durch den Koalitionsvertrag der Bundesregierung („Ampelkoalition") einen herben Rückschlag.

Die Bundesregierung aus SPD, Bündnis 90/Grüne und FDP hält unvermindert an der Errichtung des o. g. Projektes fest. Gleichzeitig mussten wir feststellen, dass im Parteivorstand und in der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE die Sensibilität für die Anliegen der Einbringer aus der ehemaligen DDR zunehmend schwindet. Ob die Erwartung des Präsidenten des Bundesarchivs, die Planungshoheit über das Areal in Lichtenberg und somit für ein sog. „Archivzentrum" zu erlangen, durch die beauftragte Machbarkeitsstudie unterstützt oder enttäuscht werden wird, hängt sicher nicht zuletzt auch vom politischen Handeln der Bundesregierung und vom Deutschen Bundestag als Haushaltssouverän und als Gesetzgeber ab. Der Förderkreis jedenfalls wird weiterhin die aktuellen Entwicklungen aufmerksam verfolgen und bewerten sowie im Interesse der von ihm vertretenen Einbringer möglichst im Verein mit anderen Betroffenenvertretungen tätig werden, z. B. mit der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft u. a.

Der Vorstand des Förderkreises hat sich auf jeder seiner Sitzungen mit dem Sachstand und dessen Implikationen befasst, wobei er sich stets auf die Kompetenz von Kurt Metschies stützen konnte. Wir werden den Fortgang des Geschehens auch weiterhin kritisch begleiten. Nach dreißigjähriger Mitgliedschaft im Kuratorium der SAPMO haben Günter Benser und Klaus Höpcke aus Altersgründen ihre Funktionen zur Verfügung gestellt. Entsprechend ihrem Vorschlag wurden vom Bundesvorstand der Partei DIE LINKE unser Vereinsvorsitzender Holger Czitrich-Stahl und Claudia Gohde (Leiterin der Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE) als deren Nachfolger benannt.

3. Beziehungen zu anderen Vereinigungen

3.1 Berlin-Brandenburgisches Bildungswerk/Zeitgeschichtliches Archiv (ZGA)

Leider hat das Berlin-Brandenburgische Bildungswerk 2020 seine Arbeit ein-

gestellt. Im Zuge des bevorstehenden Auszugs des Zeitgeschichtlichen Archivs aus den bisher genutzten Räumlichkeiten in Berlin-Marzahn unterstützten insbesondere Günter Benser und Kurt Metschies die Kolleginnen und Kollegen des ZGA bei dem Versuch, die archivierten Bestände sachangemessen und möglichst Kontingent ungeteilt unterzubringen bzw. Interesse dafür zu wecken. Harald Wachowitz, Geschäftsführer des Berlin-Brandenburgischen Bildungswerkes, informierte den Förderkreis darüber auf der Jahresversammlung am 18. September 2021. Er stellte in seinem Vortrag das einen Umfang von 700 qm umfassende „Zeitgeschichtliche Archiv"– dessen Zukunft noch ungewiss ist – vor und vermittelte ein sehr anschauliches Bild über dessen Inhalt und Umfang sowie deren Findmittel in den einzelnen Beständen. Zugleich informierte er über die verschiedenen Auswertungsmöglichkeiten der im ZGA vereinten Presseausschnittsarchive verschiedener Provenienz. Dr. Wachowitz dankte Kurt Metschies und Prof. Benser für ihre große Unterstützung bei der Herstellung von Expertise und vielfältigen Kontakten, um das Archiv in seiner Gesamtheit zu erhalten. Außer den beiden Genannten engagierten sich noch Sylvia Gräfe, Elisabeth Ittershagen und Birgid Leske für diese Aufgabe.

3.2 ITH

Die 56. ITH-Konferenz mit dem Leitthema „Kapital, Migration und die Linke" sollte in Linz/Oberösterreich vom 24.-26. September 2020 stattfinden, wurde aber aus o. g. Gründen auf 2021 verschoben. Sie fand nun vom 23.-25. September am vorgesehenen Ort statt. Für den Förderkreis nahm sein Vorsitzender Dr. Holger Czitrich-Stahl an der 56. ITH teil. Der Bericht über die Konferenz wird in Heft 61 erscheinen, ist aber schon auf der ITH-Webseite zu lesen: https://www.ith.or.at/wp-content/uploads/2021/12/Konferenzbericht_2-1.pdf.

Mit dem Sekretariat der ITH wurde vereinbart, wichtige Informationen wie Einladungen zu Konferenzen etc. regelmäßig in den „Mitteilungen" zu veröffentlichen.

3.3 IALHI

Im Heft 59 unserer „Mitteilungen" wurde eine Veröffentlichung zu „50 Jahre IALHI" der Friedrich-Ebert-Stiftung vorgestellt. Der Kontakt zur IALHI und der Informationsaustausch haben allerdings durch die Corona-Pandemie gelitten und müssen künftig wieder verstärkt werden.

3.4 Andere Vereinigungen und Publikationen

Durch die Folgen der Corona-Pandemie konnten die Kontakte zu und Kooperationen mit anderen Vereinigungen auch 2021 nicht so zum Tragen kommen wie gewünscht. Es bestehen Arbeitskontakte zum August Bebel Institut,

zur Friedrich-Ebert-Stiftung, zur Hellen Panke e. V., zum Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, zur Rosa-Luxemburg-Stiftung im Bund und in Sachsen, zur Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, zum Koordinationskreis Unvollendete Revolution 1918 und zur Paul-Löbe-Stiftung bzw. Hugo-Preuss-Stiftung, außerdem zum Zeitgeschichtlichen Archiv. Verlagskontakte besitzen wir besonders zur Edition Bodoni, zum Trafo-Verlag und zum Verlag Die Buchmacherei. Förderlich sind auch die Redaktionstätigkeiten von Holger Czitrich-Stahl (Redaktionsmitglied von „Arbeit-Bewegung-Geschichte“) und Rainer Holze (Mitherausgeber und Redakteur der BzG, regelmäßige Arbeitskontakte zur „Z“).

Noch Ende des Jahres 2021 erschien unter der Herausgeberschaft von Yves Müller der Gedenkband an unseren 2020 verstorbenen langjährigen Vorsitzenden Dr. Reiner Zilkenat mit dem Titel „Reiner Zilkenat – Historiker, Aufklärer, Didaktiker“ in der Edition Bodoni. Der Förderkreis hat sich durch einen Druckkostenzuschuss und durch Weitergabe von wichtigen Informationen und Texten beteiligt. Es ist eine vornehme Aufgabe des Förderkreises, durch Werbung für dieses Buch seinem ehemaligen Vorsitzenden eine ehrende Erinnerung zu bewahren.

4. Vereinsangelegenheiten

2020 mussten wir wieder Abschied nehmen. Es verstarb in Hannover unser Mitglied Christian Grages.

Am 21. Januar 2021 erfuhren wir aus der Presse, dass unser Vereinsmitglied Prof. Adrian Piper wegen ihrer künstlerischen Aktivitäten und ihrer antirassistischen und demokratischen, in ihrer Kunst zum Ausdruck kommenden Haltung mit dem Kaiserring der Stadt Goslar ausgezeichnet wurde. Wir gratulierten ihr seitens des Vorstandes und veröffentlichten diese Nachricht in den Mitteilungen, Heft 59.

Die klassischen Vorstandssitzungen wurden am 08. September 2021 (RuDi) und am 08. November 2021 (Vereinszimmer BArch) durchgeführt. Die zwischenzeitliche und nachfolgende Koordination der Vorstandsarbeit erfolgte schriftlich, postalisch und fernmündlich mit Rücksicht auf die Corona-Bestimmungen. Wie in den vergangenen Jahren, so wurde auch im Berichtszeitraum auf den Sitzungen und in der Vorstandskorrespondenz den „Mitteilungen“ und den anderen Vorhaben und Publikationen des Förderkreises große Aufmerksamkeit gewidmet. Dagmar Goldbeck verantwortete wie bisher den Vertrieb der „Mitteilungen“ und wird künftig Keith Grünewald einarbeiten, Sylvia Gräfe betreute das Vereinsarchiv und das Findbuch und nahm am Gespräch mit dem Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS) teil, Elisabeth Ittershagen legte die Finanz- und Mitgliederentwicklung dar. Rainer Holze unterstützte u. a. die Redaktion bei der Gewinnung

von Themen, Autoren und Rezensenten für die „Mitteilungen“ und bei der Vernetzung mit anderen Multiplikatoren, außerdem durch eigene Besprechungen der Zeitschrift. Ingo Müller betreute die Webseite des Fördervereins, Jochen Gester und Rainer Knirsch unterstützten die Redaktion bei Korrektur, Layout und Satz und knüpften den Kontakt zur neuen Druckerei.

Eine Würdigung des 30-jährigen Gründungsjubiläums des Förderkreises konnte unter den Pandemiebedingungen nur im publizistischen Rahmen erfolgen (durch ein Interview in unseren „Mitteilungen“ sowie durch einen Beitrag in „Arbeit-Bewegung-Geschichte“).

Auf jeder Sitzung und in seinem Schriftverkehr thematisierte der Vorstand weiterhin die aktuellen Entwicklungen zur Zukunft der SAPMO-BArch und das entsprechende Vorgehen zur Vertretung der diesbezüglichen Vereinsanliegen.

5. Vereinsarchiv

Das von Sylvia Gräfe geordnete und verzeichnete Vereinsarchiv wurde im Jahr 2021 aktualisiert. Gleiches gilt für das Findbuch. Am 25. Januar 2021 wandte sich der Vorstand des Förderkreises schriftlich an das Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS) bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit einem Vertragsentwurf (verantw. Sylvia Gräfe), um die Eingliederung des Vereinsarchivs vertraglich zu regeln. Am 04. Oktober 2021 kam es zu einem Gespräch zwischen der Leiterin des ADS, Frau Dr. Bärbel Förster, und dem Förderkreis, vertreten durch Sylvia Gräfe und Holger Czitrich-Stahl. Auf der Vorstandssitzung am 08.11. wurde der vom ADS bei dieser Gelegenheit eingereichte überarbeitete Vertragsentwurf in einigen Punkten kritisch bewertet und noch einmal zur Diskussion im Vorstand unter Hinzuziehung der Vorstandsberaterin Sylvia Gräfe und des Vorstandsberaters Kurt Metschies freigegeben. Im Frühjahr 2022 spätestens wird die neuerliche Überarbeitung an das ADS weitergeleitet werden. Der Dank für die unermüdliche Bewertung und Überarbeitung von Archiv- und Vertragsunterlagen gilt besonders Sylvia Gräfe und Kurt Metschies. Unterstützt wurden sie dabei insbesondere von Dagmar Goldbeck, Elisabeth Ittershagen und Günter Benser.

Prof. Dr. Jörg Wollenberg wurde 85

Am 30. Januar 2022 beging das Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates unserer „Mitteilungen“ Jörg Wollenberg seinen 85. Geburtstag. Nachdem er vor mehr als einem Jahrzehnt Mitglied unseres Förderkreises wurde, entwickelte sich mit ihm sofort eine kontinuierliche und konstruktive Zusammenarbeit. Genannt seien hier vor allem sein Aufsatz „Zum Scheitern der Nachkriegspolitik der demokratischen Sozialisten nach 1945“ in unserem „1945er-Band“, sein Rezensionsessay in der „Z“ zur Festschrift zum 80. Geburtstag für Günter Benser sowie seine beiden gewichtigen Bände „Krieg der Erinnerungen – von Ahrensbök über New York nach Auschwitz zurück. Eine Spurensuche“ bzw. „Die andere Erinnerung. Spurensuche eines widerständigen Grenzgängers“. W. gehört auch zu den Autoren unseres Fachorgans und zu den Vortragenden der von unseren Verein organisierten Veranstaltungen.

Geboren in Ahrensbök nahe Lübeck studierte W. Geschichte, Germanistik, politische Wissenschaften und Philosophie an den Universitäten Hamburg und Göttingen und war Stipendiat am Pariser „Institut des Sciences Politiques“. Es folgten das Staatsexamen für das Höhere Lehramt und 1975 die Promotion zum Dr. phil. Bereits seit seinem Studium pflegte er enge Verbindungen zu verschiedenen Einrichtungen der Erwachsenenbildung, oft im gewerkschaftlichen Rahmen. Von 1971 bis 1978 leitete W. die Volkshochschule Bielefeld. Bis zu seinem Ruhestand 2002 war er dann an der Universität Professor für Weiterbildung (mit dem Schwerpunkt politische Bildung). Dieser Lehrstuhl für Weiterbildung war dort neu geschaffen worden. Für den Zeitraum 1985 bis 1992 ließ sich Wollenberg beurlauben, um als Leiter des staatlichen Bildungszentrums in Nürnberg zu wirken. Für ihn war die Bildung für die Arbeiter sehr wichtig. Sie sollten befähigt werden, die Ursachen der Niederlagen der Arbeiterorganisationen zu erkennen und aus ihnen zu lernen. Als ein herausragendes Beispiel in diesem Kontext seien hier die von ihm in Kooperation mit der IG Metall vorbereiteten und durchgeführten „Rosa-Luxemburg-Seminare“ hervorgehoben, in denen eine konstruktive Zusammenarbeit mit Annelies Laschitza entstand. W. initiierte auch die Gründung von Geschichtswerkstätten, betriebsgeschichtliche Arbeitsstudien sowie ein recht umfangreiches Oral History-Projekt mit Veteranen der Arbeiterbewegung in Bremen. Dort betreute er auch viele Jahre die Peter-Weiss-Lesegruppe „Ästhetik des Widerstandes“. Ein besonderes Anliegen war und ist ihm immer die von ihm mitbegründete KZ-Gedenkstätte in seinem Geburtsort Ahrensbök. Gastprofessuren übte er in Paris, Cagliari und New York aus. In seinem reichen Forscherleben kann der Protagonist zahlreiche Veröffentlichungen vorweisen, vornehmlich zur Arbeiterbewegungsgeschichte (hier vor allem zu den Grenzgängern und Zwischengruppen, zum Widerstand gegen den deutschen Faschismus,

zur Arbeiterbildung und -kultur), zu den NS-Verbrechen und zur Volkschulproblematik. Sehr treffend würdigt Dr. Dr. Karl-Heinz Roth, ein langjähriger enger Bremer Mitstreiter, in seiner Laudatio – sie wird in der BzG 1/2002 erscheinen – den Erwachsenenbildner, Hochschullehrer, Historiker, Autor und Netzwerker wie folgt: „Wollenberg wurde zum Brückenbauer. Er reüssierte als ‚Marxist mit gutbürgerlichem Habitus'. Er positionierte sich in der akademischen Welt und in der Arbeiterbewegung gleichermaßen als Außenseiter – von Vielen bewundert, von seinen saturierten Zeitgenossen und Gegenspielern gehasst und gefürchtet."

Rainer Holze

Veranstaltung

Donnerstag, d. 12. Mai 2022 im Kiezladen Zusammenhalt,
Dunckerstraße 14, 10437 Berlin ab 19 Uhr.

„Fallschirmseide" μετάξυ αλεξιπτώτων – Deborah Jeromin (Leipzig) stellt das gleichnamige Buch- und Filmprojekt vor.

Deborah Jeromin erzählt die Geschichte der Fallschirmseide – von der NS-Seidenraupenzucht in Gartenvereinen über die Luftlandeschlacht auf Kreta bis hin zur dortigen Wiederverwendung der Fallschirme als Taschentücher und Kleider. Ende der 1930er-Jahre wurde in einem Leipziger Kleingartenverein Maulbeeren angepflanzt, um Seidenraupen für die Produktion von Fallschirmen zu züchten, da Maulbeerblätter das einzige Futter der Seidenraupen sind.
Vom „Reichsluftfahrtministerium" finanziert und propagiert, wurde die Seidenraupenzucht eingeführt um autark von Seiden-Importen zu werden. Die „deutsche" Zucht wurde jedoch nie so effektiv, dass annähernd genügend Seide produziert werden konnte. Am 20. Mai 1941 begann der Überfall der deutschen Wehrmacht auf Kreta. Der Einsatz von ca. 10.000 Fallschirmjägern war der Anfang der deutschen Terrorherrschaft auf der Insel. Bis Ende 1944 folgten Massen-Exekutionen und das Niederbrennen von vielen Dörfern.
Eine gemeinsame Veranstaltung des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V. und des Kiezladens „Zusammenhalt".

Deborah Jeromin: Fallschirmseide.
Spector Books, Hrsg: Anne König, Übersetzung: Alex Dimitriou (Deutsch/Griech.).
ISBN 978-3-95905-395-2. Preis: 20,00 Euro
(Der Eintritt ist frei. Es gelten die aktuellen Corona-Schutzbestimmungen.)

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

Stephan Krüger: Weltmarkt und Weltwirtschaft. Internationale Arbeitsteilung, Entwicklung und Unterentwicklung, Hegemonialverhältnisse und zukünftiger Epochenwechsel. Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse, Band 6, VSA: Verlag, 2021, 608 S.

Vom Nationalkapital zum Weltmarkt.

Stephan Krüger thematisiert die „wesentlichen Eckpunkte einer Wirtschafts- und Sozialgeschichte der entwickelten kapitalistischen Produktionsweise unter den Blickpunkten von Weltmarkt, Weltwirtschaft und Weltpolitik" (S. 15). Die Erklärungsmuster historisch-konkreter Produktionsweisen liefern komplexe Interaktionen zwischen (1.) den vorherrschenden Rationalisierungsparadigmen in den zentralen industriellen Wirtschaftssektoren, (2.) den Arbeits- und Betriebsweisen (Große Industrie, Fordismus, Postfordismus, netzwerkbasierte Produktivkraftentwicklung), die sich in historisch-konkreten Produktions-, Zirkulations- und Distributionsprozessen sowie politischen Regulierungen zeigen, und (3.) den transnationalen Rahmenbedingungen und internationalen Akkumulationsregimen (S. 15).

Aus meiner Sicht entfaltet Stephan Krüger seine Argumentation in drei Teilen. Im ersten Teil, in den Kapiteln eins bis acht, befasst er sich mit der „Periodisierung der kapitalistischen Produktionsweise" und den „Gesetzmäßigkeiten des internationalen Handels- und Kapitalverkehrs". Von zentraler Bedeutung sind die „strukturelle Überakkumulation von Kapital als Resultat der beschleunigten Kapitalakkumulation" (S. 58 ff.) und ein in hohem Maße durch die Finanzialisierung angetriebener Kapitalismus. Dies äußert sich in einer Verlagerung anlagefähiger Gelder von der industriellen in die Sphäre des fiktiven Kapitals („Regime des Finanzmarktkapitalismus").

Krüger beginnt seine Analyse der internationalen Waren-, Dienstleistungs- und Kapital- und Finanzströme (S. 80) mit der Feststellung von Marx, „dass die Tendenz den Weltmarkt zu schaffen, … unmittelbar im Begriff des Kapitals gegeben (ist)" (Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW, Band. 42, S. 321). Er fährt fort: „Die Entwicklung des Weltmarkts vollzieht sich sowohl als Entwicklung der Nationalkapitale und ihrer Beziehung aufeinander als auch als Weltwirtschaft insgesamt (und somit als) historisch totalisierende Totalität" (S. 83 f.). In diesem Zusammenhang hätte die Studie von einer Einbeziehung und Diskussion der bundesdeutschen Weltmarktdebatte der 1970er-Jahre und den dabei entstandenen Ansätzen profitiert, insbesondere dem Beitrag von Claudia von Braunmühl (siehe dazu Oliver Nachtwey/Tobias ten Brink: Lost in Transition: the German World-Market Debate in the 1970s; Historical Materialism 16(1); March 2008, P. 37-70). Krüger beschränkt sich an dieser Stelle jedoch auf die „Modifikation des Wertgesetzes in seiner internationalen Anwendung" (S. 104 ff.).

Marx zufolge setzen die „Wertsteigerung und Entwertung, Freisetzung und Bindung von Kapital … die Konkurrenz auf dem Weltmarkt voraus, der die Basis … der

kapitalistischen Produktionsweise“ bildet (Karl Marx, Das Kapital Band III, MEW Band 25, S. 120). Mit dem Weltmarkt ist „die Produktion als Totalität gesetzt … und ebenso jedes ihrer Momente, worin aber zugleich alle Widersprüche zum Prozess kommen. Der Weltmarkt bildet dann wieder ebenso die Voraussetzung des Ganzen und seinen Träger.“ (Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW Band 42, S. 154). Nationalkapitale und der Weltmarkt sind daher eine zusammengehörende Einheit. Sie bedingen einander, ohne auseinander ableitbar zu sein. Das gleiche gilt für Nationalstaaten und das internationale Staatensystem.

Die Politik der Nationalstaaten sowie die Aktivitäten internationaler Organisationen wie beispielsweise G7, G20, IWF und Weltbank sind in den Weltmarkt eingebettet, und ebenso beeinflusst der Weltmarkt regionale, nationale und internationale politische Institutionen und umgekehrt. Von all diesen Zusammenhängen abstrahiert Stephan Krüger jedoch. Anders ausgedrückt: Unterbelichtet bleiben bei Krüger die gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen Politik und Ökonomie innerhalb eines kapitalistischen Nationalstaats, zwischen einzelnen kapitalistischen Nationalstaaten sowie des internationalen Staatensystems und der Weltwirtschaft bzw. werden nur in einzelnen Textpassagen kurz erwähnt. Die Studie wirkt daher an einigen Stellen allzu ökonomistisch.

Im zweiten Teil (in den Kapiteln neun bis 16) unternimmt Stefan Krüger auf Basis seiner theoretischen Fundierung eine Einordnung des vorliegenden empirisch-statistischen Materials. Dabei behandelt er die historische Herausbildung der Dominanzpositionen von Großbritannien im 19. und den USA in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die Entstehung neuer kapitalistischer Metropolen, die Entwicklung der BRICS-Staaten – mit einer herausragenden Rolle der VR China – und analysiert darüber hinaus auch die „Ausdifferenzierung des Südens“.

Die Ausführungen von Krüger zur „imperialistischen Aufteilung der Welt und den daraus resultierenden internationalen Konflikten“ (S. 280 ff.) hätten durchaus Anlass zur Einbeziehung von Erkenntnissen der Imperialismusforschung geboten und zusätzliche Einblicke ermöglicht. Eine gute Basis dafür bietet etwa die Arbeit von Tobias ten Brink: Geopolitik. Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz, Münster 2008. Für ten Brink zeichnet sich der Imperialismus und die damit verbundenen Herrschaftsverhältnisse aus durch eine strukturelle Verflechtung von geopolitisch-militärischer, geoökonomischer und ideologischer Konkurrenz.

Im dritten Teil (Kapitel 17, S. 527 ff.) schließlich erläutert Stefan Krüger „Perspektiven für ein alternatives zukünftiges Weltmarktregime“. Dazu zählen neben der Bekämpfung des Klimawandels, die „Verhinderung von neuem Protektionismus und Handelskriegen“ (S. 538 ff.), die „stärkere Regionalisierung des Welthandels“ (S. 543 ff.) und eine „stärkere Binnenorientierung der entwickelten Volkswirtschaften“, eine zielorientierte Technologie-, Infrastruktur- und Industriepolitik sowie die „internationale Kontrolle und Steuerung des Kapitalverkehrs“ (S. 550 ff.) Dabei stützt sich Krüger auch auf Ideen wie sie Keynes bereits

in den 1940er-Jahren formulierte (John Maynard Keynes: Proposals for an International Clearing Union, in: Herbert G. Grubel (Hrsg.), World Monetary Reform, Plans and Issues, Stanford 1963).

Zusammengefasst hat Stefan Krüger mit seinem Werk eine detail- und faktenreiche Studie vorgelegt, die vielfältige Möglichkeiten für weitere theoretische Debatten und Analysen des umfangreichen empirischen Materials bietet. Gerade in dem zuletzt genannten Bereich und der Darstellung komplexer Export- und Importverflechtungen sowie deren zeitlich versetzten Wirkungen liegt die Stärke seines Werkes. Nicht zu vergessen sind seine konkreten politische Forderungen und Vorschläge von Maßnahmen und Instrumenten einer internationalen Struktur-, Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Jürgen Wasem-Gutensohn

Yuval Rubovitch: Marxismus, Revisionismus, Zionismus: Eduard Bernstein, Karl Kautsky und die Frage der jüdischen Nationalität. Leipzig: Hentrich & Hentrich 2021, 380 Seiten, Klappenbroschur. 29,90 €, ISBN 978-3-95565-376-7.

Die Sozialdemokratie und das Judentum. Ein gar nicht so junges Thema, zu dem es einen großen Literaturbestand gibt. Aber es ist auch noch lange nicht auserzählt. Eigentlich könnte man denken, dass es seit Friedrich Engels' berühmten Brief „über den Antisemitismus" in der Wiener „Arbeiter-Zeitung" vom 09.05.1890, in dem der eine Altvater des Marxismus entgegen früheren Aussagen deutlich gegen den Antisemitismus und für die Juden spricht, denen wir Deutsche „viel zu viel" zu verdanken hätten, in der Sozialdemokratie keine Probleme mit der „Judenfrage" und dem Antisemitismus geben könne. August Bebel versuchte in ähnlicher Weise auf dem Parteitag 1893 in Köln gegen den Antisemitismus zu argumentieren, den Bebel, in Nutzung einer Aussage eines österreichischen Sozialisten, „den Sozialismus des dummen Kerls" nannte. Aber diese Bemühungen und viele weitere, auch von Eduard Bernstein, reichten nicht aus, um die in Deutschland insbesondere ab dem letzten Quartal des 19. Jahrhunderts virulente antisemitische Haltung gänzlich aus der Sozialdemokratie zu ‚verbannen'. Das war beispielsweise im März 1916 im Reichstag zu erleben. Bekannte Sozialdemokraten (Gustav Bauer, Carl Legien u. a.) schmähten hocherregt und lautstark ihren jüdischen Parteigenossen Hugo Haase, der gegen die Kriegskredite sprach, mit antisemitischen Phrasen. Der populäre antijüdische Reflex war wieder da; ja, er war nie ganz verschwunden. Gar nicht so selten wurden auch vermeintliche Juden, wie Karl Kautsky oder formal ehemalige Juden, wie Eduard Bernstein, antisemitisch angegriffen.

Um diese beiden wichtigsten Theoretiker in der Sozialdemokratie nach Karl Marx und Friedrich Engels geht es in der Arbeit von Yuval Rubovitch: „Marxismus, Revisionismus, Zionismus. Eduard Bernstein, Karl Kautsky und die Frage der jüdischen Nationalität", die aktuell bei Hentrich & Hentrich erschienen ist. Es handelt sich um die überarbeitete Dissertation eines jungen Israeli, der in Jerusalem studiert hatte, in Deutschland einige Jahre als Lehrbeauf-

tragter an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg und der Augustana-Hochschule in Neuendettelsau gearbeitet hat und in Halle promoviert wurde. Rubovitch war schon 2019 mit einer kleinen Biographie über „Eduard Bernstein, Deutscher Sozialdemokrat und ‚Trotz allem Jude'" in den „Jüdischen Miniaturen" und 2020 mit einer Geschichte des jüdischen Sportvereins Bar Kochba Leipzig „Mit Sportgeist gegen die Entrechtung", beide ebenfalls bei Hentrich & Hentrich in Leipzig erschienen, hervorgetreten.

Nach einer der Dissertation zu verdankenden längeren Einleitung, die aber wegen des Gegenstandes des Buches auch für den nur wenig mit dem Thema vertrauten Leser nützlich sein kann, erläutert Rubovitch übersichtlich und gut systematisiert die sozialistischen Denktraditionen zur Nationalitätenfrage unter Nutzung der einschlägigen Literatur bei Marx, Engels, Lassalle, über die SPD vor und nach Gotha 1875 bis zum Austromarxismus. Im Fall der „Judenfrage" geht der Informationsstrang von Charles Fourier über Marx, Engels, Lassalle, den Zionismus des Moses Hess, den Antisemitismus der klassischen deutschen Sozialdemokratie bei Engels, Bebel, Liebknecht und Mehring bis schließlich zur österreichischen Sozialdemokratie. Es folgen sechzig Seiten, auf denen der Leser, leicht verstehbar und geschickt aufgeteilt, weitgehend Bekanntes über das Leben der beiden Protagonisten erfährt. Dabei wird Karl Kautsky sachgerecht dargestellt, bei der Vorstellung der Einsichten Eduard Bernsteins zur ‚sozialistischen Zusammenbruchstheorie' finden sich neben einer klaren Fehlinterpretation der bernsteinschen Darstellung der Krisenentwicklung in den „Voraussetzungen des Sozialismus …" einige kleinere Fehler.

Bernstein und Kautsky kamen sich zunächst sehr nahe, wobei sie sich ihre Marxismus-Kenntnisse, teilweise gemeinsam, autodidaktisch aneigneten, nicht zuletzt über Engels' „Anti-Dühring". Erste politisch-ideologische Differenzen ergaben sich ab Mitte 1896, die Entfremdung begann mit dem Revisionismus 1898 und wuchs, bei Kautsky bis zum Hass, sie wurden zu Gegnern, um endlich, ab und nach 1912, langsam wieder zu Freunden zu werden, die sich ihrer ideologischen Unterschiede allerdings weiterhin vollkommen klar waren. Diese verschwanden hinter vielfältigen anderen Problemlagen (Weltkrieg, Parteispaltung, Revolution, Kriegsschulddebatte, ‚Bolschewismus', Kommunismus und Weimarer Republik) und belasteten die Freundschaft nicht mehr ernsthaft. Die folgenden zentralen Fragen der jüdischen Nationalität und die damit zusammenhängenden Problematiken bei den beiden Protagonisten bilden das Kernthema des Buches. Ein ausführliches Resümee und eine knappe, aber schlüssige Zusammenfassung beenden den Band.

Im Hauptteil untersucht Rubovitch unter Nutzung aller wichtigen Quellen und der entsprechenden wissenschaftlichen Literatur detailliert die Veröffentlichungen und Äußerungen der beiden marxistischen Theoretiker zur „Judenfrage", zum Antisemitismus, zur Nationalitätenfrage und zum Zionismus. Dabei wird deutlich, dass der als Jude geborene Bernstein selbst nicht frei von Vorurteilen oder Urteilen über Juden war, die man heute teilweise unter Antisemitismus einordnen würde. Der junge

Bernstein war schwarz-rot-gold-patriotisch liberal. Nachdem er den Eisenachern beigetreten war und aktiv in der Berliner Parteischaft agitierte, trat der Sozialist Bernstein aus Solidarität zu seinen Mitgenossen, die wie er in der Anti-Stoecker-Aktion tätig und zum Kirchenaustritt aufgefordert worden waren, aus dem Judentum aus. Das bedauerte er im Alter ausdrücklich. Grundsätzlich war Bernstein religiös offen. Er besuchte gelegentlich den christlichen Religionsunterricht und evangelische Gottesdienste, kannte die Bibel und wurde reform-jüdisch konfirmiert. Dabei hat er auch nach dem offiziellen ‚Ausstieg' sein inneres Judentum nie abgelegt. Den Zionismus lehnte er zunächst ab, ihm schwebte als Lösung des Problems der Juden eine Assimilationspolitik vor, die selbstverständlich nur unter sozialistischen Bedingungen funktionieren könne. Anti- und Philosemitismus waren schon 1893 Thema bei Bernstein und die spezifisch jüdische Haltung bei Eleanor Marx beeindruckte ihn tief. Ab 1902 nutzte er sein Reichstagsmandat, um auf die Unterdrückung von Juden und anderen Minderheiten in Rumänien, in Armenien, in Russland und in Deutschland aufmerksam zu machen. Er fand es unerträglich, dass jüdische Offiziersbewerber in der Regel nicht zu Offizieren aufsteigen konnten. In dieser Zeit gab es auch erste Kontakte zu Zionisten. Spätestens ab 1917 näherte er sich dem sozialistischen Zionismus zunehmend deutlicher an.

Bei Kautsky war die Ausgangslage wesentlich anders. Er wuchs, sozial besser gestellt, tschechisch national und katholisch auf, wobei er sich in Österreich als Schüler und junger Student deutsch-österreichisch akkulturierte und kurz nach dem Beginn seines Studiums Sozialdemokrat wurde. Zwar schien ihm eine wissenschaftliche Laufbahn sinnvoll, aber der Sozialismus und der Sozialphilantroph Höchberg machten ihm einen positiven Strich durch die Rechnung. Kautsky lehnte den Antisemitismus wie Bernstein ab und sah als Lösung der „Judenfrage" ebenfalls nur die Assimilation. Der Antisemitismus, dessen Gründe im Kapitalismus lägen, würde im Sozialismus aufgehoben und damit verschwinden. Kautsky verstand den Zionismus als nationale Frage, die er mit dem Aufkommen des Revisionismus mit diesem gleichsetzte. Eine Lösung der „Judenfrage" könne nur in einer Vollassimilation liegen. In den zwanziger Jahren ließ Kautsky seine moralischen Bedenken am Zionismus ruhen und stellte vor allem dessen Durchsetzbarkeit in Frage. Gerade darüber kreuzten Bernstein und Kautsky noch einmal friedlich die ‚Klingen'. Dabei schaute Bernstein positiv und mit einer gewissen Hoffnung auf eine Heimstatt der Juden in Palästina, während Kautsky den Zionismus als ein „hoffnungsloses Experiment" kennzeichnete. Auf englischen Bajonetten lasse es sich schlecht sitzen.

Die gewählte vergleichende Betrachtungsweise ist für die Thematik dieser Arbeit geeignet, weil sie beispielhaft mögliche differente oder ähnliche bis gleiche Sehweisen auf das Judentum, den Zionismus, den Antisemitismus und die Frage: ‚Welcher Nation gehört ein Jude an?' ermöglicht und erlaubt, diese kontrastiert darzustellen. Die Gesamtanlage des Textes ist einsichtig und nachvollziehbar, allerdings wäre es möglicherweise zweckmäßiger gewesen, den The-

menkreis ‚Biographie' vor die allgemeinen Informationen zur Nationalitäten- und ‚Judenfrage' zu stellen, um dann gleich in die Diskussion des Kernthemas bei den Protagonisten einzutreten. Die Sprache ist klar und verständlich, was dem weniger versierten Leser den Zugang erleichtert. Das Buch ist verdienstvoll in seinen Kernpassagen und stützt sich dabei auf die wichtigste wissenschaftliche Literatur. Es erlaubt einen erweiterten und differenzierenden Blick auf das Judentum, den Antisemitismus und den Zionismus einschließlich der Probleme, die aus dem Nationalismus erwachsen. Das wird deutlich gemacht an den Ein- und Ansichten der beiden Theoretiker der deutschsprachigen Sozialdemokratie in der Nachfolge von Marx und Engels, Eduard Bernstein und Karl Kautsky.

Klaus Leesch

Paul Levi: Gesammelte Schriften, Reden und Briefe Bd. I/3: Ohne einen Tropfen Lakaienblut, Spartacus 3: Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale 1920/21. 932 S., 49,90 €. ISBN 978-3-320-02376-8; Spartacus 4: Abschied ohne Ankunft, 1921/22. 876 S., 49,90 €. ISBN 978-3-320-02377-5. Herausgegeben von Jörn Schütrumpf, Karl Dietz Verlag, Berlin 2020.

Seit 2016 gibt Jörn Schütrumpf in verdienstvoller Weise die Gesammelten Schriften, Reden und Briefe Paul Levis heraus. Paul Levi (1883-1930) gehörte zu den seinerzeit angesehensten und wirkungsvollsten Linkssozialisten, sowohl als Mitkämpfer Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts in der „Gruppe Internationale" und des Spartakus als auch als Vorsitzender der KPD. Weiterhin prägte er nach seinem Ausschluss aus der KPD den marxistischen Flügel der SPD entscheidend mit, bevor ihn sein vermutlicher Unfalltod am 9. Februar 1930 aus dem Leben riss. Schon vor 1914 wirkte der Jurist Levi als Rechtsberater Rosa Luxemburg, zu der er auch eine zeitweilige Beziehung unterhielt, und als Publizist auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie. Die jahrzehntelange Unterbelichtung des Linkssozialismus sowohl in der BRD als auch in der DDR führte dazu, dass Levi weitgehend dem Vergessen anheimfiel. Eine handliche Kurzbiographie stammt von Thilo Scholle und kann als Begleitlektüre ans Herz gelegt werden.[1]

Paul Levi wurde am 11. März 1883 in Hechingen an der Schwäbischen Alb geboren. Seine Eltern waren praktizierende Juden, der Vater Besitzer einer Webereifabrik und liberaler Demokrat. Paul schlug die juristische Laufbahn ein. Dem Staatsexamen in Berlin 1904 folgte die juristische Promotion 1905 in Heidelberg. 1909 ließ sich Paul Levi als Rechtsanwalt in Frankfurt am Main nieder und trat gleichzeitig der Sozialdemokratie bei. 1914 stieß er zur „Gruppe Internationale", wurde über die Spartakusgruppe 1917 Mitglied der USPD und zählte am Jahreswechsel 1918/19 zu den Begründern der KPD. Nach der Ermordung von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und

1 Thilo Scholle: Paul Levi. Linkssozialist – Rechtsanwalt – Reichstagsmitglied. Jüdische Miniaturen 206, Hentrich und Hentrich-Verlag, Berlin 2017. Siehe hierzu meine Besprechung in „Arbeit-Bewegung-Geschichte" 2018/I (Januar 2018), S. 201-203.

Leo Jogiches und dem Tod Franz Mehrings trat er an die Spitze der KPD als ihr Vorsitzender, der allerdings von Lenin heftig attackiert wurde. Es kam zu seinem Parteiausschluss, woraufhin Levi über die „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft" (KAG) 1922 zur USPD zurückkehrte, um sich mit deren Rest und der SPD im Herbst 1922 wieder zu vereinigen. In diesem Kontext stehen die Beiträge der vorliegenden beiden Teilbände. Nachdem die ersten beiden Teilbände I/1 und I/2 im Jahre 2018 erschienen, folgten im Dezember 2020 die Bände I/3 und I/4 im Gesamtumfang von 1808 Seiten, schließlich war Paul Levi ein eifriger Publizist und Briefeschreiber.

Jörn Schütrumpf leitet die Teilbände mit einer grundlegenden Einführung in das Wirken Levis im genannten zeitlichen Kontext ein, diese Einführung erhielt eine gesonderte Seitennummerierung (1*- 46*). Wenn der Herausgeber diese Einführung über den zeitweiligen Vorsitzenden der KPD mit „Der Nicht-Bolschewik" betitelt, bringt er den Grundkonflikt von Levis Partei- und Politikverständnisses mit dem von Lenin vertretenen auf eine griffige Formel. Statt einer bewussten und sich auf die eigene politische Bildung und Reife der Mitglieder stützenden Partei wurde die junge KPD zu einer radikalisierten Kampftruppe, die politische Führung brauchte und suchte. Dies entsprach eher dem Leninismus mit seinem Avantgardeanspruch. Paul Levi stand einer Partei vor, die während der Phase seit ihrer Gründung physisch verfolgt und häufig illegalisiert wurde. In den Parlamenten war sie noch selten vertreten, ihre Mitglieder besaßen kaum politische und organisatorische Erfahrungen, es sei denn, sie kamen aus der alten Sozialdemokratie oder aus der USPD. Insofern sind Levis „Zwölf Maximen" zur Arbeit einer kommunistischen Partei aufschlussreich und zeigen, dass er Prozesse der Bewusstwerdung und Mobilisierung der Arbeiterklasse als Voraussetzung für eine revolutionäre Entwicklung ansah. Eine zentralisierte Steuerung der Partei zur Lenkung der Arbeiterklasse lehnte Paul Levi ab. Dieser Einspruch lag seinem Konflikt mit Lenin zugrunde. (S. 14*-17*) Da Levi letztlich fünf Parteimitgliedschaften zählen konnte (SPD-USPD-KPD-USPD-SPD), könnte für ihn gelten: „Heimisch wurde er nirgends". (S. 3*-7*) Der Ausschluss aus der KPD bedeutete für Levi den Bruch mit dem Leninschen Kommunismus. Auch mit Clara Zetkin stritt er heftig, die sich nach der gescheiterten Märzaktion der KPD in Mitteldeutschland 1921 auf die Seite Lenins gegen Trotzki stellte, der dieses revolutionäre Abenteuer kritisiert hatte. Schütrumpf geht hier hart mit ihr ins Gericht, womöglich zu hart, um Levi tatsächlich gerecht zu werden? Jedenfalls befand er sich seit der gescheiterten „Märzaktion" selbst zunehmend in einer Defensivposition, die KPD selbst hatte auf Levis Drängen hin im Oktober 1919 auf dem Heidelberger Parteitag die syndikalistisch orientierten Kommunisten ausgeschlossen, die ab 1920 die KAPD gründeten, die aber politisch bedeutungslos blieb. Er wurde des Opportunismus geziehen und schließlich am 15. April 1921 auf Lenins Initiative hin aus der KPD ausgeschlossen. Rund 19 Monate später war er wieder Mitglied der vereinigten SPD. Die Texte des Jahres 1920 im Teilband I/3 beginnen mit Notizen „Zur Spaltung der Sozialistischen Partei Italiens",

angefertigt auf dem II. Kongress der Kommunistischen Internationale und datiert auf den 19. Juli 1920, jener Kongress also, der die „21 Bedingungen" beschloss, die fortan für den Beitritt kommunistischer oder sozialistischer Parteien zur III. Internationale gelten sollten und auf die Trennung vom „Zentrismus" abzielten, was auch die italienischen Sozialisten betraf. Dass Lenin und Levi über Strategie und Taktik des Kommunismus hinsichtlich einer weltrevolutionären Umwälzung uneins waren, belegt ein Auszug aus den Erinnerungen Angelica Balabanoffs, die beide zu einem klärenden Gespräch beim Tee eingeladen hatte. Die Meinungsverschiedenheiten wurden offen angesprochen und Lenin ging „mit einem Kopfnicken (…) Mit dieser Geste war Levis politisches Schicksal besiegelt", wie sich Balabanoff erinnerte. (S. 7) Die weiteren Texte aus 1920 befassen sich u. a. mit der Vereinigung von KPD und USPD-Linken und mit den Auseinandersetzungen innerhalb der USPD sowie mit der „italienischen Frage" und beinhalten zahlreiche Partei- und Reichstagsreden. Die Texte aus dem Jahr 1921 setzen sich kritisch mit der offiziellen Linie der III. Internationale auseinander und repräsentieren in großer Anzahl die Linienkonflikte innerhalb der KPD bzw. zwischen Levi und der Komintern-Spitze. Auch Fremdquellen werden einbezogen, z. B. Presseberichte der „Freiheit" der USPD. Im Mittelpunkt steht sein Parteiausschluss vom 15. April 1921, nachdem er mit der Broschüre „Unser Weg. Wider den Putschismus"[2] die „Offensivtheorie" der Komintern in den Märzkämpfen 1921 als „Anarchismus bakunistischer Farbe" verworfen hatte (S. 586). Teilband I/4 setzt mit dem Mord an Reichminister Erzberger ein und spannt den Bogen von der Bildung der KAG, der ja weitere prominente Linkssozialisten wie Ernst Däumig, Richard Müller, Adolph Hoffmann, Otto Braß und Bernhard Düwell angehörten. Levi thematisierte die nachhallenden politischen Konflikte über die gescheiterte Märzaktion und korrespondierte häufig mit Mathilde Jacob, der Freundin und Sekretärin Rosa Luxemburgs. Die Texte zum Jahr 1922, in deren Mittelpunkt die Kooperation mit der Rest-USPD und die schließliche Vereinigung dieser mit der SPD steht, bilden den inhaltlichen Focus. Ein opulenter Anhang aus vorwiegend Fremdquellen hilft bei der Erschließung der je inhaltlichen Problematik und ist eine hervorragende Handreichung.

Insgesamt überzeugt die Edition nicht nur ästhetisch, sondern auch von ihrer Zusammenstellung und Kommentierung her. Paul Levi tritt uns als ein sozialistischer und kommunistischer Politiker vor Augen, dessen Bezugspunkte vor allem bei Marx und Luxemburg zu suchen sind und nicht in einem berufsrevolutionären Verständnis. Der Konflikt mit Clara Zetkin wird indes etwas überhöht. Vielleicht liegt es daran, dass Schütrumpf als Herausgeber und Editor seine kritische Haltung zur (jeweiligen) Linie der Komintern bzw. zu W. I. Lenin sehr pointiert zum Ausdruck bringt. Paul Levi allerdings wird keinesfalls als frei von Schwächen und Fehleinschätzungen dargestellt, aber mit grundsätzlicher Sympathie. Insofern transferiert die Rezeption auch klassische Differenzen zwischen dem

2 Paul Levi: Unser Weg. Wider den Putschismus. Berlin 1921, hier abgedruckt in Bd. I/3, S. 586-633.

Parteikommunismus und dem Linkssozialismus der Weimarer Republik in die Gegenwart. Dieser kleinen Anmerkungen ungeachtet darf man sich auf die Fortsetzungen uneingeschränkt freuen.

Holger Czitrich-Stahl

Ralph Braun, Patrick Brauns, Pit Wuhrer, Margrit Zepf: Druck.Machen. Eine etwas andere Stadtgeschichte von Konstanz. Querwege Verlag, Konstanz 2021, ISBN 978-3-941585-11-9, 184 Seiten, 19,80 €.

1905 nehmen in Konstanz 12.000 Menschen an einem Treffen der Sozialistischen Bodensee-Internationale teil. Die zum Herzogtum Baden gehörende Grenzstadt hat damals vermutlich um die 15.000 erwachsene EinwohnerInnen.

1870 bereits wird in Konstanz ein Ortsverband des Verbandes der deutschen Buchdrucker gegründet. Dieses Jubiläum nimmt die in der Tradition der Geschichtswerkstätten der 1980er-Jahre stehende AutorInnengruppe rund um den Ortsverein Medien und Kunst von ver.di zum Anlass, die Geschichte von unten der Seestadt an die Öffentlichkeit zu bringen. 1873 wird in Konstanz der erste sozialdemokratische Verein gegründet und auch die Novemberrevolution und der Widerstand gegen den Kapp-Putsch finden ihren Niederschlag auf den Straßen und in den Gaststätten der Kleinstadt. An einer Demonstration aus Anlass der Ermordung von Walther Rathenau durch Rechtsradikale der „Organisation Consul" im Juni 1922 nehmen mit 3.000 Personen ein Sechstel aller Erwachsenen teil. Über den antifaschistischen Widerstand – sechs KonstanzerInnen die hingerichtet wurden, werden namentlich genannt –, geht es weiter in die Nachkriegszeit. Ein Versuch von KommunistInnen und SozialdemokratInnen, sich in einer Gruppe „Neues Deutschland" (!!) zusammenzuschließen, wird im Februar 1947 von der französischen Besatzungsmacht unterbunden. 1949 sind von 42.000 EinwohnerInnen, obwohl Konstanz keine „ArbeiterInnenstadt" ist, circa 4.000 Erwachsene gewerkschaftlich organisiert. Verschiedene Arbeitskämpfe und die Gründung der Universität sind ebenfalls Themen. Eine institutionalisierte Kooperation von Gewerkschaften und der anfangs sehr progressiven Universität kommt nicht zustande.

In den verschiedenen Abschnitten werden immer wieder wichtige Personen beispielhaft hervorgehoben und dadurch näher beleuchtet. Zum Schluss des chronologisch aufgebauten Buches wird etwas mehr Gewicht auf die Arbeits- und Gewerkschaftsgeschichte im engeren Sinne gelegt, so wird z. B. die Arbeit von Frauen in den Gewerkschaften oder der frappierende Wandel der Art und Weise, in der der 1. Mai gefeiert wird, näher vorgestellt.

Geschichte der Demokratie ist im Kern die Geschichte der Klassenkämpfe, so zitieren die AutorInnen zustimmend den Soziologen Stephan Lessenich. Sie wollen zeigen, wie die Menschen in der Stadt für Demokratie und bessere Arbeitsbedingungen kämpften, und dass auch heute das Engagement und der Zusammenschluss vieler nötig sind, um etwas Neues schaffen zu können. Das ist ihnen in diesem sehr gut geschriebenen und ambitioniert gestalteten

Buch auf anschauliche Weise gelungen.[3]

Die Website zum Buch: https://druckmachen.net/

Bernd Hüttner

Florence Hervé (Hrsg.) Louise Michel oder: Die Liebe zur Revolution. Dietz Berin, 2021, 135 S., mit Abb.

Louise Michel gehört zu den bekanntesten Frauen der Pariser Commune, wenn nicht sogar ist sie die berühmteste. Das Erscheinen eines Buches über sie im 150. Jahr der Pariser Commune hat deshalb eine gute Passung. Es reiht sich ein in die Riege anderer jüngst erschienener Bücher von ihr bzw. über sie:

Louise Michel „Die Pariser Commune" (Mandelbaum Verlag, Wien 2020), erstmalig in deutscher Übersetzung; Eva Geber (Hg.) „Louise Michel, Texte und Reden" (bahoe books, Wien 2019); Eva Geber „Louise Michel. Die Anarchistin und die Menschenfresser" (bahoe books, Wien 2018).

Florence Hervés Buch über Louise Michel ist im Karl Dietz Verlag in der Reihe „Biografische Miniaturen" erschienen, die sich dem Leben und Wirken von Persönlichkeiten der sozialistischen Bewegungen widmet. Über Louise Michel gibt es eine Vielzahl von Publikationen, und doch ist sie, zu mindestens hier, nicht allzu bekannt. Florence Hervés Buch trägt durch Aufmachung und Inhaltliche Gestaltung dazu bei, das Interesse an ihr zu wecken.

Das Buch gliedert sich in vier Teile: Ein kurze Zusammenfassung Louise Michels Leben durch Florence Hervé; Texte von Louise Michel; Gedichte von Louise Michel; Aussagen anderer über Louise Michel. Diese Einteilung ermöglicht es, sich einen Überblick über ihre Gedankenwelt zu verschaffen, indem sie selbst und andere zu Wort kommen. Im Mittelpunkt ihres Denkens und Tuns steht der leidenschaftliche Kampf für eine lebenswerte Gesellschaft für alle Menschen (die soziale Revolution), wobei ihr insbesondere die Geschlechtergerechtigkeit am Herzen liegt. Mit großer Emotionalität und couragiert macht sie sich an ihre Aufgaben: sei es der Kampf während der Pariser Commune, das Überleben in der Verbannung in Neukaledonien und ihre Verbundenheit mit den Indigenen, die sich Kanaken (Mensch) nannten, und ihre Vortrags- und Netzwerktätigkeit nach der Rückkehr aus der Verbannung in Westeuropa und Nordafrika. Florence Hervés Buch ist von seinem Aufbau so gestaltet, einen großen LeserInnenkreis anzusprechen, sowohl jene, die Louise Michel bisher noch nicht kannten, als auch jene, die ihr Bild von Louise Michel erweitern möchten. So sind z. B. einige Beiträge erstmalig ins Deutsche übersetzt worden. Louise Michel war eine sehr vielseitige Persönlichkeit, wie es Florence Hervé durch Selbstaussagen und Spiegelung anderer eindrücklich beschreibt. „Louise Michel war aber nicht nur Aktivistin der revolutionären Arbeiterbewegung, Chronistin der Pariser Kommune und Feministin, sondern auch Pädagogin, Soziologin, Ethnologin, Sprachwissenschaftlerin, Astrologin, Botanikerin, Geologin, Illus-

3 Diese Rezension erschien zuerst in CONTRASTE, Monatszeitung für Selbstorganisation, Januar 2022.

tratorin, Schriftstellerin, Dichterin – kurz, eine äußerst vielseitige Frau. Ihre Vielseitigkeit, Leidenschaft und Unerschrockenheit faszinieren heute noch. Bis heute ist Louise Michel eine Identifikationsfigur für Freiheitskampf und Widerstand. Ihre mutigen Kämpfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Armut, Unrecht und Frauendiskriminierung, gegen Krieg, Kolonialismus und Rassismus, für eine kindgerechte Erziehung, ein respektvolles Verhältnis zu Natur und Tieren und für eine sozialistische Gesellschaft haben nichts an ihrer Aktualität verloren" (Florence Hervé, S. 10). Ein Ausschnitt ihrer Vielseitigkeit spiegelt sich in den ausgesuchten Texten wider. So begründet sie in dem Beitrag „Warum ich Anarchistin wurde" ihre Hinwendung zum Anarchismus in Folge der Pariser Commune. Herrschaft, Zwang, Unterdrückung, Macht und jedwede Regierungsform lehnt sie kategorisch mit folgender Begründung ab: „So wie die Macht hart, egoistisch und grausam macht, so erniedrigt Sklaverei, und nur die Anarchie kann es vollbringen, dass der Mensch frei und glücklich lebt." (S. 72). In dieser kurzen Passage kommt eine Spezifik von Louise Michel zum Ausdruck, nämlich die Verbindung von Emotionalem mit Rationalem. Sie war vorrangig keine Theoretikerin, sondern verband immer theoretische Erkenntnisse mit Poetik und eigenen Lebenserfahrungen.

Einen interessanten Einblick in ihr Leben gibt der Text von Paul Lafargue „Zu Besuch bei Louise Michel", die er 1885 im Gefängnis besuchte. Wieder einmal mußte sie eine Strafe absitzen, weil sie an einer antikapitalistischen Aktion teilgenommen hatte. Während Lafargue bedauert, sie im Gefängnis anzutreffen, versucht sie, etwas Sinnvolles aus der Zeit zu machen. „Ich klage nicht, ich habe ehrlich gesagt, Schlimmeres ertragen. Ich fand im Gefängnis ein Glück, das ich in Freiheit nie gekannt habe. Ich habe die Muße zu studieren, und ich genieße es […] Ich lese, studiere, und habe mehrere Sprachen gelernt." (S. 74). Und das ist typisch für sie: trotz widriger Umstände versucht sie, die Zeit sinnvoll zu nutzen und auch den Anderen Mut zu machen.

Und was die Aktualität betrifft, so ist es nicht zufällig, dass der Streetartkünstler Banksy das Schiff, das er zur Rettung Geflüchteter im Mittelmeer gekauft hat, „Louise Michel" genannt hat.

Gerade die Vielseitigkeit des Schaffens von Louise Michel trägt dazu bei, noch bisher wenig erforschte Seiten an ihr zu entdecken. Insbesondere ihr Aufenthalt in London, der ja 15 Jahre dauerte, bietet noch Möglichkeiten für weitere Forschungen. Aufbauend auf den Erkenntnissen der Artikel „Louise Michel: a Paris Communard in South London"[4] und „Louise Michel's London years: A political reassessment (1890-1905)"[5] von Constance Bantman konnten weitere Mosaiksteine im Leben von Louise Michel zusammengetragen werden.

Das Buch wird vervollständigt durch einen Anhang mit biografischen Daten von Louise Michel, Angaben von ausgewählten Personen aus ihrem Umfeld und diverse

4 https://libcom.org/files/Louise%20Michel%20-%20A%20%20Paris%20Communard%20in%20South%20London.pdf, abgerufen am 30.6.2021.

5 In: Women's History review, Volume 26, 2007, issue 6, https://www.tandfonline.com/action/doSearch?AllField=bantman&SeriesKey=rwhr20, abgerufen 30.6.2021.

Medienangaben, die hilfreich sind für eine vertiefende Beschäftigung mit dieser faszinierenden Person. Ergänzend sei hier noch das Buch „AnarchaFeminismus. Auf den Spuren einer Utopie“, herausgegeben von Silke Lohschelder, Unrast Verlag Münster 2018, erwähnt, was den Bogen bis zu gegenwärtigen Debatten schlägt. Es ist dem Buch eine weite Verbreitung zu wünschen inklusive Anregungen, sich weiter mit Louise Michel und ihrer Zeit zu beschäftigen.

Hella Hertzfeldt

Axel Weipert: „Den Fürsten keinen Pfennig!“ Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Ernst-Reuter-Hefte 12. be.bra wissenschaft verlag, Berlin-Brandenburg 2021, 56 S., 5 €, ISBN 978-3-95410-292-1.

Nach zwei Monografien zur Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung und zur Rätebewegung in Berlin 1919/1920 sowie der Herausgabe mehrerer Sammelbände widmet sich der Historiker Axel Weipert in seiner jüngsten Publikation dem Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Schnell wird während der Lektüre klar, dass der Autor sich dem Thema nicht bloß historisch annimmt, sondern auch heutige politische Debatten in besonderer Weise im Blick hat. Die politische Relevanz spiegelt sich auch in der Struktur und den inhaltlichen Schwerpunktsetzungen der Publikation wider.

Zunächst verdeutlicht Weipert, dass der Volksentscheid zur Fürstenenteignung von 1926 eine der entscheidenden Kontroversen der Weimarer Republik war, weshalb es umso erstaunlicher ist, dass der Volksentscheid zur Fürstenenteignung im öffentlichen Bewusstsein heute kaum eine Rolle spielt. Bereits eingangs erwähnt der Autor daher die in dem Volksentscheid angelegten Spannungen und Kontroversen. So waren in dem Volksentscheid die Auseinandersetzung um Demokratie oder Regression in frühere Zeiten, Eigentums- und Vermögenskontroversen sowie der politische Wettstreit zwischen sich konträr zueinander verhaltenden politischen Kräften – der politischen Linken auf der einen Seite und nationalkonservative und teilweise auch liberale Kräfte auf der anderen Seite – angelegt, weshalb der Autor dem Volksentscheid mit den folgenden Worten auch treffenderweise besondere gesamtgesellschaftliche Bedeutung beimisst: „Eine Auseinandersetzung um die ehemaligen Dynastien war damit immer zugleich ein Kampf um die staatliche und gesellschaftliche Ordnung insgesamt.“ (S. 5) Nachdem Weipert zunächst auf die Kontroversen und die Symbolik des Volksentscheids sowie die dazugehörige Massenmobilisierung in den Jahren 1918 bis 1933 eingeht, erläutert er gleichermaßen präzise, detailreich, interessant und lebhaft im nächsten Schritt und unter Einbeziehung von Bildern und Plakaten aus der Zeit die Vorgeschichte und den Kontext sowie den Ablauf des Volksbegehrens und des Volksentscheids. Dem schließt sich ein Kapitel zum Verhältnis von KPD und SPD an, das in der mittleren Phase der Weimarer Republik sowohl Konkurrenz als auch Kooperation einschloss. Weipert betont jedoch auch, dass die Spaltung der Arbeiterbewegung grundsätzlich „zu den zentralen Belastungsfaktoren der Weimarer Republik“ (S. 29) gehörte. Hieraus könnte

die derzeitige politische Linke auch heute noch lernen. Gefolgt wird dieses Kapitel von einer kritischen Reflexion der plebiszitären Elemente in der Verfassung der Weimarer Republik, wobei der Autor mit Blick auf die Fragestellung, ob Elemente direkter Demokratie der Republik eher zu- oder abträglich waren, zu dem Fazit gelangt, dass das Scheitern der Weimarer Republik zumindest nicht kausal auf plebiszitäre Elemente in der Verfassung zurückgeführt werden kann. Während die beiden letztgenannten Kapitel die politische Relevanz des Buches aus heutiger Sicht bereits verdeutlichen, zeigt Weipert unter anderem anhand einer Volksinitiative im Vorfeld der Brandenburger Landtagswahl 2019 in seinem letzten Kapitel, dass das Thema der Vermögensauseinandersetzung bzw. die Frage der Fürstenvermögen auch über 100 Jahre später noch immer aktuell ist.

Dem Autor gelingt es in seiner Publikation dabei auf herausragende Weise, historisch präzise und glänzend geschrieben die politische Relevanz eines historischen Themas herauszustellen, die bislang als solche kaum erkannt wird. Doch sowohl die Volksinitiative im Vorfeld der brandenburgischen Landtagswahl 2019 als auch die Bürgerinitiative Deutsche Wohnen und Co. enteignen zeigen die Aktualität des behandelten Stoffes auf. Darüber hinaus lassen sich der Lektüre auch Überlegungen zur Bedeutung plebiszitärer Elemente für die Demokratie und über die politische Linke im Allgemeinen abgewinnen. Weiperts Buch ist zusammengefasst also ein hervorragendes Beispiel dafür, wie man aus der Vergangenheit lernen kann, um die Gegenwart zu verstehen und um die Zukunft gestalten. Der derzeitige öffentliche Diskurs könnte durchaus öfter die historische Dimension des Politischen anerkennen, wofür die Lektüre des Heftes ein eindrucksvolles Argument darstellt.

Hendrik Küpper

Dietmar Lange: Aufstand in der Fabrik. Arbeitsverhältnisse und Arbeitskämpfe bei FIAT-Mirafiori 1962–1973. Schriftenreihe „Italien in der Moderne", Band 26, Böhlau Verlag Köln 2021, 422 S., 65 €. ISBN 978-3-412-52078-6.

Im Januar 2021 wurde Dietmar Langes Dissertation in Buchform veröffentlicht. Noch am 5. Dezember 2019 hatte unser Vereinsmitglied in einer gemeinsamen Vortragsveranstaltung mit dem Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, der Hellen Panke Berlin und dem AK Geschichte der sozialen Bewegungen Ost-West seine Forschungsergebnisse vorgestellt. Dietmar Lange untersuchte die Arbeitsverhältnisse und Arbeitskämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter bei Italiens Automobiltitanen FIAT-Mirafiori zwischen 1962 und 1973. Ihre Formen des Arbeitskampfes auf betrieblicher Ebene und Konzernebene inspirierten und inspirieren noch heute den Ansatz des „Operaismus", also der „Arbeiterautonomie" in Unterscheidung zur klassischen „Unterordnung" der Belegschaften unter die strategischen Optionen von Arbeiterparteien und Gewerkschaften. Der FIAT-Standort Turin beherbergte einst Europas größtes Automobilwerk, entsprechend selbstbewusst trat die Belegschaft von damals ca.

50.000 Personen auf. Doch nach dem „fordistischen Boom“ der 1950er- und 60er-Jahre erfolgte im Zuge der Krise des nachfolgenden Jahrzehnts ein Strukturbruch, der in die Globalisierung mündete und die Zahl der Beschäftigten durch Abbau, Outsourcing etc. auf ca. 11.000 reduzierte. FIAT ging im Weltkonzern FIAT Chrysler Automobiles auf, Turin geriet in den Strudel des Strukturwandels und erlitt einen schmerzhaften ökonomisch-kulturellen Bedeutungsverlust.

Dietmar Lange wählte die Methode einer Betriebsstudie, um für den Zeitraum von 1962–1973, dem Höhepunkt des Fordismus in Italien, die Auseinandersetzungen, Arbeitskämpfe und ihre Formen sowie die Diskurse über gesellschaftliche Veränderungen sowie die Rezeption dieser Prozesse zu untersuchen. Er begreift dies zusätzlich als „Versuch der Vermittlung der Ideen- und Sozialgeschichte“. Unter Bezugnahme auf den Operaismus, die „Labour Process Debate“ und auf organisations- und öffentlichkeitssoziologische Ansätze (z. B. Oskar Negt) nimmt Lange dabei besonders die konkurrierenden Sphären der „vom Unternehmen hergestellten Produktionsöffentlichkeit“ und der „proletarischen (Gegen-)Öffentlichkeit“ in den Blick. Dabei stützt er sich zudem auf Ansätze der Mikro- und Alltagsgeschichte unterhalb der organisations- und ideologiegeschichtlichen Narrative.

Wirtschaftsgeschichtlich fällt der vom Autor untersuchte Zeitraum in die Phase der Durchsetzung der Automobilindustrie als industrieller Leitsektor in den westlichen kapitalistischen Volkswirtschaften und in die Zeit der Transformation des PKW zum Massenprodukt, das seinen Einzug in eine wachsende Anzahl der gesamten Haushalte feierte. „The golden age of capitalism“ erübrigte scheinbar Krisendiskurse und -konzepte, die durch technokratische Wirtschaftspolitiken unter den Auspizien der Global- und Feinsteuerung im Rahmen eines intensivierten Staatsinterventionismus ersetzt wurden. Man denke in der „Bonner Republik“ an das „Stabilitätsgesetz“ und das „Magische Viereck“ eines Karl Schiller.

Lange rekonstruiert zunächst die ökonomische Entwicklung Italiens nach dem II. Weltkrieg, die durch eine rasante Urbanisierung des Nordens und einer Süd-Nord-Binnenmigration gekennzeichnet war. Um 1963 besaß Italien qua definitionem Vollbeschäftigung: kräftige Lohnsteigerungen, eine wachsende Konsumgüternachfrage und eine kulturelle Öffnung (Tourismus) folgten. Demgegenüber blieb Italien lange in vor-sozialstaatlichen Zuständen verhaftet, denn die herrschende konservativ-liberale Democrazia Cristiana (DC) hegemonisierte die italienische Politik unter Ausschluss der Arbeiterbewegung und ihrer Parteien PSI und PCI. Um 1960 bröckelten jedoch die traditionellen religiösen und politisch-sozialen Milieus und bereiteten den Boden für bedingt reformorientierte Mitte-Links-Regierungen. In diesem Klima von Veränderungen entstanden auch innerhalb des Spektrums der Linken bzw. der Arbeiterbewegung neue Strömungen, die man der „Neuen Linken“ zurechnen muss. Diese bildete sich während der Krisen der 1950er-Jahre nach und nach aus, als die PCI nur widerwillig die Aufarbeitung des Stalinismus betrieb, was sie ein Fünftel der Mitgliedschaft von

rund 2 Mio. kostete, wenngleich sie längst über z. B. durch Antoni Gramsci formulierte eigenständige Transformationsansätze verfügte. Die rabiate Ordnungspolitik der UdSSR innerhalb des Warschauer Vertrages, z. B. die militärische Intervention in Ungarn im November 1956, drängte die PSI von der bislang betriebenen Aktionseinheit mit der PCI fort und schuf so eine ideologische und konzeptionelle Lücke für Ansätze jenseits der traditionellen Arbeiterparteien. In diesem Freiraum entwickelten sich Ansätze eines „dritten Weges" zwischen Reformismus und Bürokratismus. Dies war die Geburtsstunde des Operaismus. An dessen Wiege standen Intellektuelle wie Raniero Panzieri und Lucio Libertini, die sich von in Stein gemeißelten Dogmen der PCI und PSI abgewendet hatten und eine neue analytische Sicht auf den Kapitalismus und betriebs- bzw. konzernbezogene Entwicklungen herausarbeiteten. Sie stellten eine „zunehmende Planung und Steuerung der kapitalistischen Entwicklung fest, die sich gesamtgesellschaftlich in einer wachsenden Bedeutung großer Konzerne und staatlicher Wirtschaftplanung zeige" (S. 48). Doch entwickelten sie in Konkurrenz zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der im Parteikommunismus und in der marxistischen Sozialdemokratie viele Anhänger besaß, die Gegenstrategie einer rätedemokratischen, von den Belegschaften ausgehenden Gegenmacht. Die „Stamokap"-Theorie hingegen setzte auf breite gesellschaftliche antimonopolistische Bündnisse. Von den Betrieben ausgehend schlussfolgerte der Ansatz, müsse der Arbeiterkampf um die Kontrolle in den Betrieben auf die Branche und weiter auf die Gesamtwirtschaft ausgedehnt werden, um die Arbeiterklasse vom Objekt der unternehmerischen Verfügungsmacht zum Subjekt einer neuen Wirtschaftsplanung zu machen. Dieser Ansatz setzte mithin nicht prioritär auf gesellschaftliche Mobilisierung, sondern auf die betriebliche. Folglich würde das Verhältnis zwischen Arbeiterklasse und Arbeiterorgansiationen nahezu umgekehrt. Die Räteorgane der Arbeiterdemokratie seien die entscheidenden Faktoren einer sozialistisch-demokratischen Transformation, Parteien und Gewerkschaften wiederum deren Instrumente, nicht aber deren Generalstab.

Im Zentrum der Untersuchungen Langes stehen die betrieblichen Klassenkämpfe der Jahre 1968/69. Während der Mai 1968 in Frankreich eine kurze, aber äußerst heftige Eruption herbeiführte, die die V. Republik erschütterte, erstreckten sich die Arbeits- und Arbeiterkämpfe bei FIAT über mehrere Jahre. Nach dem Höhepunkt 1968/69 flackerten sie bis 1973 immer wieder auf. Im September 1969, dem „heißen Herbst", streikten rund 30.000 Arbeiterinnen und Arbeiter. Die FIAT-Direktion reagierte mit Aussperrung, der Streik weitete sich aus, die traditionellen Gewerkschaften mobilisierten für externe Streiks, die allerdings Mobilisierungsschwächen zeigten. Interne Streiks in den Betrieben bewirkten eine aktivere belegschaftliche Beteiligung, legten aber auch offen, dass es einen Bruch zwischen traditionellen Gewerkschaften und betrieblichen Aktivistinnen und Aktivisten gab. Das Ergebnis war u. a. dennoch eines der fortschrittlichsten Arbeitsrechte in Europa, wie Lange bilanziert. Weiterhin haben die

von den Betrieben ausgehenden Aktionsformen eine neuartige kollektive Identität herausgebildet, die sich von traditionellen Arbeiterkulturen unterschied, weil sie „um den Arbeitsplatz herum entstand." (S. 239) Forderungen wie Kontrolle des Arbeitsprozesses, egalitäre Lohnforderungen und eine tendenzielle Nivellierung der Lohngruppen fanden temporär Eingang auch in die Positionen der traditionellen Gewerkschaften.

Dietmar Lange erzählt hier sehr spannend die Geschichte einer besonderen Ausprägung der sozialen Auseinandersetzungen zwischen den Antagonismen Kapital und Arbeit im FIAT-Konzern. Dass sie letztlich mit einer Niederlage endeten, weil die Regierung nicht nur ihre institutionelle Macht, sondern auch die Medienmacht und Hilfstruppen aus dem neofaschistischen Spektrum zum Einsatz brachte, gehört zur Wahrheit dieser operaistischen Epoche der Arbeiterbewegung. Dem Autor ist eine eindrucksvolle Analyse gelungen, die interdisziplinär vorgeht und methodisch und inhaltlich beeindruckt. In Zeiten, in denen „Union busting" und andere Formen des antigewerkschaftlichen Kampfes die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter beschneiden, könnten betriebliche Bewegungen wieder an Bedeutung gewinnen. Von daher ist aus Langes Studie einiger Honig zu saugen.

Holger Czitrich-Stahl

Elke Scherstjanoi (Hg.): Die Sieger leben in Deutschland. Fragmente einer ungeübten Rückschau. Zum Alltag sowjetischer Besatzer in Ostdeutschland 1945-1949. Edition Schwarzdruck, Gransee 2020, 236 S.

Elke Scherstjanoi, die seit Jahren zur Politik des sowjetischen Besatzungsregimes in Deutschland geforscht, mehrere wissenschaftliche Veröffentlichungen vorgelegt und Bücher über die Beziehungen von Deutschen und Russen im Zweiten Weltkrieg verfasst hat,[6] legte nun eine Publikation über das Leben der Besatzer in Deutschland vor. Das verdienstvolle Buch besteht aus drei Teilen; erstens der Einführung ins Thema, einer überaus gehaltvollen Studie, zweitens den Erzählungen von 12 „Siegern" über ihre Erlebnisse in Deutschland und ihre Biografie, und drittens eine Vielzahl von bisher nicht veröffentlichten Fotografien, die das Leben von sowjetischen Besatzern in Deutschland bezeugen. Der Wert und die hohe Bedeutung der Publikation bestehen in der Einheit dieser drei Teile.

Fangen wir mit einem Problem an, das leider nicht ausdrücklich benannt wurde. Sieger in Deutschland waren auch die einfachen Soldaten in den Kasernen. Auf dem Umschlag prangt das Foto eines hübschen, schmucken und liebenswerten einfachen Soldaten in Ausgehuniform, aber im Buch kommen die einfachen Soldaten nicht zu Wort, weil sie aus verschiedenen Gründen

6 Erwähnt sei hier nur: Elke Scherstjanoi: Rotarmisten schreiben aus Deutschland. Briefe von der Front und historische Analysen, München 2004; dies.: Wege in die Kriegsgefangenschaft. Erinnerungen und Erfahrungen deutscher Soldaten, Berlin 2010; dies. (Hg.): Rußlandheimkehrer. Die sowjetische Kriegsgefangenschaft im Gedächtnis der Deutschen, München 2012; dies./Detlef Brunner: Moskaus Spuren in Ostdeutschland 1945-1949. Aktenerschließung und Forschungspläne, Berlin 2015; dies.: Die SED-Agrarpolitik unter sowjetischer Kontrolle 1949-1953. München 2007.

nicht befragt werden konnten. Es heißt nur: „Die Masse der einfachen Soldaten dieser Besatzungstruppen unterlag recht bald einer strengen Kasernendisziplin und kam mit der deutschen Bevölkerung nur noch ausnahmsweise und unter Aufsicht in Berührung." (S. 6) Und es wird festgestellt, dass der Bildungsstand von 65 Prozent der Mannschaften niedrig war, bestimmt durch den Besuch einer 4-Klassen-Grundschule. (S. 10) Aber selbst wenn man sie hätte befragen können: Viel über das Leben in Deutschland hätten sie nicht sagen können. Denn sie erlebten dieses Land nur in kollektiven Ausgängen mit Offizieren an der Spitze. Im Buch erzählen – mit zwei oder drei Ausnahmen, einer klugen und lebenserfahrenen gebildeten Krankenschwester und zwei Kindern, die auch Offiziersfamilien angehörten – nur Offiziere, also Intellektuelle, Gebildete über ihr Leben in der SBZ von 1945 bis 1949.

Dennoch haben wir hier eine sehr wichtige, außergewöhnliche, aussagekräftige, ja einzigartige Darstellung vor uns. In der Einleitung hat die Autorin die Umrisse des sowjetischen Besatzungssystems gezeichnet mit den anfangs 1945 650, 1946 300 und 1948 178 Kommandanturen in allen Kreisstädten. Die SMAD als das entscheidende Machtorgan zählte 60.000 Personen als Mitarbeiter. Außerhalb der Besatzungstruppen wirkten 100.000 Personen, darunter 25.000 Frauen und Kinder, und bis 1994 waren es 8 Millionen Sowjetbürger, die in Deutschland gelebt hatten.

Nach einer knappen Skizze über die unbefriedigende, recht einseitige, voreingenommene, meist ablehnende und negativ genormte „deutsche Erinnerung" an die „Russen" und einem ausführlicheren Abschnitt über den „Besatzeralltag" wendet sich die Autorin dem eigentlichen Thema, den „Erzählungen der Sieger" zu und listet auf: „Was ist den Erzählungen zu entnehmen, was fehlt?" Interessant und beim Lesen der folgenden Beiträge zu beachten sind hier die Prinzipien der Interviews, die ganz konsequent auf den Alltag und die Lebensumstände der Sieger gerichtet war. Politik stand außen vor. Es sei schwierig gewesen, heißt es, die Erzählenden „auf das nahezu ideologiefreie Feld zu führen" (S. 15), wo nur die einfachen Dinge des Lebens das beherrschende Thema sind. „Auf die einfachsten Dinge kam freilich keiner von sich aus". (S. 16)

Kernstück des Buches sind die Erzählungen von zwölf „Siegern" über ihre persönlichen Alltagserfahrungen in Deutschland, mit S. 68 bis 192 der umfangreichste Part der ganzen Veröffentlichung. Sie wurden als Interviews in den Jahren 2002 bis 2009, also erst 55 Jahre nach Kriegsende und unter Bedingungen einer veränderten Umwelt, in der die Sowjetunion nicht mehr existierte, Deutschland wieder staatlich vereint und von Sozialismus keine Rede mehr war. Acht der Interviewten waren Männer, vier Frauen. Drei der Interviewten waren jüdischer Herkunft. Sechs Männer und zwei Frauen hatten Kriegserfahrungen, waren viele Jahre oder mehrere Monate an der Front gewesen. Zwei Frauen und ein Mann waren in ihrer Kindheit in Deutschland, erlebten die Jahre in Deutschland in ihrer Familie oder als Gattin eines SKK-Angestellten.

Bei acht von zwölf Interviewten, die im Krieg erste Erfahrungen mit den Deut-

schen gesammelt hatten, verwundert es nicht, dass diese auch in ihren Erzählungen zunächst stark reflektiert wurden. Aleksander Iwanonwitsch Kusnezow und Andrej Filimonowitsch Poltorok, der schon in Stalingrad an vorderster Front gekämpft hatte, hatten als Offiziere den Sturm auf Berlin miterlebt und waren an der Eroberung des Reichstages beteiligt. Für sie waren die letzten Kämpfe um Berlin das beherrschende Thema. Der Militärstaatsanwalt Wladimir Sanejewitsch Schafir wirft einen gewiss seltenen Blick hinter die Kulissen im Leben der Armee während der Kämpfe und nach Kriegsende. Gegen eine Gruppe Desertierter, die hinter der Front ihr räuberisches Eigenleben führte, musste ein ganzes Regiment eingesetzt und schließlich juristisch vorgegangen werden. Die Gruppe wurde militärisch zerschlagen. Der Leiter der 90 Mann starken Gruppe wurde erschossen, die anderen zur Bewährung verurteilt. Auch verfolgte Schafir nach Kriegsende den korrupten, aber von oben gedeckten General Skossyrew, der sich aus dem Trophäenlager reichlich bedient hatte und zwei Waggons in seine Datsche bringen ließ. Liba Grigorjewitsch Geruljatis aus einem jüdisch-österreichischen Elternhaus stand seit 1942 mit der Sprechanlage zur Propaganda ins Lager der gegnerischen Truppen an vorderster Linie, befragte gefangene Deutsche und musste sich gegen körperliche Bedrängnisse durch Männer wehren. Auch Jakow Abowitsch Kolodismer, der einer ukrainischen jüdischen Familie entstammte, war Funker und als Dolmetscher mit der Gegenpropaganda an der Front befasst. Aleksandr Abramowitsch Galkin überlebte als Panzerfahrer im Sommer 1941 seine Feuertaufe im Smolensker Gebiet, wurde danach zum Studium der deutschen Sprache nach Kiew und Stawropol geschickt und begann Mitte 1943 seine Arbeit unter deutschen Kriegsgefangenen. Die Hebamme Maria Iwanjowna Ljubinowa stand seit Sommer 1943 an OP-Tischen das schwere Leben einer Sanitäterin und Schwester durch. Michail Maximowitsch Lewin war schon im Sommer 1941 in Kriegsgefangenschaft geraten und in Bergen Belsen im April 1945 von den Amerikanern befreit worden. Er hatte Glück bei der Filtrierung, wurde wieder in die Armee eingegliedert und führte als Fahrer eines Divisionskommandeurs ein normales Leben bis zu seiner Demobilisierung. „Und 1946 hegte ich eher Zorn gegen die eigenen Leute. Ich galt als Mensch zweiter Klasse und dabei konnte ich doch nichts dafür, dass ich in Kriegsgefangenschaft geraten war." (S. 99)

Gefühle der Rache und des Hasses gegen die Deutschen, mit denen sie als Besatzer zu tun hatten, kannte keiner von ihnen – ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende. Aber man erinnerte sich damals schon der Verbrechen der deutschen Wehrmacht in der Sowjetunion und hielt Rache und Vergeltung durchaus für legitim. Galkin erinnert: „Zuerst war Deutschland für mich natürlich das Land des Feindes. Umso mehr, als ich durch die ganze Ukraine gezogen war und gesehen hatte, was die Okkupanten aus meinem Land gemacht haben. Ich sah massenweise Tote, auch riesige geschlossene Gräber. Ich folgte den frischen Spuren von Babi Jar." (S. 152) Kusnezow bringt sogar ein gewisses Verständnis für den hartnäckigen Widerstand der Deutschen in den letzten Kämpfen auf. „Sie kämpften für

ihre Heimat, genauso, wir für die unsere gekämpft hatten. Ich verstand sie sogar" (S. 72). Doch es war eben ein halbes Jahrhundert vergangen und eine neue Umwelt entstanden.

Großes Erstaunen riefen bei vielen die deutschen Dörfer hervor, die sich von den Dörfern in Russland unterschieden. „Das Niveau des kulturellen Lebens dort war höher." Man begründete das mit der historischen Entwicklung und verglich mit der Politik Stolypins (S. 86). Lewin nannte die Straßen und die Kultur beeindruckend, damit meinte er den „gegenseitigen Umgang" und verwies auch auf das Halten der Autos vor dem Zebrastreifen (S. 98/99). Boris A, ein erfahrener Ingenieur, der 1941 ganze Betriebe hinter den Ural evakuiert hatte und nun als Demontageoffizier nach Deutschland abkommandiert war, beeindruckte die deutsche „Disziplin in allen Dingen" und die Hochschätzung von Autorität (S. 111). Auch Galkin betont: „Unsere Mentalität ist überhaupt anders als die der Deutschen. Letztere bedeutet Genauigkeit und Pünktlichkeit in allem." Diese seien im Alltag begründet. „Auf deutsch sagt man: Ordnung ist Ordnung" (S. 155/156). Dem entsprechend verhielten sich die Deutschen in ihrer Mehrheit loyal gegenüber den sowjetische Besatzern. „Insgesamt waren die Deutschen loyal. Schwer zu sagen, ob aus Überzeugung. Es war ja nur wenig Zeit vergangen. Oder ob sie einfach diszipliniert waren oder Unannehmlichkeiten fürchteten. Illoyal zu sein, war ja auch sinnlos. Und von sowjetischer Seite tat man ihnen doch nichts Schlechtes." (S. 113)

Die meisten Männer betonen, dass es in ihrer Umgebung keine Gewalttaten der Rotarmisten gegen Deutsche und Vergewaltigungen von Frauen gegeben habe, man sei, wenn es Randale, Gepöbel, Diebstahl usw. der Soldaten gab, sogar dagegen eingeschritten. Die jungen Männer hatten zugleich, ob legal oder illegal, in den vierziger Jahren ihre deutschen Liebschaften und verkehrten in den deutschen Familien (S. 78 f., 80, 96, 98). Kusnezow erinnert sich: „Ich verliebte mich in sie und ich erinnerte mich später das ganze Leben lang an sie. Aber ganz plötzlich wurde ich versetzt". (S. 80) Alle geben zwar zu, dass es Gewalttaten und v. a. Vergewaltigungen gegeben habe, nur nicht in ihrer Umgebung. Nur Geruljatis bezeugt massive Vergewaltigungen nach Trinkgelagen, so nach den Siegesfeiern in Berlin. „Und viele Frauen wurden vergewaltigt, ganz junge Mädchen und ganz alte Großmütter, selbst Mütter mit Kindern". (S. 120) Und auch Ljubinowa stellt sich dem Thema und nennt den Krieg als Ursache für derlei Untaten. „Keine Kultur. Sie hatten einen tierischen Instinkt, trugen Böses in sich, denn sie waren vom Krieg erzogen worden, wurden mit Aggressionen groß." (S. 146)

Im Zusammenleben von Deutschen und russischen Besatzern herrschte im Grunde schlichte und korrekte Distanz. Das gilt auch dann, wenn Deutsche in russischen Familien als Haushaltshilfe, Kinderbetreuerin oder gar als Klavierlehrer beschäftigt waren. Geruljatis und Nina Nikolajewa Bogomolowa, Gattin eines Mitarbeiters bei der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK), die selbst beim IDFF arbeitete, schildern diese Beziehungen besonders anschaulich. (S. 128-130, 188-192) Die Deutschen waren Dienstleistende, die dafür bezahlt

wurden. In dem Maße, wie die Besatzer in eigenen Wohnsiedlungen wie Karlshorst (das Schlagwort lautete: „Kuriza ne ptiza Karlshorst ne sagraniza“) zusammengefasst wurden, entstand deutlicher auch ein Besatzereigenleben, das abseits des deutschen Alltagslebens stand und zugleich die kulturellen Möglichkeiten in Berlin, Dresden und Halle fleißig nutzte. Nur ganz selten zeigten sie sich – wie etwa die sowjetischen Demontageoffiziere – bestürzt und registrierten im Oktober 1946 mit Bedauern die schlagartig erzwungene Verschickung deutscher Spezialisten, mit denen sie gut zusammen gearbeitet hatten, in die Sowjetunion. (S. 125) Trotz generell gewünschter Distanz zur Politik hat Galkin über viele politische Ereignisse berichtet und sogar betont: „Ich kann von mir sagen. Ich habe geholfen, die DDR zu erschaffen.“ (S. 165)

Dieses Buch soll nach den Plänen der Hg. ein „Lesebuch mit Bildern“ sein, bei dem die Geschichts-Erzählungen und die Fotos in keinem ursprünglichen Zusammenhang stehen. Gleichwohl beeindrucken die 134 Fotos, die in solcher Zahl und Zusammenstellung noch nie zu sehen waren. Sie haben einen wissenschaftlichen Eigenwert. Sie vermitteln ein Bild vom persönlichen und öffentlichen Selbstverständnis der Besatzer. Die Hg. hofft, dass sie mit der Bildersammlung einen Beitrag zur Aufnahme der Probleme ins kulturelle Gedächtnis der Deutschen leisten konnte, was ohne Frage der Fall ist. Der Ort des Geschehens und der Fotograf sind, sofern recherchierbar, angegeben. Bei den Bildern vom angeblichen Fahrraddiebstahl und dem Ergreifen eines deutschen Mädchens, den sog. „Ikonen der Abscheu“, sind die deutlichen manipulativen Veränderungen nachgewiesen.

Als „Lesebuch mit Bildern“ vermittelt der Band einen ausgezeichneten Einblick in das Leben der Besatzer in der SBZ und ebenso ein differenziertes Bild der interkulturellen Beziehungen zwischen Deutschen und sowjetischen Besatzern in den Jahren 1945 bis 1949. Wer sich dafür besonders interessiert, sollte es unbedingt lesen.

Walter Schmidt

Gisela Notz: Genossenschaften. Geschichte, Aktualität und Renaissance. Schmetterling Verlag, Stuttgart 2021, 266 S., 16,80 €. ISBN 3-89657-069-2.

Gisela Notz gehört zu den renommiertesten Vertreterinnen der feministischen Geschichtswissenschaften in unserem Land und ist seit Mai 2019 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats unserer Fachzeitschrift. In einem schriftlichen Interview für Heft 60 (September 2021) äußerte sie sich zum Stand und zu den Perspektiven der Frauengeschichte und zur Vertretung dieses Fachzweiges in unseren „Mitteilungen“.[7] Darüber hinaus beschäftigt sich Gisela Notz von Beginn ihres Wissenschaftlerinnenlebens an mit dem Genossenschaftswesen. Der neue Band „Genossenschaften“ nimmt diesen Faden wieder auf, im Vorwort betont die Autorin daher: „Die Idee der Genossenschaft ist uralt, aber auch brandaktuell“. Nicht allein die heftige Debatte über staat-

7 Interview mit Dr. Gisela Notz, geführt von Holger Czitrich-Stahl/Rainer Holze, in: Mitteilungen, Heft 60 (September 2021), S. 29-34.

liche Wohnungsbaupolitik, Enteignung von Konzernen wie „Deutsche Wohnen“ und über den Missbrauch von privatem Eigentum zu Lasten der Allgemeinheit gerade auf dem Sektor der öffentlichen Daseinsvorsorge erfordert es ihrer Meinung nach, die Kenntnisse über Genossenschaften zu verbreitern und zu vertiefen. Diesem Zweck dient im Übrigen auch im Anhang eine Übersicht über Genossenschaftsstiftungen, Archive und Institute (S. 258-264). Dabei stellt Gisela Notz prinzipiell folgende Leitfragen: „Kann man genossenschaftliche Alternativen entwickeln im Schoße des Bestehenden? Kann innerhalb des bestehenden kapitalistischen Systems, im Hier und Jetzt überhaupt ein ‚Fenster in eine andere Welt‘ aufgestoßen werden? Gibt es ein richtiges Leben im falschen?“ (S. 14/15). Fakt ist für sie, dass sich Genossenschaften in der jüngeren Geschichte stets in der Nähe der Systemschwelle Kapitalismus/Sozialismus bewegt hätten, entweder als „reformistische Ergänzung bzw. humanere Variante“ des liberalen Kapitalismus, oder „teilweise haben sie das Ziel der Überwindung des Kapitalismus verfolgt“ (S. 16). Genossenschaften arbeiten nach den „S-Prinzipien“ Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung und werden weltweit wie auch bundesweit in ihrer Bedeutung unterschätzt. Wenn ca. 800 Millionen Menschen global in Genossenschaften/Kooperativen organisiert sind, so betrifft das also den zehnten Teil der Menschheit. In der Bundesrepublik existieren etwa 8.000 Genossenschaften mit ca. 22 Millionen Mitgliedern und stellen knapp vier Mio. Arbeitsplätze der Allgemeinheit zur Verfügung. 2,2 Mio. Wohnungen gehören zum Bestand von ca. 2.000 Wohnungsgenossenschaften (S. 18). Dennoch führen Genossenschaften in der privatkapitalistisch geprägten Alltagswahrnehmung ein Mauerblümchendasein. Zu begrüßen ist von daher uneingeschränkt das Bestreben von Gisela Notz, hier umfassendere Informationen bereitzustellen, um die Genossenschaftsbewegung lokal wie global zu stärken und das Fenster in eine bessere Welt ein Stück weiter aufzustoßen.

Instruktiv ist die „kleine Genossenschaftsgeschichte“, die mit dem Aufstieg des Kapitalismus in England begann und sich von dort aus auf Europa und die „Neue Welt“ erstreckte. Dabei gewann die Genossenschaftsidee ihre Anhängerschaft nicht nur unter den frühen Sozialisten, sondern genau so unter sozialkonservativen wie sozialliberalen Reformern, von denen in Deutschland Hermann Schultze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen die bekanntesten sein dürften. Der ehemalige Zigarrenmacher, Gewerkschafter und SPD-Reichstagsabgeordnete Adolph von Elm wurde zum bedeutendsten Repräsentanten der Genossenschaftsidee in der Arbeiterbewegung und personifizierte sie quasi als ihre dritte Säule neben Arbeiterpartei und Gewerkschaften. Doch für gestern wie heute stellt die Autorin eine Unterrepräsentation von Frauen in genossenschaftlichen Leitungsfunktionen fest. Das 2. Kapitel präsentiert gerafft die Positionen aus der Arbeiterbewegung und ihrem Umfeld, beginnend bei den Frühsozialisten (Owen, Fourier) über Marx und Engels, Rosa Luxemburg und August Bebel zu Eduard Bernstein und Gustav Landauer. Im Kontext der Frühsozialisten und von Marx/Engels wird auch die Haltung Ferdinand Lassalles the-

matisiert, die in dem sog. „ehernen Lohngesetz“ die Schranke des Emanzipationspotenzials von Genossenschaften erblickte. Franz Oppenheimer galt als der bedeutendste Kritiker der Genossenschaftsidee. Für ihn waren anfängliche Genossenschaften nur dann zukunftsfähig, wenn sie über kurz oder lang zu kapitalistischen Unternehmen würden. Deutlich patriarchalisch, aber zumindest mit dem kritischen Blick auf die „Männerdomäne Genossenschaften“ ausgestattet, warb Eduard Bernstein für eine starke Einbeziehung der Frauen, obwohl er prinzipiell die Selbstverwaltungsfähigkeit der seinerzeitigen Arbeiterklasse eher skeptisch betrachtete. Auf die historischen Entwicklungen und Ausdifferenzierungen des Genossenschaftswesens zu seiner enormen Bandbreite während der Jahrzehnte zwischen Reichsgründung 1871 und Ende der Weimarer Republik 1932/33 kann hier ebenso wenig eingegangen werden wie auf ihre „Gleichschaltung“ durch den NS-Faschismus. Die Lektüre ist dessen ungeachtet erhellend.

Dass sich nach 1945/49 in den westlichen Besatzungszonen und der auf sie folgenden BRD und in der sowjetischen Besatzungszone/DDR je andere, der Systemauseinandersetzung geschuldete Entwicklungswege vollzogen, ist Thema des 6. Kapitels. Während der Genossenschaftsgedanke in der BRD vorwiegend in Konsum-, Wohnungsbau- und Agrargenossenschaften zum Tragen kam, vereinzelt auch in Schulgenossenschaften, erlangte er in der DDR über die LPGs, PGHs und weitere, vor allem der Fischerei und der Landwirtschaft entspringende Zusammenschlüsse eine gesellschaftlich größere Reichweite mit hoher Beschäftigungsrelevanz. Im Kontext der neuen sozialen Bewegungen im Westen seit den 1970er-Jahren erlebte die Genossenschaftsidee eine weitere Blütezeit. Nach der Herstellung der deutschen Einheit jedoch schrumpfte die Anzahl der Genossenschaftsbetriebe durch deren „Eingliederung“ in die Marktwirtschaft beträchtlich. Doch mit zahlreichen Beispielen unterstreicht Gisela Notz die wieder wachsende Bedeutung der Genossenschaften in der Gegenwart und verweist auf die aktuellen rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen sowie auf die Notwendigkeit sozial-ökologischer wie feministischer Genossenschaftsgründungen. Dafür legt sie Wissenswertes als Handreichungen vor. Insgesamt unterstreicht dieser Band, dass Genossenschaften nach wie vor eine clevere Idee sind, das Fenster in eine postkapitalistische Zukunft offen zu halten und ein Stück von ihr zu erspähen.

Holger Czitrich-Stahl

Søren Mau: Stummer Zwang. Eine marxistische Analyse der ökonomischen Macht im Kapitalismus. Dietz Berlin, 2021, 360 S.

Auf dem Weg zu einer umfassenden Theorie der Macht im Kapitalismus.

In seiner Studie entwickelt Søren Mau eine auf der Abstraktionsebene des idealen Durchschnitts der kapitalistischen Produktionsweise angesiedelte Theorie der Macht des Kapitals. Er erläutert die Ursachen der gesellschaftlichen Beziehungen und der Auswirkungen von Macht und Herrschaft, die die Kapitalform selbst notwendiger-

weise impliziert. Ausgangspunkt dafür bildet die vielzitierte Passage zum „stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse" (Marx, Karl, Das Kapital, Erster Band, MEW 23, Berlin 1956 ff., S. 765), in der Marx schreibt, dass die außerökonomische Macht der Gewalt durch eine indirekte, abstrakte Form der Macht erweitert wird.

Als Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse ist die Ökonomie – ebenso wie die Politik – von spezifischen Machtverhältnissen geprägt, auch wenn versucht wird, dies durch rechtliche Formen wie die Vertragsfreiheit zu verschleiern. Søren Mau analysiert in seinen Ausführungen die Mechanismen, genauer die Logik, Struktur und Dynamik der Macht, die eine direkte Verbindung zur Kapitalform selbst aufweisen, wobei diese lediglich ein Subset der die Macht des Kapitals reproduzierenden Mechanismen bilden; Theorien zur ideologischen Macht und Theorien der Staatsgewalt werden in der Studie nur kurz angerissen. Bei der Arbeit handelt es sich um die überarbeitete Fassung der englischsprachigen Dissertation des Autors, die auf der Webseite des Department for the Study of Culture der University of Southern Denmark zugänglich ist.

Die Studie umfasst drei Teile. Im Teil I entwickelt Mau den benötigten konzeptionellen Apparat und die theoretischen Voraussetzungen seiner weiteren Ausführungen sowie die „realen Bedingungen der ökonomischen Macht des Kapitals". Es geht ihm dabei sowohl um eine Klärung der Frage, „was ist unter der Macht des Kapitals zu verstehen?", als auch um eine kritische Diskussion wichtiger Machttheorien in der Soziologie und Politikwissenschaft sowie Konzeptionen der Macht in der marxistischen Tradition. Dazu zählen etwa der Historische Materialismus, die vorwiegend westdeutsche Staatsableitungsdebatte, Staats- und Ideologietheorien sowie diverse andere Theorien der Macht. Gerade bei den zuletzt genannten Themen bleibt Mau allerdings etwas oberflächlich, indem er wichtige Quellen unberücksichtigt lässt. Bei der Diskussion der Staatstheorien fehlt eine Betrachtung von Joachim Hirschs Ansätzen (Hirsch, Joachim: Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, Hamburg, 2005) und bei der Staatsableitungsdebatte fehlt der Beitrag von Norbert Kostede (Kostede, Norbert: Die neuere marxistische Diskussion über den bürgerlichen Staat. Einführung – Kritik – Resultate, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 8/9, Frankfurt/Main, 1976, S. 150-198). Zudem hat Søren Mau einen verengten Blick auf Poulantzas, indem er wohl mit diesem übereinstimmt, dass „Gewalt (die) für den Staat charakteristische Form der Macht ist" (S. 67), während für Poulantzas das staatliche Gewaltmonopol und Ideologie untrennbar zusammengehören (siehe Poulantzas, Nicos: Staatstheorie, Hamburg 2002; S. 107).

Eine wichtige Rolle in Teil I spielt darüber hinaus die soziale Ontologie der Macht. Mau zufolge geht es in diesem Zusammenhang im Kern darum, „warum so etwas wie ökonomische Macht überhaupt möglich ist" (Mau, S. 37). Zur Beantwortung dieser Frage greift der Autor die Marxsche Analyse der körperlichen Organisation des Menschen auf, die eine Grundlage für eine soziale Ontologie enthalte, die den abstrak-

ten Dualismus von Gesellschaft und Natur überwinde.

Im Teil II entfaltet Søren Mau die zentralen Elemente einer Theorie der ökonomischen Macht des Kapitals sowie die Beziehungen zwischen diesen. Er unterscheidet dazu zunächst zwei grundlegende Arten von Beziehungen, die gemeinsam die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bilden: erstens die vertikalen (Klassen-)Beziehungen zwischen den eigentlich Produzierenden und denen, die die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion beherrschen sowie zweitens die horizontalen Beziehungen zwischen diesen sowie die Beziehungen zwischen den Produzierenden, wobei hier die Herrschaftsmechanismen Wert und Konkurrenz von zentraler Bedeutung sind. Entscheidend ist laut Søren Mau das Verhältnis zwischen den vertikalen und den horizontalen gesellschaftlichen Beziehungen. Keine von beiden Beziehungen lässt sich auf die jeweils andere reduzieren.

Der Wert als gesellschaftliche Form der Arbeit ergibt sich nicht nur aus der Klassenzugehörigkeit, und die Klassenherrschaft ist nicht nur eine abgeleitete Form der Herrschaft des Wertes über alle Klassen. Gleichzeitig stehen Wert und Klassenherrschaft in einem unterschiedlichen Verhältnis zueinander: Der Wert setzt die Klassenherrschaft als notwendige Bedingung voraus, umgekehrt gilt dies jedoch nicht. Daraus schlussfolgert Søren Mau, dass die ökonomische Macht des Kapitals sowohl die Beherrschung einer Klasse durch als auch die Beherrschung aller durch das Kapital beinhaltet. Auch wenn diese beiden Dimensionen der ökonomischen Macht des Kapitals sich gegenseitig vermitteln, beruhen sie auf zwei nicht auseinander ableitbaren Gruppen gesellschaftlicher Beziehungen.

Unbedingt empfehlenswert sind darüber hinaus im Teil II auch die Abschnitte „Das notwendige Außen“ (157 ff.) und „Was bezeichnet der Name ‚Frau‘?“, auf die hier allerdings aus Platzgründen nicht näher eingegangen werden kann.

Während die Teile I und II nahezu ausschließlich auf abstrakt-logischer Ebene angesiedelt sind, erläutert Mau im Teil III anhand von eindrucksvollen Beispielen die Auswirkungen und Dynamiken der ökonomischen Macht des Kapitals: die reelle Subsumtion der Menschen am Arbeitsplatz, die reelle Subsumtion der Landwirtschaft in den letzten hundert Jahren, die logistische Revolution im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts und das Interesse des Kapitals an einer Surplusbevölkerung.

Mit einem Index und einem Personenregister hätte die Studie zusätzlich an Wert gewonnen. Aber auch so setzt Søren Mau mit seinem detailreichen Werk Standards und liefert eine Vielzahl von Ansatzpunkten für die Weiterentwicklung einer ökonomischen Theorie der Macht – und vor allem einer umfassenden Theorie der Macht im Kapitalismus, welche die ökonomische, ideologische und politische Macht (Staatsgewalt) umfassen sollte. Mau entschlüsselt die Ursachen der ökonomischen Macht, erläutert Mechanismen, schildert Formen, benennt Ebenen und analysiert die zentralen Elemente einer Theorie der Macht des Kapitals.

Jürgen Wasem-Gutensohn